

caritas

Akzente 2014



Jahresbericht des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn e.V.

Caritasverband
für das Erzbistum
Paderborn e.V.



Inhalt

4 Ein Wort zuvor

Alte, Kranke, Sterbende

6 Altenhilfe, Hospiz und Sozialstationen
8 Offene soziale Altenarbeit
9 Krankenhäuser
12 Gesundheits- und Pflegeberufe

Frauen und Mütter

14 Kur- und Erholungshilfen
16 Schwangerschaftsberatung, Frühe Hilfen, Familienpflege

Kinder und Jugendliche

18 Tageseinrichtungen für Kinder
19 Erziehungshilfe

Menschen mit Behinderungen

21 Behindertenhilfe

Besondere Lebenslagen

23 Armut, existenzunterstützende Dienste, Corporate Social Responsibility
25 Allgemeine Sozialberatung (ASB)
26 Existenzsicherung, Schuldner- und Insolvenzberatung, Sozialrechtsberatung
28 Arbeit/Arbeitslosigkeit, EU-Förderung
30 Suchtkrankenhilfe, Soziale Brennpunkte, Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe
32 Rechtliche Betreuungen

Ausländer, Aussiedler, Flüchtlinge

34 Integration und Migration

Profil und Identität

36 Öffentlichkeitsarbeit
39 Personal- und Organisationsentwicklung
43 Verbandliche Koordination
45 Profil.100 – Verbandsentwicklung
47 Diözesaner Ethikrat

Arbeitsplatz Caritas

48 Sozialbericht der Geschäftsstelle des Diözesan-Caritasverbandes
49 Zentrale Gehaltsabrechnungsstelle im Diözesan-Caritasverband
50 Schlichtungsstelle beim Diözesan-Caritasverband
51 Bundesfreiwilligendienst

Finanzen und Spenden

52 Wirtschaftliche Lage des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn e. V.
52 Spendenbilanz 2014
54 CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn

Fachverbände

56 Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn e. V.
58 IN VIA Diözesanverband Paderborn für Mädchen- und Frauensozialarbeit e. V.
60 Kreuzbund Diözesanverband Paderborn e. V.
62 Die Malteser im Erzbistum Paderborn
63 Sozialdienst katholischer Frauen, Sozialdienst Katholischer Männer im Erzbistum Paderborn
65 Vinzenz-Konferenzen im Erzbistum Paderborn e. V.

67 Organisationsplan

Titel



In der St.-Alexander-Kirche in Kiew hatte die ukrainische Caritas Spes während der Unruhen Anfang 2014 auf dem Maidan zeitweise ein Krankenhaus eingerichtet. Dort wurde ein Operationssaal aufgebaut, in dem zuletzt mehr als 60 Verletzte behandelt wurden.

Foto: Caritas Spes



Benedikt und Annemarie freuten sich bei der Aktion „Eine Million Sterne“ im November über das stimmungsvolle Bild auf dem Paderborner Marienplatz. Aus rund 500 Kerzen wurde das Caritas-Emblem gebildet. Damit wies der Diözesan-Caritasverband auf die schwierige Situation von Flüchtlingen hin.

Foto: Jonas



Unter dem Thema „Gesund führen“ setzten sich im Rahmen des Projektes DEIN LEBEN – DEINE BERUFUNG (Caritas-Balance) rund 40 Teilnehmer mit den Fragen eines gesunden Führungsstils auseinander. Wie man trotz Drucksituationen entspannt und eine gesunde Balance schafft, zeigten (v.l.): Albrecht und Marion Aupperle, Ralf Nolte und Christine Hildebrand. Foto: Jonas

Häufig gebrauchte Abkürzungen

ALG I/II	Arbeitslosengeld I bzw. II.
ARGE	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit
DiCV	Diözesan-Caritasverband Paderborn
DCV	Deutscher Caritasverband
EGV	Erzbischöfliches Generalvikariat Paderborn
LAG FW NW	Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen
LWL	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
MAIS	Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
MFJKJS	Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
NRW-DiCV	Diözesan-Caritasverbände in NRW (Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn)
OCV	Orts- bzw. Kreis-Caritasverband
SGB	Sozialgesetzbuch

Impressum

Akzente 2014
Jahresbericht des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn e. V.

Redaktion
Jürgen Sauer,
Markus Jonas
Fachstelle Grundsatzfragen und Öffentlichkeitsarbeit

Realisation
Mues + Schrewe GmbH, Warstein

Caritasverband für das Erzbistum Paderborn e. V.
Am Stadelhof 15
33098 Paderborn
Telefon 05251 209-0
Telefax 05251 209-202
info@caritas-paderborn.de
www.caritas-paderborn.de

Redaktioneller Hinweis

Der vorliegende Jahresbericht beschränkt sich aus Gründen des Leseflusses in den meisten Fällen auf die männliche Form des Substantivs. Obwohl über 80 Prozent der Caritas-Beschäftigten und über 90 Prozent der Caritas-Ehrenamtlichen weiblich sind, ist es uns wichtig, die Fülle der Informationen bei aller Fachlichkeit so lesefreundlich wie möglich aufzubereiten.

Ein Wort zuvor

Liebe Leserin, lieber Leser,

selten zuvor hat ein Caritas-Jahresthema im Lauf eines Jahres eine derart dramatische Wendung genommen wie 2014. „Weit weg ist näher, als du denkst“ – unter diesem Motto war ursprünglich von der Caritas daran gedacht worden, die Verantwortung in den Blick zu nehmen, die jeder von uns in der heutigen globalisierten Welt trägt: Wie viel Wasser wir verbrauchen, welche Kleidung wir tragen, welches Handy wir wie lange verwenden – von meinem persönlichen Konsumverhalten hängen die Lebens- und Arbeitsbedingungen anderer Menschen, vor allem in Afrika oder Asien, ab.

Im Lauf des Jahres 2014 haben wir deutlich gespürt, dass diese Menschen nicht erst warten, bis sich unser Verhalten ändert. Um zu überleben, machen sich Zehntausende auf den Weg nach Europa. Hinzu kommen Menschen, die vor Kriegen und Gewalt im eigenen Land flüchten, vor allem aus dem Nahen Osten. Die einzige Chance, in das sichere Europa zu gelangen, ist oft die lebensgefährliche Flucht über das Mittelmeer. Die Massenflucht von Süd nach Nord ist kein temporäres Problem, das sich durch „Aussitzen“ lösen lässt,

weil es dann vielleicht von allein verschwinden könnte. Wir werden in Deutschland lernen müssen, mit einer dauerhaft hohen Anzahl von Flüchtlingen umzugehen.

Seit 2014 steht die Hilfe für Flüchtlinge weit oben auf der Agenda der Caritas im Erzbistum Paderborn. Wir dürfen uns dabei auf den Rückhalt der Kirche von Paderborn verlassen. Mit einer Million Euro hat das Erzbistum 2014 einen Sonderfonds ausgestattet, der es den Kirchengemeinden ermöglicht, konkrete Unterstützung zu leisten – oft in Zusammenarbeit mit der verbandlichen Caritas. Von der Sprachförderung über die Behördenbegleitung bis hin zum Bau eines Spielplatzes reicht die Liste der konkreten Projekte.

„Weit weg ist näher, als du denkst.“ Dass dieses auf ersten Blick „harmlose“ Jahresthema eine drastische Realität beschreibt, hat uns 2014 auch der Ukraine-Konflikt gezeigt. Keine 2000 Kilometer von uns entfernt tobt seitdem ein Krieg, der uns auch als Paderborner Caritas berührt. Unser langjähriger Partner in der Ukraine, die Caritas der römischen-katholischen Kirche, engagiert sich seit dem Vorjahr nach Kräften in der Flüchtlingshilfe. In der ostukrainischen Stadt Charkiw, deren neuer Bischof seit Mai 2014



Durch die sogenannte „Minutenpflege“ wird die Arbeit für Pflegekräfte enorm verdichtet. Darauf weist dieses Plakat der Caritas-Aktion „PfleGEWENDE – jetzt!“ hin.

der freundschaftlich mit uns verbundene Caritas-Präsident Stanislaw Szyrokoradiuk ist, konnte die Caritas mit Paderborner Hilfe ein Sozialzentrum für Flüchtlinge einrichten, in dem Betroffene mit Lebensmitteln und Kleidung versorgt werden.

Not macht erfinderisch. Das ist auch bei der Caritas nicht anders. Seit 2014 machen wir mit Tausenden gelb-roten Auto-Aufklebern auf einen besonderen Notstand aufmerksam: auf die Situation der Pflege in Deutschland. Unter dem Titel „PfleGEWENDE – jetzt!“ fordern wir eine Abkehr von der vorgegebenen „Minutenpflege“, eine höhere Wertschätzung für Pflegekräfte, eine deutliche Reduzierung der Bürokratie und schließlich eine bessere finanzielle Ausstattung der Pflege (mehr Infos: www.pflegewende-jetzt.de).

Die sozialen Systeme in Deutschland sind vorbildlich, müssen aber weiterentwickelt werden, um sie veränderten gesellschaftlichen Realitäten anzupassen. Dies betrifft nicht nur die Pflege, sondern den gesamten Bereich der rechtlichen Betreuung (früher: Vormundschaften). Immer mehr Menschen benötigen diesen Dienst. Das hat u. a. mit der Zunahme von Single-Haushalten zu tun, auch mit der Tatsache, dass immer mehr jüngere



Laut UN-Angaben sind mehr als eine Million Menschen innerhalb der Ukraine auf der Flucht.
Foto: Caritas Spes

Menschen, wie etwa Suchtkranke, ihre Angelegenheiten nicht mehr allein regeln können. Das war vor zehn Jahren, als zuletzt die Finanzierung des Dienstes festgelegt wurde, so nicht absehbar. Die Folge: Immer mehr Betreuungsvereine stehen vor dem Kollaps. Im Jahr 2014 haben die katholischen Vereine auch im Erzbistum Paderborn auf diese fatale Entwicklung aufmerksam gemacht. Motto der Aktion: „Leihen Sie uns Ihr Ohr!“

Neben Kampagnen gab es 2014 wieder einige bemerkenswerte innovative Projekte, die an den Start gingen. Besonders spannend finde ich eine Initiative, die gemeinsam mit der Katholischen Hochschule NRW in Paderborn im Juni 2014 gestartet wurde. Es geht um Kindeswohlgefährdung. Unter dem Thema „Kinder schützen durch Stärkung der Eltern“ sollen Präventionsansätze zum Schutz von Kindern psychisch kranker, suchtkranker und von Armut betroffener Eltern erprobt werden. Wir betreten mit diesem Projekt Neuland und dürfen auf die Ergebnisse gespannt sein.

Um Neuland geht es auch beim Projekt „Seelsorgliche Begleitung“. Mit finanzieller Unterstützung des Erzbistums ist es möglich, Mitarbeiter(innen) nach entsprechender Ausbildung als Seelsorger(innen) in stationären Einrichtungen wie Altenheimen einzusetzen. Die positiven Rückmeldungen übertreffen unsere Erwartungen. Der Dienst ist ein Segen für alle Bewohner, für Menschen, die Begleitung brauchen und daher Mitarbeiter benötigen, die vor allem eines haben: Zeit. Ein wichtiger Schritt, damit caritative Einrichtungen sich wirklich zu jenen „pastoralen Orten“ entwickeln, auf die das im Jahr 2014 veröffentlichte Zukunftsbild für das Erzbistum große Hoffnungen setzt. Die Zukunft von Kirche und ihrer Caritas ist an der Seite der Armen. Diesem Ziel dient auch der Sonderfonds des Erzbistums Paderborn für spezifisch armutsorientierte Dienste in der Caritas. Knapp 40 Projekte der verbandlichen Caritas konnten mit diesen Mitteln im Vorjahr eigene Akzente zur Bekämpfung von Armut setzen.

Unsere Geschäftsstelle lief 2014 auf die Zielgerade des Projektes „Profil.100“ ein. Zum 100-jährigen Jubiläum des Diözesan-Caritasverbandes 2015 hatten wir die Dienstleistungen unserer Geschäftsstelle seit 2013 systematisch auf den Prüfstand gestellt, und



Berieten in Paderborn über den Bau eines Zentrums für Flüchtlinge im ukrainischen Charkiw (von rechts): Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig, Bischof Stanislaw Szyrokoradiuk (Caritas-Präsident und Bischof des Bistums Charkiw-Saporischschja), Domkapitular Dr. Thomas Witt (Vorsitzender Diözesan-Caritasverband), Bischof Vitali Skomarovskyi und Dr. Dirk Lentschen (Caritas-Referent für Internationale Kontakte). Foto: Jonas

zwar gemeinsam mit unseren „Kunden“, den Trägern von caritativen Diensten und Einrichtungen im Erzbistum Paderborn. Im Jahr 2014 ging es darum, die aus diesem Prozess resultierenden „Arbeitsaufträge“ abzuarbeiten: von der verbesserten Kommunikation bis hin zur sozialpolitischen Lobbyarbeit. Auch darüber werden Sie in diesem Jahresbericht erfahren.

Derartige Entwicklungsprozesse sind kein Selbstzweck. Unsere Geschäftsstelle möchte „gut aufgestellt“ sein, um neue strategische Ziele im Verband zu verwirklichen. Wer Ziele formulieren will, muss zuvor Schwerpunkte seiner Arbeit identifizieren. Genau damit hat sich der Vorstand des Diözesan-Caritasverbandes im Jahr 2014 intensiv beschäftigt. Drei Prioritäten sollen demnach die Arbeit des Verbandes in den nächsten sechs Jahren maßgeblich bestimmen: „Armut als bleibende Herausforderung erkennen“, „Caritas als Teil kirchlicher Sorge um den Menschen aktiv gestalten“ sowie „Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Gesellschaft mitgestalten“. Ein spannender Prozess ist bei uns eingeläutet! Es geht nun darum, diese Prioritäten in ihren jeweiligen strategischen Zielen mit „Leben“ zu füllen.

Kurz vor unserem „100-Jährigen“ bin ich stolz darauf, dass wir trotz „unseres Alters“ beweglich geblieben sind und weiterhin kreativ und mit Freude neue Herausforderungen anpacken können. Ohne engagierte und motivierte Mitarbeiter(innen) wäre dies nicht möglich. Ihnen allen gehören meine Hochachtung und mein herzlicher Dank!

Ihr



Josef Lüttig,
Diözesan-Caritasdirektor

Altenhilfe, Hospiz und Sozialstationen

Konferenzen und Fachtagungen

Neben den regelmäßigen Tagungen für die Dienste und Einrichtungen der Caritas im Erzbistum Paderborn deuteten schon die Themen der speziellen Fachtagungen darauf hin, in welche Richtung die politischen Weichen auf Bundes- und Landesebene gestellt werden. So betont etwa das neue Wohn- und Teilhabegesetz an verschiedenen Stellen, dass freiheitsentziehende und freiheitsbeschränkende Maßnahmen auf das notwendige Maß zu beschränken sind. Die Veranstaltung zu diesem Thema traf auf großes Interesse und zeigt, dass die Auseinandersetzung mit der Problematik für den Bereich der Altenhilfe von großer Relevanz ist. Bei dieser Tagung wurde deutlich, dass freiheitsentziehende Maßnahmen durch geeignete Rahmenbedingungen fast vollständig verhindert werden können.

Ein weiteres Thema einer Fachtagung war die Entbürokratisierung der Pflegedokumentation. Der Aufwand für die Dokumentation soll reduziert werden und die damit gewonnene Zeit den Pflegebedürftigen zur Verfügung stehen. Das Projekt wird von der Politik mit viel Rhetorik begleitet, kritische Einwände sind kaum möglich. Trotzdem: Bei durchaus berechtigten Bedenken sollten die Dienste und Einrichtungen die Chance nutzen, die eigenen Dokumentationen zu sichten und auf das notwendige Maß zu reduzieren. Eine ausschließliche Entscheidung für „die reine Lehre nach Beikirch“ ist dabei nicht notwendig, sondern nur eine Option. (Die damalige Ombudsfrau für Entbürokratisierung in der Pflege, Elisabeth Beikirch, hatte zusammen mit Fachleuten aus Praxis und Wissenschaft das Konzept einer veränderten Dokumentationspraxis entwickelt.) Wir werden die Implementierungsstrategie 2015 begleiten, um aus diesem Prozess die notwendigen Forderungen an die Politik ableiten zu können.

Welche Konzepte sich durchsetzen werden, bleibt abzuwarten. Festzustellen ist bei aller Unsicherheit, dass mit Sicherheit von einer Zunahme der Zahl der Pflegebedürftigen auszugehen ist. Diese Pflegebedürftigen werden zunehmend eine 24-Stunden-Versorgung benötigen. Auf die Frage, wer dies leisten wird, gibt es unterschiedliche Antworten. Aus unserer Sicht wird dies allerdings nicht

nur allein das Quartier oder das bürgerschaftliche Engagement sein. Vielmehr werden dabei auch unsere Dienste und Einrichtungen der ambulanten, teilstationären und stationären Altenhilfe eine tragende Rolle spielen. Diese werden sich gegebenenfalls in einer Versorgungslandschaft neu ausrichten und aufstellen müssen, mit ihrer Expertise aber sicherlich unverzichtbar sein.

GEPA NRW in Kraft

Das im GEPA NRW zusammengeführte Alten- und Pflegegesetz sowie das Wohn- und Teilhabegesetz ist am 15. Oktober 2014 in Kraft getreten. Ein Prozess, der vor drei Jahren begann, ist somit zu seinem Ende gekommen. In den letzten anderthalb Jahren stand allerdings nicht die Auseinandersetzung mit inhaltlichen Fragestellungen im Vordergrund, vielmehr wurde im Zusammenhang mit der Durchführungsverordnung zum Altenpflegegesetz um die Finanzierung und Förderung vor allem von stationären Einrichtungen gerungen. Die Veränderungen, die mit dem Systemwechsel in der Finanzierung, weg von Pauschalen, vorgenommen wurden, sind in ihren Auswirkungen noch nicht abschließend zu beurteilen. Die rege Teilnahme an der Informationsveranstaltung zum Thema zeigt allerdings, dass eine große Verunsicherung

in diesem Bereich besteht. Die Landesregierung will mit dieser Veränderung einerseits ein Urteil des Bundessozialgerichts umsetzen, das eine Förderung von Pflegeeinrichtungen auf Grundlage von Pauschalen infrage stellt, auf der anderen Seite soll eine andere, neue Altenhilfeplanung ermöglicht werden. Die jetzige Landesregierung geht davon aus, dass weitere stationäre Altenheimplätze nicht notwendig sind, vielmehr soll über den Ausbau der Quartiere eine möglichst lange Versorgung im häuslichen Bereich ermöglicht werden. Inwieweit diese politische Vorstellung tatsächlich die Herausforderung einer alternden Gesellschaft löst, bleibt abzuwarten. Sicher ist allerdings, dass die Ressourcen der familialen Unterstützung abnehmen werden. Netzwerke, die diese wegfallenden Ressourcen auffangen oder ersetzen können, sind erst noch zu bilden. Dieses bleibt eine dringliche Zukunftsaufgabe, denn eine rein professionelle Versorgung wird zukünftig vor allem wegen der fehlenden Fachkräfte durchaus schwierig werden.

Breite Diskussion um Sterbehilfe

Die bundespolitische Debatte um ein selbstbestimmtes Sterben und um den Gesetzentwurf des assistierten Suizids wirkte sich auf hospizliche und palliative Arbeitsfelder des



Die Entbürokratisierung der Pflegedokumentation soll dafür sorgen, dass für die Pflegebedürftigen mehr Zeit zur Verfügung steht. Foto: Meinschäfer



Berieten bei einer Fachtagung den Abbau überzogener Dokumentationspflichten in der Pflege (von links): Christoph Menz (Diözesan-Caritasverband), Andrea Rose (MDK), Ulrike Hackenholt (Diözesan-Caritasverband), Peter Hansen (Buchenhof, Bad Salzuflen), Jochen Fallenberg (VICA), Esther van Bebbber und Brigitte von Germeten-Ortmann (beide Diözesan-Caritasverband) sowie Friedhelm Rink (Projektkoordinator Bundesgesundheitsministerium). Foto: Jonas

Referats aus. In einem Atemzug mit dieser Debatte ist das Eckpunktepapier des Bundesgesundheitsministeriums zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland zu nennen. Beide Themen wurden in Konferenzen auf Bundes- und Landesebene diskutiert. Sowohl hier als auch in persönlichen Telefon- und E-Mail-Kontakten hat der Diözesan-Caritasverband mit dazu beigetragen, die Referenten des Deutschen Caritasverbandes für ihre Arbeit in bundespolitischen Gremien zu unterstützen.

Diskussionspunkte waren auch die auf Bundesebene geführten Vertragsverhandlungen mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV). Die Verhandlungen sind nun abgeschlossen. Als Ergebnis steht fest, dass sich zukünftig auch die PKV an der Förderung der Hospizarbeit beteiligt. Dies war vorher nicht der Fall.

Ein weiteres Schwerpunktthema auf Bundesebene war die Projektphase III des sogenannten „Charta-Prozesses“ zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland. In dieser Phase III geht es darum, die fünf in der Charta beschriebenen

Leitsätze im Rahmen einer nationalen Strategie konkret in Handlungen und Handlungsfelder umzusetzen. Hier vertritt der Diözesan-Caritasverband gemeinsam mit anderen Verbänden der Freien Wohlfahrt die Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege und bringt sich aktiv in die Projektphase III ein.

Selbstverständlich hat die gesellschaftspolitische Debatte um ein würdiges Sterben auch Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen: Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter veröffentlichte in einer Broschüre Möglichkeiten, die dazu beitragen, Hospizkultur und Palliativversorgung in Pflegeeinrichtungen umzusetzen. Diese Publikation wurde und wird insbesondere vor dem Hintergrund einer angemessenen Vergütung von hospizlicher und palliativer Pflege in unterschiedlichen Gremien auf Landesebene kontrovers diskutiert. In diesen Diskussionen werden nicht nur die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern auch strukturelle Grundlagen, wie zum Beispiel zusätzliche Qualifikationen oder zukünftige Personalausstattungen, zur Sprache gebracht.

Novellierung des SGB XI –

1. Pflegestärkungsgesetz

Mit der Verabschiedung des 1. Pflegestärkungsgesetzes sollen Pflegebedürftige die Leistungen der Pflegeversicherung flexibler in Anspruch nehmen können. Aufgehoben wird in Teilen die Fokussierung auf die Leistungsbereiche Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung. Betreuung und Entlastung kommen in den Fokus, dies aber auch nicht nur aus der Sicht des Pflegebedürftigen, sondern auch aus Sicht der pflegenden Personen. Der pflegende Angehörige bzw. Nahestehende wird als bedingender Faktor für das Setting häusliche Pflege erkannt und muss, wenn das Setting aufrechterhalten werden soll, gestärkt werden. Inwieweit sich die Inanspruchnahme im Bereich der Leistungen tatsächlich verändern wird, bleibt abzuwarten, zumal die Rahmenbedingungen noch nicht letztgültig geklärt sind. Es ist davon auszugehen, dass es mittelfristig zu einer veränderten Nachfrage kommen wird und somit auch eine Veränderung der Angebotsstruktur erforderlich ist. Gerade die ambulanten Dienste können hier ihre Chancen nutzen, da sie diejenigen sind, die im regelmäßigen Kontakt mit den Menschen in häuslichen Pflegearrangements stehen, und somit deren Bedarfe eruieren können. Wir sollten diese Chance nutzen, um die ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen weiterzuentwickeln, und so eine Versorgungslandschaft gestalten, in der wir gegebenenfalls selbst einmal leben möchten.



Christoph
Menz



Brigitte von
Germeten-Ortmann

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-220
c.menz@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-345
b.vongermeten@caritas-paderborn.de

Offene soziale Altenarbeit

Allgemeine Entwicklung

Das Thema Senioren ist durch die Demografie-Strategien zur Sicherstellung der gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen weiterhin präsent. So bündelt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter dem strategischen Konzept „Selbstbestimmt altern“ drei Schwerpunkte: sorgende Gemeinschaft, Wohnen und Mobilität, Prävention, Gesundheitsförderung und Pflege. Die strategische Ausrichtung des Landes NRW zielt auf eine „altengerechte Quartiersentwicklung“ und auf die Unterstützung der Kommunen. Diese sollen sich dafür einsetzen, dass jeder Mensch sein Leben bis ins hohe Alter selbstbestimmt und aktiv gestalten kann. Welche Konsequenzen ergeben sich durch diese Neuausrichtung der kommunalen Seniorenpolitik für die Offene soziale Altenarbeit (OSA)? Offene soziale Altenarbeit ist „gemeinwesenorientierte Altenarbeit“. Dieser Ansatz wird zukünftig eine stärkere Bedeutung haben.

Schwerpunkte

Aktuelles Thema in der Seniorenarbeit ist „Altern zu Hause“. Gemeint sind neue Wohnformen, Unterstützungs- und Versorgungsleistungen im Quartier mit dem Ziel, dass ältere Menschen so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit verbleiben. Häufig brauchen Senioren zunächst nur punktuelle Unterstützung und keine Vollversorgung. Hier liegt das Handlungsfeld der OSA. Es muss jemand da sein, der qualifizierte Alltagshilfe leistet und den Alltag koordiniert. Das geschieht meistens durch den ehrenamtlichen Besuchsdienst oder die ehrenamtliche Alltagsbegleitung. Für Senioren bedeutet diese ehrenamtliche Unterstützung einen Zugewinn an Lebensqualität. Für die OSA ist dieses Handlungsfeld nicht neu. Neu ist das Zusammenwirken der ehrenamtlichen Hilfeform (im nichtberuflichen Hilfesystem) mit dem beruflichen Hilfesystem im Gemeinwesen. Neue Wege gehen, selbstbestimmte Teilhabe fördern und sich mit vielen Akteuren vernetzen sind die Kriterien für eine erfolgreiche Umsetzung der gemeinwesenorientierten Altenarbeit.



Seniorenarbeit bietet einen vielfältigen Gestaltungsraum für das Ehrenamt. Foto: Meinschäfer

Mit den Seniorentreffen (Begegnungsstätten, Altenclub u. a.) verfügt die Caritas über ein Potenzial an Begegnungsorten und an einer Begegnungskultur. Viele der Seniorentreffen bestehen seit mehr als 30 Jahren in kirchlicher/caritativer Trägerschaft. In den meisten der 772 Kirchengemeinden im Erzbistum Paderborn (Stand 2010) sind diese Treffen aktiv. Mit der „Quartiersausrichtung“ wird die OSA mit Fragen nach einer innovativen Seniorenarbeit im Gemeinwesen konfrontiert. Wie sieht eine gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe für Senioren im Quartier aus? Wie kann eine solche Arbeit gestaltet werden? Welche Rahmenbedingungen sind notwendig, und welchen Beitrag kann die OSA dazu leisten? Die traditionelle Begegnungsstruktur bietet die Chance zur Weiterentwicklung. Begegnungszentren werden erweitert mit einem Servicezentrum. Mit dieser Ausweitung können neben Begegnungsmöglichkeiten auch Informationen, Beratung und Vermittlung den Senioren ortsnah zugänglich gemacht werden.

Seniorenarbeit bietet einen vielfältigen Gestaltungsraum für das Ehrenamt. Dies wurde bei dem Treffpunkt auf der Diözesanebene für Ehrenamtliche in der Seniorenarbeit sichtbar. Die Tätigkeitsfelder reichen von Aktivierungsangeboten über Seniorenbegleitung, Seniorennachmittage, Reisen ohne Koffer, Projekte wie „Senioren helfen

Senioren“, Serviceangebote wie „Leih-Oma“ bis zu spontanen kreativen Initiativen wie „Latschen und Tratschen“. Auch ein Wandel im Ehrenamt zeigt sich. Neben traditionellen Angeboten, die vom Hilfedanken und von einer Betreuungsmotivität geprägt sind, entwickeln sich ganz neue Tätigkeitsfelder, die sich weniger von Fürsorge, sondern viel mehr vom Selbsthilfeprinzip leiten lassen, z. B. das Projekt: Leben in Selbstständigkeit im Alter (LISA) oder die „Herzenssprechstunde“. Das Autonomiestreben zu unabhängiger Lebensführung scheint eine wesentliche Akzentverschiebung zu sein.

Perspektiven und Herausforderungen

Eine der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt in der Seniorenarbeit ist die Anerkennungskultur, z. B. in Form von Weiterbildung. Auf der Diözesanebene wurden Qualifizierungsmaßnahmen für die ehrenamtliche Seniorenreisebegleitung als überregionales Angebot durchgeführt sowie „Ideenbörsen“ und „Treffpunkte“ für das vielfältige Ehrenamt in der Seniorenarbeit. Diese Anerkennungsform für Ehrenamtliche ist weiterhin von Bedeutung. Die Ortsebene muss in ihrer Planung von Weiterbildung für Ehrenamtliche unterstützt werden.

Hauptamtliche Mitarbeiter in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit sind wich-

Krankenhäuser

tige Ansprechpartner. Allerdings fehlt eine gemeinsame Ausrichtung bzw. ein Anforderungsprofil für eine Fachkraft als „Qualitätsbegleiter“ der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit und Altenbildung. An dieser „Baustelle“ muss gearbeitet werden.

Den Kommunen ist quasi vom Land NRW die Federführung bei der Planung einer gemeinwesenorientierten Altenarbeit übertragen worden. Neue Wohnformen oder generationenfreundliche Quartiere, lebendige Nachbarschaften oder barrierefreier öffentlicher Personennahverkehr sollen in den Kommunen realisiert werden. Das bedeutet, die Daseinsvorsorge, insbesondere die regionale Daseinsvorsorge unter den neuen demografischen und ökonomischen Herausforderungen in den schrumpfenden Regionen, wird zukünftig eine zentrale Rolle spielen. Welche Daseinsvorsorge brauchen wir? Werden Leistungen der Daseinsvorsorge zum Gegenstand von Verteilungskonflikten? Um die Sicherung einer Grundaussstattung der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, wird gefordert, eine regionale Daseinsvorsorge als eine Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern.

Die dominierende Trägerstruktur der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, die sich durch das Subsidiaritätsprinzip herausgebildet hat, hat heute an Dominanz verloren. So ist Caritas ein Akteur unter vielen bei der Umsetzung der gemeinwesenorientierten Altenarbeit. Wenn die OSA aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken und ihre Solidaritätsstifterfunktion wieder stärker ausprägen will (wie im Leitbild beschrieben), erfordert dies ein Umdenken und Mut, neue Wege zu beschreiten. Die OSA muss weiterhin ihre Potenziale und Stärken den Kommunen (ebenso dem Land und dem Bund) gegenüber präsentieren und sich aktiv einbringen.



Ursula Steiner

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-302
u.steiner@caritas-paderborn.de

Allgemeine Entwicklung

Finanzierung und Qualität

Die Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung wirkten 2014 auf den ersten Blick besser als in den Vorjahren: ein Veränderungswert von 2,81 Prozent, ein ganzjähriger Versorgungszuschlag in Höhe von 0,8 Prozent sowie eine anteilige Tariflohnrefinanzierung 2013.

Aber die Verluste aus den Jahren 2012 und 2013, die weiterhin fehlenden Mittel für die Investitionsfinanzierung und insbesondere die stetig wachsenden Personalkosten waren Hauptursachen für die angespannte wirtschaftliche Situation der meisten Kliniken.

Die Qualitätsoffensive der Politik konkretisierte sich weiter in dem im Dezember vorgelegten Eckpunktepapier der Bund-Länder-AG zur Krankenhausreform 2015.

Verbandsentwicklung: caritas.forum.krankenhaus

Am 4. November 2014 fand in Fortsetzung des Krankenhaus-Potenzialforums das erste caritas.forum.krankenhaus statt. Ak-

tuelle und zukünftige Herausforderungen der Krankenhauslandschaft erörterten Diözesan-Caritasverband und die Geschäftsführer der katholischen Krankenhäuser miteinander. Dabei wurden insbesondere Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit und Vernetzung der katholischen Einrichtungen vereinbart.

Neuer DiAG-Vorstand

In den Vorstand der Diözesanen Arbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser im Erzbistum Paderborn (DiAG) wurden Klaus Bathen, Dr. Georg Rüter, Thomas Tiemann und Günther Nierhoff wiedergewählt. Neu gewählt wurden Christian Larisch (Lippstadt) und Siegfried Rörig (Paderborn). Sie treten die Nachfolge der scheidenden Vorstandsmitglieder Werner Ernst und Dr. Josef Düllings an. Klaus Bathen wurde zum Vorsitzenden, Monika Hilsmann (Schwerte) zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt und Prof. Dr. Achim Laubert (Hagen) als Vertreter der Ärzteschaft in den Vorstand berufen.

Schwerpunkte

Krankenhausplanung

Nachdem zu Beginn des Jahres rechtliche Aspekte u. a. zu den neuen Musterfeststellungsbescheiden geklärt wurden, schritt die Krankenhausplanung im Laufe des Jahres stetig voran. In einigen Regionen wurden vorab Planungsabsprachen unter den Krankenhäusern getroffen, wobei der Diözesan-Caritasverband durch Information oder auch Moderation die katholischen Krankenhäuser im Erzbistum Paderborn unterstützte.

Aufgrund der Sammlung der Planungsdaten durch die KGNW, an der sich auch fast jedes der katholischen Krankenhäuser im Erzbistum Paderborn beteiligte, konnte eine gute Datenlage für die anstehenden Planungen erreicht werden.

Die Abstimmungsverfahren zwischen den Krankenhäusern zogen sich bis etwa Mitte des Jahres hin. Planungsverfahren zusammen mit den Kostenträgern wurden meist erst nach der Sommerpause eingeleitet,

in einigen Kreisen bzw. kreisfreien Städten oder auch zu einzelnen Fachgebieten auch früher.

Im Juli 2014 wurde im Kreis Paderborn ein gemeinsamer Antrag aller Krankenhäuser (konfessions- und trägerübergreifend) auf Ausweitung der Bettenkapazitäten im Kreisgebiet unter Moderation des DiCV Paderborn bei den Kostenträgern eingereicht. Dieses Verfahren dauert noch an. Unter Mitwirkung des Referates Krankenhäuser wurde im Hochsauerlandkreis (Versorgungsgebiet 15) für den Bereich Geriatrie ein Antrag von vier katholischen Häusern gestellt. In der Jahresmitte wurde von Seiten der Kostenträger die Planung von Perinatalzentren in Westfalen-Lippe vorangetrieben, indem flächendeckend in ganz Westfalen-Lippe die Häuser aufgefordert wurden, mitzuteilen, ob sie zukünftig als Perinatalzentrum ausgewiesen werden wollen und ob sie die entsprechenden Qualitätsvorgaben des Krankenhausrahmenplans erfüllen. Auch bei dieser Planung unterstützte der Diözesan-Caritasverband einzelne Häuser.

Im dritten Quartal 2014 wurde die Planung für die Kreise Herford, Gütersloh und die kreisfreie Stadt Bielefeld eingeleitet. Die Kostenträger haben dazu Vorstellungen mit der Bitte vorgelegt, diese zwischen den Häusern abzustimmen und Rückmeldung mit eigenen Vorstellungen bzw. weiteren Begründungen zu geben. Neben den genannten Verfahren gab es noch zahlreiche andere Verfahren, die durch das Krankenhaus-Referat des DiCV begleitet wurden.

Krankenhausfinanzierung

Auch im Haushaltsjahr 2014 beliefen sich die seitens des Landes bereitgestellten Investitionsmittel auf rund 490 Millionen Euro, so dass sich die deutliche Unterfinanzierung der Krankenhäuser im Bereich Investitionsmittel fortsetzte. Die Baupauschale (Baumaßnahmen) lag im Jahr 2014 wiederum bei 190 Millionen Euro, der Fallwert (Euro pro BWR) bei 40,527 Euro. Von der Baupauschale erhielten die katholischen Krankenhäuser im Erzbistum Paderborn im Jahr 2014 rund 20,2 Millionen Euro. Da mit einer Krankenhausreform – „Umstrukturierung der Krankenhausfinanzierung“ – frühestens 2016 zu rechnen ist, verbleibt bei einem Investitionsbedarf der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser von etwa jährlich 1,2 Milliarden Euro ein Fehlbetrag von rund 700 Millionen Euro pro Jahr.

Auch wenn das Land NRW für das Haushaltsjahr 2015 den Haushaltsansatz der Investitionsmittel für Krankenhäuser von 490,7 Millionen auf 515 Millionen Euro erhöht hat (317 Millionen Euro für kurzfristige Anlagegüter und 190 Millionen Euro Baupauschale, 7 Millionen Euro besondere Beträge und 1 Million Euro sonstige Zuweisungen), bleibt es auch 2015 bei der chronischen Unterfinanzierung der Krankenhäuser.



2014 wendete sich die Kampagne der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) gegen die unzulängliche Finanzierung der Krankenhäuser. Das DiCV-Referat mit (von links) Oliver Lohr, Verena Ising-Volmer, Anne Salmen und Tim Reuter zeigt den entsprechenden Kampagnenslogan. Foto: Jonas

Der Diözesan-Caritasverband wird sich auch weiterhin aktiv und nachhaltig für eine Verbesserung der Finanzierung zum Wohle der katholischen Krankenhäuser einsetzen.

Öffentlichkeitsarbeit

Intensiv hat der Diözesan-Caritasverband auf verschiedenen Ebenen an der Stärkung der Öffentlichkeits- und der Lobbyarbeit gerade für die katholischen Krankenhäuser mitgewirkt. Mit der Überzeugung, dass man in der Bundespolitik am besten gemeinsam als christliche Krankenhäuser gehört wird, hat der DiCV ferner mit dem Katholischen Krankenhausverband Deutschlands (KKVD) die Initiative Christliche Krankenhäuser in Deutschland (CKiD) weiterentwickelt.

Profil katholischer Krankenhäuser – Projekt German-CIM

Mit dem Instrument der Catholic Identity Matrix (CIM) führen katholische Kranken-

häuser eine systematische Selbstbewertung sowie gezielte Weiterentwicklung ihres christlichen Identitätsprofils durch. Am gleichnamigen Projekt German-CIM beteiligen sich aktuell vier Pilotkrankenhäuser (St.-Elisabeth-Krankenhaus Dortmund-Kurl, Dreifaltigkeits-Krankenhaus Lippstadt, Marienkrankenhaus Schwerte, Katharinen-Hospital Unna). Nach der Durchführung von Assessments in der ersten Projektphase (2013) konzentrierte sich die Arbeit 2014 auf die Implementierung von Maßnahmen zur Stärkung des christlichen Identitätsprofils in den Piloteinrichtungen. Diese Maßnahmen sind sowohl auf die Mitarbeitenden (interne Perspektive) als auch auf eine christlich wertorientierte Begleitung von Patienten und deren Angehörigen (externer Fokus) ausgerichtet. Einen besonderen Schwerpunkt im Projekt bildete die weitere Adaptierung der Instrumente von German-CIM. So trafen sich im Rahmen eines Expertenworkshops im Mai 2014 Mitarbeitende aus den Pilotkrankenhäusern gemeinsam mit weiteren Projektbeteiligten, um an der Optimierung der CIM-Instrumente im Hinblick auf die spezifische Situation katholischer Krankenhäuser in Deutschland zu arbeiten. Der Workshop machte deutlich, dass die in den USA entwickelte Catholic Identity Matrix für katholische Krankenhäuser in Deutschland vielfältige Möglichkeiten und Chancen für eine systemische Verankerung und Stärkung des christlichen Identitätsprofils bietet. Einige der

Katholische Krankenhäuser im Erzbistum Paderborn

	2014	2013	2012	2011	2010
Zahl der Plankrankenhäuser	34	36	37	43	45
Krankenhaus-Standorte	52	50	48	51	51
Vollstationäre Betten insgesamt	12.293	12.068	11.957	12.332	12.433
Anzahl der Patienten	*	498.596	489.312	477.416	463.876
Anzahl der Pflgeetage	*	3.287.823	3.287.548	3.293.704	3.309.738
Durchschnittl. Verweildauer (Tage)	*	6,59	6,7	6,9	7,1
Bettennutzung	*	75,31 %	75,3 %	73,2 %	72,9 %

* Die Zahlen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

von den Pilotkrankenhäusern eingeleiteten Maßnahmen zur Stärkung des christlichen Profils wurden bei der sogenannten „User Conference“ im September 2014 vorgestellt. Die Präsentation von Good Practice-Beispielen unterstrich die vielfältigen Wege und Möglichkeiten für eine Stärkung des christlichen Profils im katholischen Krankenhausbereich. Das Spektrum reichte dabei von engagierten Initiativen für arme und bedürftige Menschen über ganzheitlich-personale Formen der Zuwendung zu Patienten bis hin zu Maßnahmen der Stärkung von respektvollen Arbeitsbeziehungen (Dienstgemeinschaft). Bei der „User Conference“ wurde deutlich, dass es in den Piloteinrichtungen im Erzbistum Paderborn bereits vielfältige Initiativen zur Verlebendigung und praktischen Umsetzung des christlichen Identitätsprofils gibt.

Perspektiven und Herausforderungen

Mit weiteren Angeboten, Workshops und Projekten will das DiCV-Referat Krankenhäuser versuchen, die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt der katholischen Krankenhäuser trotz des wirtschaftlichen Druckes, der auf ihnen lastet, weiterhin zu stärken. Nicht zuletzt aufgrund des Eckpunktepapiers der Bund-Länder-AG zur Krankenhausreform steht das Thema Qualität in Krankenhäusern mit ganz oben auf der Agenda des Referates.

Dieses wird die Qualitätsdebatte, wie auch schon in den letzten Jahren geschehen, intensiv begleiten. Qualität erfordert allerdings auch eine auskömmliche Finanzierung. Daher wird sich der Diözesan-Caritasverband trotz der im Eckpunktepapier avisierten Finanzhilfen weiterhin gemeinsam mit den Krankenhäusern für eine faire Finanzierung der Krankenhäuser starkmachen. Zudem sollen die politische Einflussnahme sowie das Lobbying und die Öffentlichkeitsarbeit auf allen Ebenen intensiviert werden. Neben den internen Caritas-Gremien wie z. B. der Themenkonferenz und der Fachgruppe Krankenhäuser ist das Referat in folgenden Gremien tätig:

Brigitte von Germeten-Ortmann	Oliver Lohr	Verena Ising-Volmer
Caritas und kath. Kirche		
<ul style="list-style-type: none"> ■ Konferenz für Gesundheits- und Altenhilfe ■ Fachkonferenz Krankenhilfe ■ TK Gesundheits- und Altenhilfe der DiCVen NRW 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Konferenz für Gesundheits- und Altenhilfe ■ Fachkonferenz Krankenhilfe ■ Fachgruppe Krankenhäuser 	
KGNW		
<ul style="list-style-type: none"> ■ Vorstand ■ Vorsitzende Fachausschuss Personalwesen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Hauptausschuss ■ Fachausschuss für Planung und Förderung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Fachausschuss für Krankenhausorganisation
Landesebene NRW		
<ul style="list-style-type: none"> ■ LAG FW 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Landes-Schiedsstelle nach § 114 SGB V ■ Erweiterter Landesausschuss nach § 116b SGB V für den Landesteil Westfalen-Lippe 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Zweckverband der Krankenhäuser Münsterland/Ostwestfalen (Vorstand) ■ KH-Schiedsstelle nach § 18a KHG ■ Erweiterter Landesausschuss nach § 116b SGB V für den Landesteil Westfalen-Lippe
Landespflegeausschuss NW und gleichzeitig in – vorbereitender Arbeitsgruppe – AG Personal		
KKVD		
<ul style="list-style-type: none"> ■ Vorstand ■ Fachausschuss Personal 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Fachausschuss Recht & Verträge ■ Konferenz der Geschäftsführer der DiAGs/LAGs 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Fachausschuss Öffentlichkeitsarbeit
DKG		
<ul style="list-style-type: none"> ■ Fachausschuss Personal u. Organisation 	<ul style="list-style-type: none"> ■ AG Organspende 	



Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-345
 b.vongermeten@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-283
 v.ising.volmer@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-243
 o.lohr@caritas-paderborn.de

Gesundheits- und Pflegeberufe

Allgemeine Entwicklung

Das neue Pflegeberufe-Gesetz und damit die Zusammenführung der Gesundheits- und Krankenpflege, der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie der Altenpflege ist für 2015 geplant. Der demografische Wandel und der damit einhergehende Mangel an Pflegekräften werden sich laut „Landesberichterstattung Gesundheitsberufe Nordrhein-Westfalen 2013“ sowie des „Pflege-Thermometers 2014“ auch zukünftig weiter verschärfen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 ist das Gesetz zur finanziellen Beteiligung an den Schulkosten in NRW in Kraft getreten. Der Diözesan-Caritasverband Paderborn wird sich weiterhin für eine nachhaltige Finanzierung der Schulkosten der Pflegeausbildungen einsetzen.

Einen kleinen Schritt zur Verbesserung der Personalausstattung in der Altenpflege ist das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGEPA) mit der Einführung einer Altenpflegeausbildungsumlage

(APU) gegangen. Aufgrund der Einführung der Umlage konnte laut Hochrechnungen des MGEPA ein deutlicher Anstieg vollzogen werden. Bemerkenswert an dieser Stelle ist, dass seitdem in der ambulanten Pflege vermehrt ausgebildet wird. Die dem DiCV Paderborn angeschlossenen Einrichtungen und Dienste sowie die katholischen Fachseminare für Altenpflege haben seit 2012 zu diesem großem Erfolg beigetragen.

Umgestaltung innerhalb der Querschnittsaufgabe Gesundheits- und Pflegeberufe: Seit Mitte Mai 2014 ist Britta Elena Scheibe zur Unterstützung sowie als Vertretung von Eva Maria Müller in der Abteilung A1 des DiCV Paderborn in der Querschnittsaufgabe Gesundheits- und Pflegeberufe (QAGP). Sie erhielt bereits seit September 2013 als Praktikantin im Rahmen ihrer Masterarbeit Einblicke in die Querschnittsaufgabe. Seit dem 1. Oktober 2014 hat Eva Maria Müller ihre Tätigkeit in der Querschnittsaufgabe Gesundheits- und Pflegeberufe

wieder aufgenommen. Sie wird weiterhin von Britta Elena Scheibe unterstützt. Die QAGP-Aufgabenbereiche sind wie folgt zusammengefasst: Leitung und Geschäftsführung der DiAGs sowie die Integrierte Leitungsqualifizierung in der Pflege (ILQP) mitsamt des Prüfungsvorsitzes sowie die DiCV-Projektleitung des MeCoPflege obliegen Eva Maria Müller. Verantwortlich für die Platzierung relevanter Pflege Themen und Entwicklungen bleibt ebenfalls Frau Müller. Sie leitet u. a. in der Caritas NRW die Projektgruppe Pflegebildung. Bei der Planung, Organisation und Durchführung von Tagungen, Sitzungen und Fachtagen unterstützt bzw. vertritt Frau Scheibe in Abwesenheit Frau Müller und übernimmt entsprechende Aufgaben sowie Verantwortungsbereiche. Im Vorfeld abgestimmt wurde der Aufgabenbereich der Planung und Organisation der Steuerungsgruppensitzungen ILQP, die quartalsmäßig durchgeführt werden.

Schwerpunkte

Die Caritas NRW setzt sich seit 2012 aktiv für die Anhebung der Schulkostenförderung der Altenpflegeausbildung von 280 Euro pro Platz gegenüber Politikern, in den Ministerien sowie in den jeweiligen LAGs ein. Gefordert werden 360 Euro als Untergrenze sowie eine Dynamisierung des Betrages. In den jeweiligen Stellungnahmen wurde stets betont, dass es nicht nachvollziehbar und zu rechtfertigen ist, dass die bereits seit Jahren unterfinanzierte schulische Altenpflegeausbildung mit dem vorliegenden Gesetz weiterhin auf einem bei Weitem nicht für eine qualitativ hochwertige Ausbildung auskömmlichen Niveau gesetzlich fixiert wird. Insbesondere ist es nicht gelungen, eine Erhöhung der bisherigen Förderung über 280 Euro pro Platz gesetzlich zu normieren. Vor dem Hintergrund der geplanten Pflegeausbildungsreform stellt das verabschiedete Gesetz zur finanziellen Beteiligung an den Schulkosten derzeit eine Art Zwischenlösung dar. Im Zuge der Verabschiedung des Gesetzes hat das MGEPA eine Nachbesserung

signalisiert für den Fall, dass sich die Pflegeausbildungsreform wesentlich verzögere.

Trotz der gesetzlichen Festschreibung wird sich der DiCV Paderborn weiter für eine nachhaltige und wirtschaftliche Finanzierung der Pflegeausbildungsstätten einsetzen. Im Hinblick auf die zuvor erwähnte erhöhte Zahl an Ausbildungsplätzen in der Altenpflege aufgrund der Altenpflegeausbildungsumlage (APU) stellt sich darüber hinaus die Frage, wie ein Mehr an Schülern mit einer unzureichenden Finanzierung aufgefangen werden soll. Es gilt daher, im Weiteren ebenfalls zu sichern, dass jeder Auszubildende in der Pflege eine qualitativ hochwertige Ausbildung und somit einen optimalen Start in die berufliche Praxis erhält.

Eine Maßnahme, um den Pflegeberuf für Einsteiger attraktiver zu gestalten, ist die Initiierung eines Internetportals für Pflegeberufe. In Zusammenarbeit mit vielen Akteuren in der Gesundheitslandschaft der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) sowie des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA) sowie der Freien Wohlfahrtspflege

NRW ist seit dem 26. Februar 2015 eine Internetplattform unter dem Titel „Pflegeberufe NRW“ freigeschaltet. Diese dient dazu, umfassende Informationen zu den Pflegeberufen bereitzustellen. Alle Träger der Gesundheits- und Altenhilfe sind dazu aufgefordert, sich in diesem Portal einzubringen. Es ist erstmalig, dass sich alle Akteure im Gesundheitswesen an einer solchen Plattform beteiligen.

Akademisierung in der Pflege

Seit einigen Jahren bieten Hochschulen Pflegestudiengänge an, die überwiegend in Verbindung mit der beruflichen Pflegeausbildung kombiniert werden. Die ersten Absolventen kommen jetzt in die Einrichtungen. Um die Qualifikation von akademisch qualifizierten Pflegekräften adäquat nutzen zu können, benötigen die Einrichtungen und Dienste Konzepte, mit welchen Aufgaben sie betraut werden sollen und können. Gemeinsam veranstalteten der DiCV Münster und der DiCV Paderborn eine Fachtagung zu dieser Thematik. Sowohl Absolventen von Studiengängen als auch Verantwortliche des Pflegemanagements stellten Einsatz- und Aufgabenprofile

sowie Erfahrungen in einer Fachtagung vor. Deutlich wurde, dass es vielfach noch ein Suchprozess ist, welche Kompetenzen die akademisch qualifizierten Pflegekräfte, die immer auch einen „normalen“ Pflegeberufsabschluss erworben haben, ergänzend oder vertiefend mitbringen und wie diese in den Pflegealltag eingebracht werden können. Viele sorgen sich, dass die Absolventen „vom Bett weg“ qualifiziert werden.

Nachdem im Sommer 2014 der zweite Evaluationsbericht der Modellstudiengänge in NRW in Düsseldorf vorgestellt wurde, äußerte sich der Diözesan-Caritasverband Paderborn gegenüber den Vertretern der Politik kritisch hinsichtlich einer vollständigen Übertragung der inhaltlichen Verantwortung an die Hochschulen. Dies würde für Verbände, Träger und Ausbildungsstätten bedeuten, dass zukünftig kein Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung der Studiengänge in der Pflege möglich ist.

Tag der Pflege 2014

Am 12. Mai 2014 lud der DiCV erneut zu einem Fachtag unter dem Motto „Und es tut mir gut“ in das Hotel Asphetha in Paderborn ein. In Vorträgen und Workshops wurden den Teilnehmern Meditation, Entspannungsübungen und Techniken zur Stressbewältigung sowie zur Selbstpflege im Beruf nähergebracht. Dabei stand vor allem das Thema „Resilienz“ im Vordergrund. Auch das vielfältige Pausenangebot, von Massagen bis hin zu einem Self-Care-Kino, fand großen Anklang unter den rund 80 Mitarbeitern aus Pflegeeinrichtungen der Caritas im Erzbistum Paderborn. Auch 2015 ist am Internationalen Tag der Pflege wieder ein Pflegefachtag geplant.

Bei der Konzeption von Fort- und Weiterbildungen für Pflegende in den ambulanten und stationären Einrichtungen des Sektors ist die Integrierte Leitungsqualifikation für Pflegefachkräfte (ILQP) ein Erfolg. Die auf einem modularisierten Weiterbildungskonzept aufgebaute Qualifizierung richtet sich an Pflegefachkräfte aus dem Krankenhaus, aus stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen sowie der ambulanten Pflege, die eine Aufstiegsqualifizierung anstreben. Im Zuge eines umfassenden Qualitätsmanagements ist neben einer kontinuierlichen Bewertung der Leitungsqualifizierung eine



Im geplanten Pflegeberufe-Gesetz sollen die drei Ausbildungen zur Gesundheits- und Krankenpflege, zur Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie zur Altenpflege zusammengeführt werden. Foto: Jonas

umfassende Meta-Evaluation zur Überprüfung der Aspekte Qualität und Wirksamkeit durchgeführt worden. Das Ergebnis zeigte eine hohe Zufriedenheit der Teilnehmenden mit der Weiterbildung sowie das Erreichen der Lehr- und Lernziele. Insgesamt konnten Qualität und Wirksamkeit der Qualifizierung wissenschaftlich bestätigt werden. Im Zuge der Meta-Evaluation wurden außerdem die Beurteilungsinstrumente von ILQP überarbeitet, damit Zielerreichung und Adaption an aktuelle Rahmenbedingungen auch im Weiteren gewährleistet sind.

Seit zwei Jahren läuft zudem in Zusammenarbeit von Diözesan-Caritasverband Paderborn, Universität Paderborn und der Universität Bremen ein Praxisforschungsprojekt mit dem Titel „Medien-Coaches für das Berufsfeld Pflege (MeCoPflege)“. Konkret bedeutet dies: Ein permanentes Fortbildungsangebot zur Medienkompetenz wird vom DiCV in das Fortbildungsprogramm aufgenommen, so dass sich neben den Medien-Coaches auch weitere pflegerische Mitarbeiter in Ausbildungsstätten und in pflegerischen Einrichtungen z. B. in Schlüsselfunktionen wie Praxisanleitung, Leitungspositionen etc. weiterqualifizieren können. Zum Zweiten werden Netzwerktreffen seitens des DiCV für die Medien-Coaches sowie für Interessierte zum qualifizierten Austausch angeboten.

Gremientätigkeit

Eine kontinuierlich geringe Zahl an Teilnehmenden führte zum Umdenken bezüglich des Fortbestehens der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft der Pflegedirektoren. So wurde die Mitgliederversammlung im Dezember 2014 genutzt, um über die Zukunft des Gremiums zu entscheiden. Die Anwesenden berieten über Möglichkeiten in der Ausgestaltung der Weiterarbeit der Arbeitsgemeinschaft auf Diözesan-Ebene. Im Ergebnis wird das Gremium durch (diözesan) benannte Pflege-

direktoren fortgeführt, um sicherzustellen, dass das Expertenwissen vom Pflegemanagement aus der Praxis in die entsprechenden Gremien auf diözesaner Ebene und darüber hinaus Eingang findet.

Perspektiven und Herausforderungen

Voraussichtlich im Sommer 2015 ist mit dem Entwurf eines neuen Pflegeberufe-Gesetzes zu rechnen, mit welchem die Einführung einer generalistischen Pflegeausbildung gesetzlich geregelt werden soll. Für die Freie Wohlfahrtspflege ist entscheidend, dass die Gestaltung der Einführung einer generalistischen Pflegeausbildung so erfolgt, dass die Belange der Altenpflege angesichts des demografischen Wandels und der sich daraus ergebenden fachlichen Herausforderungen ausreichende Berücksichtigung finden.

Im Kontext einer neuen Pflegeberufeform sind wesentliche Fragenkomplexe z. B. die Verortung der Altenpflegeausbildung, die Finanzierungsproblematik der Ausbildung im Zusammenhang mit den bisher bestehenden unterschiedlichen Refinanzierungssystemen, den Ausbildungsinhalten, ihren Praxisanteilen, der Sicherung der bisherigen Ausbildungsstätten etc.



Eva Maria
Müller



Britta Elena
Scheibe

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-318
e.mueller@caritas-paderborn.de
b.scheibe@caritas-paderborn.de

Kur- und Erholungshilfen

Allgemeine Entwicklung

Im Februar 2012 wurde die Begutachtungsrichtlinie für die Antragsbeurteilung der Mutter-Kind-Kuren überarbeitet und erstmalig auch eine Umsetzungsempfehlung für die Mitarbeiter der Krankenkassen verabschiedet. Ab Mai 2012 konnte eine spürbare Verbesserung der Antragsbearbeitung durch die Krankenkassen registriert werden. Die Ablehnungsquoten gingen zurück, und die Bewilligungen nahmen zu. Auch bei den Kliniken des Erzbistums ist dieser positive Trend angekommen. Diese Entwicklung hat sich auch im Jahr 2014 fortgesetzt.

Im Bereich der Erholungshilfen fehlen weiterhin dringend benötigte Landesmittel, um Erholungsmaßnahmen für Kinder, behinderte Menschen, Familien und Senioren bezuschussen zu können. Nur der Einsatz der ehrenamtlichen Helfer wird im Bereich der Ferienmaßnahmen für Kinder noch mit einem Sonderurlaubsgesetz finanziell unterstützt. Mit 75.000 Euro fördert der Diözesan-Caritasverband bedürftige Teilnehmer der Erholungsangebote. Die Maßnahmen werden von den örtlichen Caritasverbänden durchgeführt.

Die Familienerholung wurde in den vergangenen Jahrzehnten vom Familien-erholungswerk im Erzbistum Paderborn organisiert. Zur Mitte des Jahres 2011 wurde das Insolvenzverfahren über den Verein eröffnet und zum 31.07.2011 der Betrieb eingestellt. Seit 2012 hat das Referat diese Aufgabe teilweise zusätzlich übernommen.

Zu den Aufgaben des Referates Kur- und Erholungshilfen gehören die Vertretung und Beratung der angeschlossenen Träger und Einrichtungen im Kur- und Erholungsbereich. Im Bereich der Müttergenesung liegt beim Referat die Geschäftsführung der diözesanen Arbeitsgemeinschaft. Darüber hinaus bedient das Referat die bundesweit geschaltete Hotline und die Onlineberatung. Das Referat hat eine Internetseite mit Seniorenerholungsangeboten entwickelt und pflegt diese.

Schwerpunkte

Aktuelle Entwicklung der Mutter-Kind-Kuren

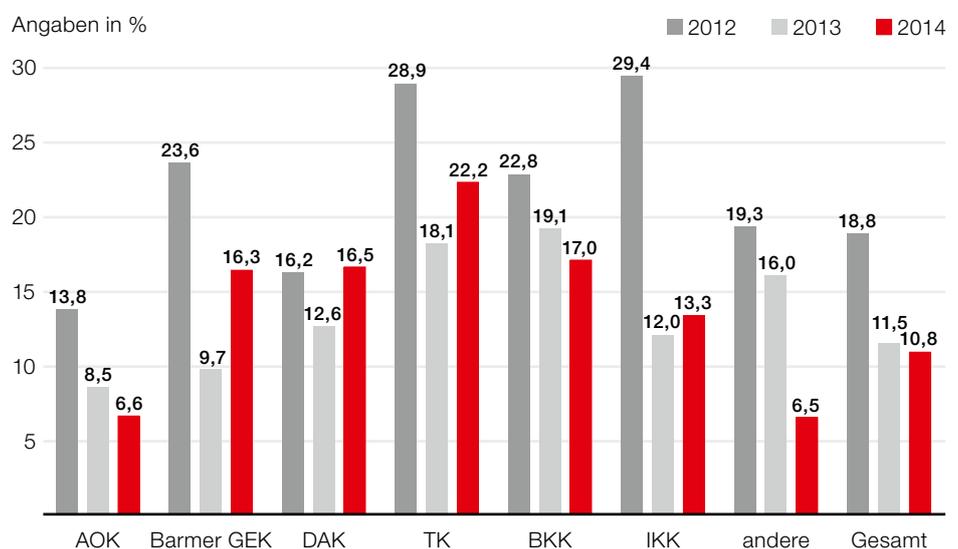
Seit 2009 waren die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen in diesem Bereich ständig reduziert worden, obwohl der Gesetzgeber 2007 die stationären Vorsorge- und Rehamaßnahmen für Mütter/Väter und Kinder zur Pflichtleistung der Krankenkassen erklärt hatte. Der Bundesrechnungshof hat aufgrund steigender Ablehnungsquoten durch die Krankenkassen das Antragsverfahren für Mütter- und Mutter-Kind-Maßnahmen überprüft und im Juni 2011 dazu einen Prüfbericht vorgelegt. Der Prüfbericht listete eine Vielzahl von Mängeln, Verfahrensfehlern und rechtswidrigem Handeln der Krankenkassen und des Medizinischen Dienstes auf und bestätigte in hohem Maße die Erfahrungen aus den Beratungs- und Vermittlungsstellen der örtlichen Caritasverbände. Es wurde eine Kommission aus Vertretern des Gesundheitsministeriums, der Krankenkassen und des Müttergenesungswerkes eingesetzt mit dem Ziel, u. a. die vorhandene Begutachtungsrichtlinie zur Beurteilung von Anträgen zu überarbeiten. Im Februar 2012 traten eine neue Begutachtungsrichtlinie und eine Umsetzungsempfehlung für die Mitarbeiter der Krankenkassen in Kraft. Die Ablehnungsquote der Krankenkassen ging daraufhin

deutlich zurück. Wie schon erwähnt, wurde diese Entwicklung auch in einer deutlich besseren Belegung der Kliniken spürbar. In den Gesamtbewilligungszahlen der Kurberatungsstellen bei den örtlichen Caritasverbänden spiegelt sich dieses aber nicht wider. Die Gesamtbewilligungsquote fiel von 2293 (2012) auf jetzt 2090 und verzeichnete damit einen Rückgang von neun Prozent in zwei Jahren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Caritasverband Soest für den Altkreis Soest und die Caritasverbände Iserlohn und Unna den Service der Kurberatung eingestellt haben. Aber auch das übrige Bild ist uneinheitlich. Einzelne Caritasverbände haben im Jahr 2014 große Zuwächse und andere haben deutliche Rückgänge zu verzeichnen, was darauf schließen lässt, dass hier die zur Verfügung stehende Zeit zurückgefahren wurde.

Absicherung der Kurberatung bei den örtlichen Caritasverbänden

Im Potenzialforum, das für das Referat Kur- und Erholungshilfen im Mai 2013 stattfand, wurde noch einmal deutlich, dass die nicht gesicherte Finanzierung der Kurberatung bei den örtlichen Caritasverbänden zu einer Gefährdung dieses familienstützenden Angebotes geworden ist. 2014 wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Vorstände der einzelnen Regionen gebildet. Das erarbeitete Konzept liegt jetzt zur weiteren Beratung vor.

Abgelehnte Anträge auf Mutter-Kind-Kuren 2012 bis 2014 im Erzbistum Paderborn nach Krankenkassen



Parallel zu diesen Bemühungen, kurzfristig zusätzliche kirchliche Mittel für diesen Bereich zu akquirieren, wurde in Zusammenarbeit mit der Rechtsabteilung des Diözesan-Caritasverbandes eine Gesetzesinitiative gestartet, die dem Bundesvorstand der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung zur weiteren Beratung übergeben wurde. Dieser hat dazu im Dezember 2014 abschließend beraten. Eine Idee fand jetzt Eingang in die Stellungnahme des Deutschen Caritasverbandes zum Präventionsgesetz, eine weitere Idee wird zurzeit mit den zuständigen Bundesministerien diskutiert.

Wirtschaftliche Begleitung der Caritas Kur- und Erholungsheime im Erzbistum Paderborn e. V.

Im Februar 2011 übernahm der Referatsleiter kommissarisch die Geschäftsführung des wirtschaftlich angeschlagenen Vereins. Zum Jahresende 2014 wurde jetzt die laufende Geschäftsführung durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag auf den Caritasverband Brilon übertragen. In den vergangenen vier Jahren konnten die Mutter-Kind-Kliniken St. Ursula in Winterberg und Talitha in Bad Wildungen wirtschaftlich stabilisiert und notwendige Investitionen getätigt werden. So wurden z. B. beide Kliniken mit Blockheizkraftwerken



Auftanken für den Alltag können Mütter in der Mutter-Kind-Klinik St. Ursula in Winterberg. Im Bild Ute Strobel und Kristina Claßen mit ihren Kindern. Foto: Wiedenhaus

versehen und so auch die Kostensituation im Energiebereich nachhaltig verbessert.

Katholische Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung (KAG)

Der Referatsleiter ist Mitglied der Delegiertenversammlung und vertritt die Geschäftsführer der Diözesen im Vorstand der KAG. Aus der Diözese Paderborn sind außerdem in der Delegiertenversammlung vertreten: Sabine Lohmann als Vertreterin der CKD und Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig als Vertreter der Diözesan-Caritasdirektoren.

Familienerholung im Erzbistum Paderborn

Durch die Insolvenz des Familienerholungswerkes (31.07.2011) war die Zukunft der Familienerholung im Erzbistum Paderborn ungesichert. Ende des Jahres 2011 übernahm das Referat die Koordinierung der Familienerholung im Erzbistum Paderborn. Das Refe-

rat hat die strukturellen Rahmenbedingungen für das Verfahren geschaffen und gibt jährlich einen Katalog heraus. Der Katalog ist Grundlage für die Arbeit in diesem Bereich bei den örtlichen Caritasverbänden. Mit rund 40.000 Euro fördert die katholische Kirche im Erzbistum Paderborn weiterhin Familienerholungsmaßnahmen und ermöglicht so auch ärmeren Familien den Zugang zu diesem besonderen Erholungsangebot.

Perspektiven und Herausforderungen

Caritas Kur- und Erholungsheime im Erzbistum Paderborn e. V.

Die laufenden Geschäfte wurden wie erwähnt durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag auf den Caritasverband Brilon übertragen. Damit konnte das Ziel der letzten Jahre, die Geschäftsführung an einen anderen größeren katholischen Träger zu übergeben, erreicht werden. Der Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Caritasverband Brilon ist sicher nur eine Zwischenlösung, aber ein deutlicher Weg in die Zukunft der Einbettung der beiden Kliniken in einen größeren Träger. Die Geschäftsführung für den Trägerverein verbleibt im Referat Kur- und Erholungshilfen.

Kurberatung bei den örtlichen Caritasverbänden

Mit der Gesetzesinitiative zur finanziellen Absicherung der Kurberatung wurden zukunftsweisende Schritte aufgezeigt, die jetzt umgesetzt werden. Auch kurzfristig besteht nun für die Diözese Paderborn die Hoffnung auf eine finanzielle Unterstützung aus kirchlichen Mitteln, bis die staatlichen Fördermöglichkeiten greifen können.

Bei diesen Beratungen ist aber auch deutlich geworden, dass die Kurberatung vielleicht in einer Familiengesundheitsberatung aufgehen sollte, die viel mehr umfasst. Hierzu wurden erste Überlegungen angestellt, die jetzt weiterverfolgt werden.



Freuen sich über die Übernahme der Geschäftsbesorgung der Mutter-Kind-Kliniken in Winterberg und Bad Wildungen durch den Caritasverband Brilon (von links): Heinz Georg Eirund (Vorstand Caritas Brilon), Sandra Brühne (MAV Talitha), Marlies Finger (Belegungsdisposition), Andrea Twardella (Klinikleitung Talitha), Susanne Häger (Personalverwaltung), Elisabeth Schilling (Fachbereichsleitung Caritas Brilon), Esther Westpfahl (MAV St. Ursula), Karin Krohn (Klinikleitung St. Ursula), Andrea Rittinghaus (Buchhalterin), Marion Moschner (Verwaltungsleitung) und Klaus Tintelott (Geschäftsführer Caritas Kur- und Erholungsheime). Foto: Wamers

Schwangerschaftsberatung, Frühe Hilfen, Familienpflege

Familienerholung im Erzbistum Paderborn

In den zwei Jahren, seitdem das Referat die zusätzliche Aufgabe der Familienerholung übernommen hat, ist es bisher nicht gelungen, dieses Angebot bei den Menschen zu platzieren. Für das Jahr 2014 wurde neben dem Katalog zusätzlich mit einem Plakat geworben, dass dieses Angebot präsenter machen sollte. Auch eine verstärkte Pressearbeit hat bisher nicht zu einem Anstieg der Vermittlungszahlen in diesem Bereich beigetragen. So konnten in den vergangenen Jahren die dafür als Zuschussförderung vorgesehenen kirchlichen Mittel bisher nie ausgeschöpft werden. Hier muss es gelingen, die örtlichen Caritasverbände noch stärker einzubeziehen, sonst ist dieses Angebot zum Scheitern verurteilt.

Zukünftige Entwicklung der Mutter/ Vater-Kind-Kuren

Wie berichtet, sind in den vergangenen Jahren die Zugänge zu den Mutter/Vater-Kind-Kuren verbessert worden, was sich nicht zuletzt in den Rückgängen der Ablehnungszahlen ablesen lässt. Zum 1. Januar 2015 ist ein Gesetz zur „Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung“ (GKV-FQWG) in Kraft getreten. Damit wurde eine neue Beitragsstruktur umgesetzt, die zu einem forcierten Wettbewerb der Kassen untereinander führen wird. In der Vergangenheit entwickelte sich daraus auch immer ein höherer Kostendruck auf die Leistungserbringer. Somit könnte dieses Gesetz auch wieder zu einem veränderten (negativen) Verhalten der Krankenkassen bezüglich der Mutter/Vater-Kind-Kuren führen. Es wird unsere Aufgabe sein, den Markt an dieser Stelle genau zu beobachten und frühzeitig in Zusammenarbeit mit dem Müttergesundheitswerk gegenzusteuern.



Klaus
Tintelott

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-239
k.tintelott@caritas-paderborn.de

Allgemeine Entwicklung

„Weit weg ist näher, als du denkst.“ So lautete das Motto der Jahreskampagne der Caritas 2014. Dass das tatsächlich so ist, erfahren die 14 katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen im Erzbistum Paderborn hautnah in ihrer täglichen Arbeit. Viele verschiedene Nationalitäten wurden 2014 in den Beratungsstellen statistisch erfasst. 5.541 Klienten suchten die katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen auf und wurden 15.000-mal in ihrer individuellen Lebenssituation beraten und begleitet. Der Anteil von Migranten an den Beratungen betrug 38,1 Prozent, davon hatten 1.234 Ratsuchende die deutsche Staatsangehörigkeit. Die Jahreskampagne fordert dazu auf, die „globalen Nachbarn“ kennen- und schätzen zu lernen.

27 Prozent der Klientinnen wurden längerfristig beraten, d. h., die Klientinnen hielten den Kontakt über zwei oder drei Jahre zu der Beraterin aufrecht. Der Mittelwert des

Alters bei Beratungsbeginn lag bei 27,2 Jahren, wobei interessanterweise die Altersgruppen unter 18 Jahren und bei über 40 Jahren je 2,6 Prozent betragen. Im Vergleich mit den Klientinnen mit Migrationshintergrund ist dort eine andere Gewichtung zu sehen, der Mittelwert liegt mit 27,9 Jahren ein wenig höher, aber die Anzahl der unter 18 Jahre alten Klientinnen liegt bei 1,5 Prozent und bei den über 40-Jährigen bei 3 Prozent.

Die Kontaktaufnahme liegt zu 75 Prozent in der Sorge über die finanzielle Situation der Schwangeren und ihrer Familie begründet. Es ist zu beobachten, dass es auf dem Arbeitsmarkt immer mehr befristete Arbeitsverträge gibt. Das bedeutet gerade für schwangere Frauen eine Verschlechterung der sowieso schon angespannten finanziellen Situation, da diese Arbeitsverträge nicht verlängert werden, auch wenn vor Bekanntgabe der Schwangerschaft eine mündliche Entfristung zugesagt wurde.

Berufsausbildung der in der Schwangerschaftsberatung Ratsuchenden

Berufsausbildung	Gesamtanzahl Ratsuchende	Ratsuchende mit Migrationshintergrund
Kein Berufsabschluss	67,2 %	60,4 %
Abgeschlossene Berufsausbildung	28,8 %	33,7 %
In Schule und Ausbildung	4,0 %	5,9 %

Familienstand der in der Schwangerschaftsberatung Ratsuchenden

Familienstand	Gesamtanzahl Ratsuchende	Ratsuchende mit Migrationshintergrund
Ledig	42,7 %	29,2 %
Verheiratet	48,5 %	62,1 %
Sonstige	8,8 %	8,7 %

Schwerpunkte

Das Gesetz „zum Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt“ wurde zum 1. Mai 2014 in Kraft gesetzt. Jede Frau hat das Recht, bei den Schwangerschaftsberatungsstellen während und nach der Schwangerschaft anonym und geschützt Hilfe zu suchen, so sieht es das Gesetz vor. Im Bundesministerium wurde eine Informationsbroschüre erarbeitet, außerdem ein zentrales bundesweites Notruftele-

fon für Schwangere eingerichtet. Die meisten katholischen Schwangerschaftsberaterinnen im Erzbistum Paderborn haben schon an der Qualifizierung teilgenommen, denn der DiCV ist generell der Ansicht, dass jede Schwangerschaftsberaterin an einer Schulung teilnehmen sollte, um den Frauen, die in einer solchen Notlage in eine Beratungsstelle kommen, auch professionelle Hilfe anbieten zu können. Vor Ort werden häufig „Runde Tische“ auf Initiative der Schwangerschaftsberatungsstellen eingerichtet, um mit Vertretern

von Krankenhäusern, Hebammen, Jugendämtern oder Sanitätern Verfahrensregelungen zur Umsetzung von vertraulichen Geburten festzulegen. Die häufigsten Fragestellungen versucht das Bundesministerium durch einen FAQ-Katalog zu beantworten, der auch im Internet bereitgestellt wird.

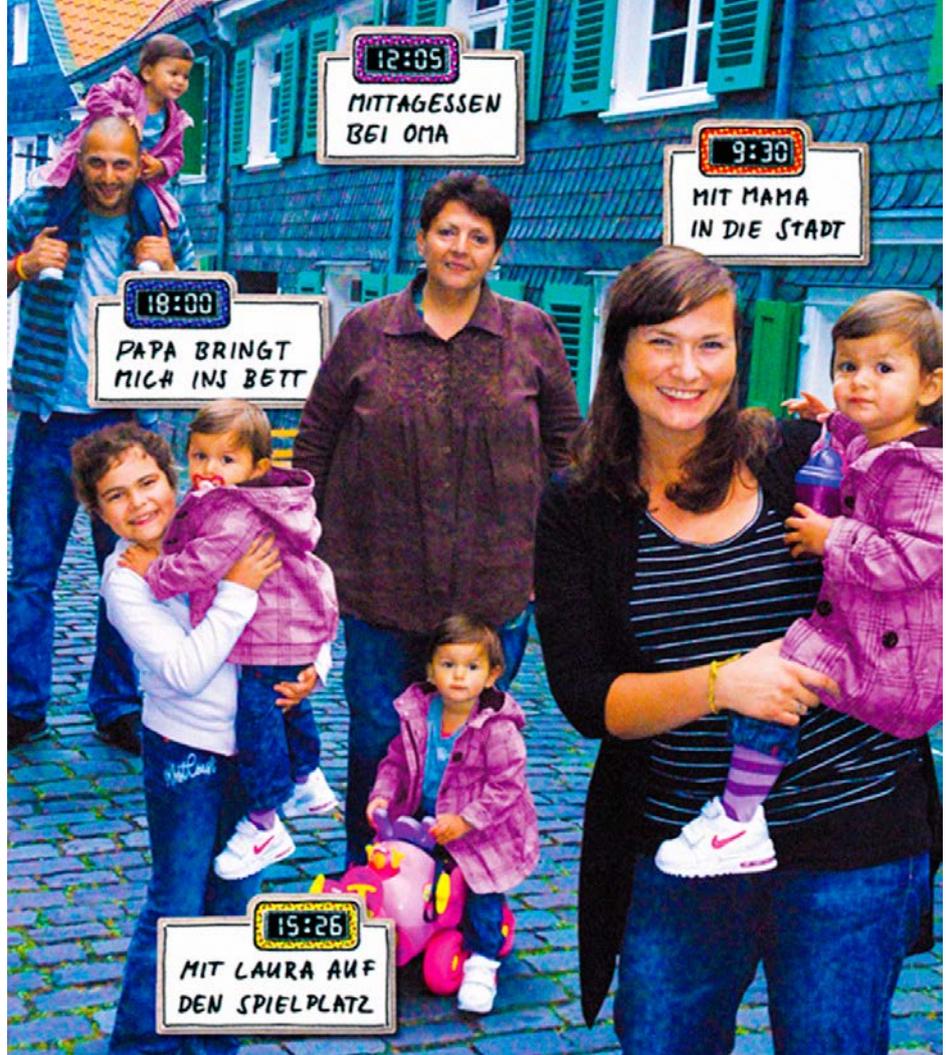
Ab Sommer 2011 erarbeitete in einer Übergangsphase das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Sport und Kultur NRW eine Modifizierung des seit 1. Juli 2007 gültigen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschafts(konflikt)gesetz. Bis 2014 wurden Kriterien entwickelt und statistisch erhoben. Am 18. Dezember 2014 hat nun der Landtag NRW das neue Schwangerschaftskonfliktgesetz-Ausführungsgesetz beschlossen. Das Gesetz regelt die Versorgung mit Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen und soll zum 1. Januar 2016 umgesetzt werden. Dazu ist das Land in fünf Versorgungsgebiete entsprechend den Regierungsbezirken eingeteilt. Sollten Anfang April 2015 in einem Regierungsbezirk mehr Anträge auf Finanzierung vorliegen, als der Versorgungsschlüssel vorsieht, werden die statistischen Daten von 2014 herangezogen, um eine Entscheidung zu treffen.

Ob auch weiterhin alle neun Träger des Erzbistums Paderborn in der Landesförderung bleiben, wird sich also vermutlich erst im Sommer 2015 zeigen.

Perspektiven und Herausforderungen

Im Rahmen des Forschungsprojektes „Leben in verschiedenen Welten? Evaluation der Katholischen Schwangerschaftsberatung“ wurden Interviews mit Klientinnen, eine Online-Befragung aller katholischen Schwangerschaftsberaterinnen durchgeführt und nach der Repertory-Grid-Methode Daten erhoben.

Seit September 2014 liegt der Abschlussbericht des mit dem Projekt beauftragten Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) vor. Ratsuchende und Beraterinnen leben tatsächlich in verschiedenen Welten, so das Ergebnis. Doch das, und das ist das Entscheidende, hat keinen Einfluss auf das Beratungsgeschehen, auf die Zufriedenheit der Ratsuchenden mit der Beratung und auf deren



Mit der Kampagne „Von Anfang an – gemeinsam leben lernen“ weist die Katholische Schwangerschaftsberatung im Erzbistum Paderborn auf die besondere Lebenssituation von jungen Müttern und Paaren hin. Foto: Becker

Nutzen. Doch neben all dem Positiven fordert die Studie auch fachdienstinterne Reflexion ein, z. B. über das spezifische katholische Profil mit Fragen zum Lebensschutzkonzept und Selbstverständnis der Schwangerschaftsberatungsstellen, über Öffentlichkeitsarbeit zur Erschließung neuer Zielgruppen, dabei Nutzung des Web 2.0 oder die Nutzung der Ergebnisse zur Perspektiverweiterung auf die Sichtweise der Ratsuchenden.

Der Begriff „Frühe Hilfen“ meint in der Regel alle Angebote für Familien mit Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren. Die gesetzliche Grundlage ist hierfür das Bundeskinderschutzgesetz. Doch es gibt auch andere bedrohliche Situationen für Familien, in denen es ungenügende gesetzliche Sicherstellungen von Hilfe gibt, z. B. bei Krankheit eines Elternteils. Die Familienpflege ist dann Ansprechpartner und Ausfühlerin. Allerdings steht die finanzielle Absicherung dieses wichtigen Dienstes zur Disposition. Laut Krankenkassen sichert das SGB V den Einsatz von Haushaltshilfen. Es ist jedoch die Frage, ob mit dem Reinigen der Wohnung und dem Zubereiten einer Mahlzeit einer Familie wirklich geholfen wird, wenn die Mutter an Krebs erkrankt ist und die Kinder nicht

versorgt werden können. Oder eine Familie bedarf nach SGB VIII Hilfe, um die Organisation ihres Haushaltes zu erlernen. Auch hier zeigt die Praxis, dass Jugendämter die Familienpflege zu schätzen wissen und dementsprechend finanzieren – oder aber eben auch nicht. Oder in der Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes fehlen Hebammen, die sich zur Familienhebamme ausbilden lassen. Eine naheliegende Idee wäre, die umfassende Ausbildung der Familienpflege anzuerkennen, um den Bedarf vor Ort decken zu können. Im Erzbistum Paderborn gibt es 18 solcher Fachdienste, für die Wege gefunden werden müssen, um Familien auch weiterhin in schwierigen Situationen zur Seite stehen zu können.



Anke
Baule

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-349
a.baule@caritas-paderborn.de

Tageseinrichtungen für Kinder

Allgemeine Entwicklung

Das Feld der Tageseinrichtungen für Kinder war im Jahr 2014 vorrangig bestimmt durch die Revision des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz). Dieser Revisionschritt des KiBiz zielt darauf, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Betreuungszeiten und -angebote auszubauen. Gleichzeitig soll die frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen weiter verbessert werden mit der Absicht, die Bildungschancen für Kinder von Anfang an zu stärken und Benachteiligungen abzubauen. Hohe Anforderungen an die Qualität der Erziehungs- und Bildungsarbeit sind formuliert. Die Anpassung der entsprechende Grundfinanzierung zur Ausschöpfung möglicher

Personalvorgaben ist jedoch nicht erfolgt. Diese Folgen in finanzieller und fachlicher Hinsicht haben Verhandlungen auf allen Ebenen – politisch und innerkirchlich – nach sich gezogen.

Gleichzeitig erhalten die katholischen Kindertageseinrichtungen im Erzbistum als familienpastorale Orte eine zunehmende Bedeutung. Überlegungen zur Entwicklung eines langfristigen Angebotes werden aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Durch die weitere Entwicklung der großen Trägerstrukturen im Erzbistum verändern sich die Möglichkeiten und Notwendigkeiten, miteinander zu kooperieren und zu agieren.

Schwerpunkte der Arbeit

Die o. g. Thematiken spiegeln sich in den Schwerpunkten des Referates wider. Schwerpunkthemen des Jahres waren die Anforderungen des KiBiz an die Pädagogik sowie die Finanzierung. Dieser zweite Revisionschritt des KiBiz hat sich insbesondere mit der Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindertageseinrichtungen beschäftigt. Im pädagogischen Bereich standen Themen wie Konzeptionserstellung, Kinderrechte mit Partizipation, Übermittagsbetreuung und vor allem die alltagsintegrierte Sprachförderung im Fokus.

Vom Land zur Verfügung gestellte Gelder kommen vor allem den Einrichtungen zugute – den sogenannten plusKITAS –, die einen hohen Anteil von Kindern mit einem besonderen Unterstützungsbedarf des Bildungsprozesses betreuen. Auch Kindertageseinrichtungen, die einen entsprechend hohen Anteil an Kindern betreuen, in deren Familien nicht Deutsch gesprochen wird, erhalten besondere finanzielle Zuwendungen. Die zusätzliche Finanzierung ist vorrangig für Personalstunden einzusetzen.

Die Anforderungen an die Qualität der Erziehungs- und Bildungsarbeit im KiBiz wurden seitens des Referates in verschiedenen Angebotsformen aufbereitet. Insbesondere fanden Fachtage zum Thema Partizipation und Sprachförderung reges Interesse.

Weitere Unterstützung boten Fortbildungsangebote, thematische Arbeitskreise und Konferenzen. Die Aufbereitung und Positionierung zu pädagogischen Anforderungen waren auch Inhalte von Rundscheiben an Träger und Einrichtungen. Nicht zuletzt bot eine Handreichung für den neu benannten Einrichtungstyp „plusKITA“ eine inhaltliche Orientierung.

Im politischen Bereich auf der kommunalen und der Landesebene spielt bis dato die Unauskömmlichkeit der Pauschalfinanzierung im KiBiz eine wesentliche Rolle. Träger und Einrichtungen haben durch Aktionen auf diese sich zuspitzende Schieflage der Finanzierung aufmerksam gemacht und die Folgen für die Kindertageseinrichtungen und ihre Betreuungs- und Bildungsarbeit dargestellt.

Das politische Agieren auf kommunaler Ebene unterstützte das Referat durch Abstimmung und Beteiligung an Gesprächen

und Aktionen der großen Träger. Auf Landesebene fanden zahlreiche und intensive Abstimmungsgespräche innerhalb der Freien Wohlfahrtspflege und der Bistümer statt.

Auch innerkirchlich wurde durch diese Diskussion nochmals die Bedeutung der katholischen Kindertageseinrichtungen für die Familienpastoral herausgestellt. Dazu wurden Grundlagen geschaffen, dass die katholischen Kindertageseinrichtungen sich als familienpastoraler Ort bistumsintern zertifizieren lassen können.

Insgesamt wurden 33 997 Kinder betreut. Die Anzahl der unter Dreijährigen und die der behinderten bzw. von Behinderung bedrohten Kinder steigt jährlich. 2014 betreuten 431 Einrichtungen insgesamt 1 146 behinderte Kinder. 604 Einrichtungen betreuen insgesamt 6 196 Kinder unter drei Jahren.

Entwicklung der Trägerstrukturen und Beteiligung von Trägern

Auch 2014 haben Kirchengemeinden ihre Kitas in die Betriebsträgerschaft der sieben gemeinnützigen GmbHs gegeben, so dass sich nun zwei Drittel der kirchengemeindlichen Kitas bei den großen Trägern befinden. Die veränderten Strukturen erfordern eine andere Basis des Miteinanders und der Abstimmung. Ein neues Forum der Beteiligung an Meinungsbildung und Positionierung wurde mit den maßgeblichen Trägern im Laufe des Jahres diskutiert und im November 2014 die „Diözesane Arbeitsgemeinschaft katholischer Kindertageseinrichtungen im Erzbistum Paderborn (DiAG Kita)“ installiert. Alle Trägergruppierungen sind im Vorstand bzw. in den drei Regionalkonferenzen der Kooperationsräume Mitte, Ost und West vertreten. Anfang 2015 wird die DiAG Kita ihre Arbeit aufnehmen.

Kath. Kitas im Erzbistum Paderborn – Statistik 2014

619	katholische Kindertageseinrichtungen unterschiedlicher Träger
	davon:
339	Kindertageseinrichtungen in Betriebsträgerschaft einer der 7 gem. GmbHs
169	Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft einer Kirchengemeinde
22	Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft von Caritasverbänden
89	Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft von Elternvereinen, Ordensgemeinschaften oder Stiftungen

Erziehungshilfe



Vertreten 619 katholische Kitas im Erzbistum Paderborn – der erste Vorstand der neuen Arbeitsgemeinschaft mit (von links): Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig, Inge Schlottmann (Kita-Referatsleiterin beim Diözesan-Caritasverband), Josef Mertens (Kita gGmbH Hellweg, Soest), Vorsitzender Detlef Müller (Gemeindeverband Hochstift, Paderborn), Thors ten Herrmann (Gemeindeverband Ruhr-Mark, Hagen), stellv. Vorsitzende Birgit Sprenger (Kita gGmbH Östliches Ruhrgebiet, Dortmund), Michael Wolf (Kita gGmbH Minden-Ravensberg-Lippe, Bielefeld) und Dorothea Clemens (Caritas Olpe). Foto: Jonas

Inklusion / Integrative Erziehung

Im Jahr 2014 verfolgten die katholischen Kindertageseinrichtungen im Erzbistum Paderborn auch wieder das Ziel der Inklusion. Die sog. Integrative/Inklusive Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung ist ein stetig wachsender Bereich. Die Beratungen zu Kindern mit traumatischen Erfahrungshintergründen – auch von traumatisierten Kindern aus Kriegsgebieten – nahmen im Jahr 2014 zu.

Im Sommer 2014 wurde mit positiver Resonanz ein Projekt für Erzieher mit vier Modulfortbildungen „Inklusion – Kinder mit und ohne Behinderung zeigen uns den Weg“ abgeschlossen. Das Projekt wurde unter Einbezug der großen Trägergruppen entwickelt und in enger Kooperation mit vier katholischen Berufskollegs in Paderborn, Dortmund, Bestwig und Lippstadt durchgeführt.

Unter dreijährige Kinder

Die Zahl der unter dreijährigen Kinder steigt stetig. Mancherorts zeigt sich durch den Rückgang der über dreijährigen Kinder ein Ungleichgewicht in der Altersmischung und

Belegung. Der Ausbau von Einrichtungen hält – mit einer weiteren Finanzierung durch das Land – in geringem Umfang noch an.

Präventionsordnung – Prävo PB

Zur weiteren Umsetzung der Präventionsordnung sind die vom Erzbistum beauftragten Referenten in das Arbeitsfeld der Kindertageseinrichtungen eingeführt worden. Die Referenten haben mit abgestimmtem Konzept im Auftrag der Träger oder Bildungsanbieter die Intensivschulungen für Führungskräfte durchgeführt.



Inge
Schlottmann

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-268
i.schlottmann@caritas-paderborn.de

Allgemeine Entwicklung

Die Erziehungshilfen sind zentrale Leistungen des Kinder- und Jugendhilferechts. Sie bieten Kindern und Jugendlichen und ihren Eltern ein vielfältiges Angebot an ambulanter, teilstationärer, stationärer und beratender Unterstützung. In den vergangenen Jahren sind die Fallzahlen deutlich gestiegen und haben sich fast verdoppelt. Damit sind auch die Kosten für die Kommunen entsprechend gestiegen und werden immer mehr zu einer großen kommunalpolitischen Herausforderung. Die Anforderungen an die Einrichtungen und Dienste der ambulanten Hilfen zur Erziehung, der stationären und teilstationären Einrichtungen und die Erziehungsberatungsstellen steigen sowohl aufgrund dieses Kostendrucks als auch wegen der anspruchsvolleren Problemlagen der Kinder, Jugendlichen und deren Familien.

Schwerpunkte der Arbeit

Ein gemeinsames Projekt des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn und der Katholischen Hochschule NRW, Abteilung Paderborn, hat zum 1. Juni 2014 begonnen: „Kinder schützen durch Stärkung der Eltern – Kommunale Präventionsansätze zum Schutz von Kindern psychisch kranker, suchtkranker und von Armut betroffener Eltern“. Im Juni 2014 ist das Projekt gestartet, das geleitet wird von Paul Krane-Naumann, Leiter des Referats Erziehungs- und Familienhilfe im DiCV, und Dr. Albert Lenz, Professor an der Abteilung Paderborn der Katholischen Hochschule NRW und Leiter des Instituts für Gesundheitsforschung und Soziale Psychiatrie. Als Projektreferentin ist Dr. Eva Brockmann in dem Projekt eingesetzt. Das Projekt wird fachlich begleitet durch Christoph Eikenbusch, Abteilungsleiter im DiCV. Die Finanzierung erfolgt im ersten Projektjahr über den Sonderfonds für spezifisch armutsorientierte Dienste der Caritas sowie Eigenanteile der Katholischen Hochschule und des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn.

Den Hintergrund des Projektes bilden Erkenntnisse über die Folgen von Kindeswohlgefährdung für die Gesundheit und Entwick-



Haben ein Projekt zur Prävention von Kindeswohlgefährdendem Elternverhalten gestartet (von links): Anne Rühländer und Lena Leffers (beide Katholische Hochschule NRW), Eva Brockmann, Paul Krane-Naumann und Christoph Eikenbusch (alle Diözesan-Caritasverband Paderborn), Prof. Dr. Albert Lenz (Katholische Hochschule) sowie Norbert Köring (Caritasverband Castrop-Rauxel). Auf dem Foto fehlen Friedhelm Hake (Caritasverband Paderborn) und Rainer Holtmann (Caritasverband Hamm). Foto: Jonas

lung von Kindern und über die spezifischen Belastungen, mit denen Familien konfrontiert sind, die von psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen oder Armut betroffen sind. Studien zeigen, dass die Folgen von Missbrauch, Misshandlung und Vernachlässigung weitreichend und unspezifisch sind und über posttraumatische Belastungsstörungen oder Anpassungsstörungen hinausgehen. So finden sich bei den betroffenen Kindern gehäuft psychische Auffälligkeiten wie Suizidgedanken, Suizidversuche, Depression, antisoziales Verhalten, Substanzkonsum und delinquentes Verhalten als Folgeerscheinungen.

Missbrauch, Misshandlung und Vernachlässigung können zudem somatische Beschwerden wie Diabetes mellitus oder Herzkrankheiten beeinflussen. Die Folgen von Kindeswohlgefährdungen reichen zudem bis ins Erwachsenenalter hinein. Bei erwachsenen psychiatrischen Patienten zeigen sich bei einer Missbrauchs- oder Misshandlungsvorgeschichte schlechtere Krankheitsverläufe. Beispielsweise waren 60 bis 80 Prozent der Menschen mit einer Borderline-Persönlichkeitsstörung in ihrer Kindheit Opfer traumatischer Lebenserfahrungen wie sexualisierter Gewalt, schwerer physischer Gewalt und/oder Vernachlässigung. Insgesamt betrachtet, finden sich in psychiatrischen Populationen bei etwa 30 bis 50 Prozent eine Missbrauchs-, Misshandlungs- oder Vernachlässigungsvorgeschichte. Kindeswohlgefährdendes Elternverhalten hat somit immense Auswirkungen auf die psychische und körperliche Gesundheit und Entwicklung von Kindern und wirkt bis ins Erwachsenenalter.

Aus internationalen Studien wissen wir, dass Probleme der Eltern im Umgang mit Belastungen und Emotionen die tieferen Ursachen für Misshandlung und Vernachlässigung gegenüber Kindern darstellen. Die Lebensumstände psychisch kranker, such-

kranker oder von Armut betroffener Eltern sind oftmals sehr belastend und überfordernd. Vielfach fällt es den Eltern schwer, diese Belastungen und die damit einhergehenden Emotionen adäquat zu bewältigen. Dies ist ein Grund, warum diese Eltern eine besondere Risikogruppe für Kindeswohlgefährdungen darstellen. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Eltern mit Kindern im Alter bis zum fünften Lebensjahr, da diese Kinder besonders gefährdet sind. Zwei Drittel der Opfer tödlicher Misshandlungen und Vernachlässigungen sind Kinder und Säuglinge. Gezielter Prävention kommt daher eine besondere Bedeutung zu.

Hier setzt das Projekt „Kinder schützen durch Stärkung der Eltern“ an. Ziel ist es, Hilfen zu entwickeln und zu erproben, um Eltern in ihrem Bewältigungsverhalten – also in ihrem Umgang mit den Belastungen und den damit einhergehenden Gefühlen und Befindlichkeiten – zu stärken und zu fördern. In einem multimodalen Präventionsprogramm, das sich spezifisch an die Risikogruppen der psychisch erkrankten, suchterkrankten und von Armut betroffenen Eltern mit Kindern im Alter von null bis fünf Jahren richtet, sollen u. a. Themen wie Emotionsregulation, Mentalisierung, Stresstoleranz, Problemlöse-training, soziale Unterstützung und familiäre Kommunikation bearbeitet werden. Dies steht im Gegensatz zu allgemeinen Erziehungsprogrammen, die ausschließlich auf die Förderung der Erziehungskompetenz abzielen, jedoch die entscheidenden Ursachen von Gewalt an Kindern, nämlich den Umgang und die Bewältigung der Belastungen und Emotionen, nicht in den Blick nehmen.

Das Elterngruppenprogramm wird im ersten Projektjahr in enger Zusammenarbeit mit den Caritasverbänden Paderborn, Hamm und Castrop-Rauxel erstellt und erprobt. Auf der Grundlage der Rückmeldungen dieser

praktischen Erfahrungen wird das Manual überarbeitet und somit an die Anforderungen der Praxis angepasst. Geplant ist, in einer zweiten Projektphase das Gruppenprogramm in den Einrichtungen des Erzbistums Paderborn zu implementieren, zu erproben, weiterzuentwickeln und zu evaluieren.

Neben der Entwicklung und Erprobung des Elternprogramms hat das Projekt die Verstärkung der Vernetzung der Einrichtungen zum Ziel, um Eltern von kleinen Kindern nachhaltig und umfassend in Stress- und Belastungssituationen zu unterstützen und die psychische Gesundheit der Kinder zu fördern.

Perspektiven und Herausforderungen

Die Diskussion um die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung wird verstärkt geführt. Ausgangspunkt sind die kontinuierlich gestiegenen Bedarfe und die entsprechend gestiegenen Ausgaben im Handlungsfeld der Hilfen zur Erziehung, verbunden mit einem entsprechenden Kostendruck der Kommunen. Eine stärkere Vernetzung der Hilfen zur Erziehung mit den bestehenden Regelsystemen, präventiven Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und den schulischen und außerschulischen Bildungssystemen wird die Weiterentwicklung maßgeblich mitbestimmen.

Von besonderer Bedeutung dabei ist es, die gesellschaftlichen Ursachen für die steigende Bedarfsentwicklung in den erzieherischen Hilfen in den Blick zu nehmen, die Erziehungshilfe als eine gemeinsame Verantwortung von kommunalen Kostenträgern und der Freien Wohlfahrtspflege zu verstehen und zu gestalten, Familien präventiv in ihrer Erziehungsverantwortung zu stärken und zu unterstützen, das Zusammenwirken der Jugendhilfe mit anderen Leistungen sowie den Angeboten der Schule zu verbessern und die Sozialräume präventiv und inklusiv auszugestalten.



Paul Krane-Naumann

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-305
p.krane-naumann@caritas-paderborn.de

Behindertenhilfe

Allgemeine Entwicklung

Kindern, Jugendlichen und erwachsenen Menschen mit Behinderung eine verbesserte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen ist erklärtes Ziel von Politik, Verwaltung und vielen gesellschaftlichen Akteuren.

Auf Bundesebene konkretisiert sich diese Zielsetzung in der Erarbeitung eines Bundesteilhabegesetzes. Unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) erörterte eine Arbeitsgruppe, der auch Dr. Georg Cremer, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, angehört, u. a. folgende Themen: Leistungsberechtigter Personenkreis, Bedarfsermittlung, Trennung von Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen, Teilhabe am Arbeitsleben, Einkommensunabhängige Fachleistungen. Weitere Themen wie das Leistungserbringungsrecht im SGB XII und SGB IX, Weiterentwicklung des SGB VIII zu einem Gesetz zu Hilfen zur Entwicklung sowie die Schnittstelle Pflege/Eingliederungshilfe stehen auf der Agenda. Mit einem Gesetzentwurf ist im Frühjahr 2015 zu rechnen.

Zur Umsetzung des Aktionsplans „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ wurden ein Inklusionsbeirat NRW und verschiedene Fachbeiräte eingesetzt. Diese Gremien erörtern Maßnahmen und Themen, die dazu beitragen können, ein Mehr an Teilhabe für Menschen mit Behinderung zu ermöglichen. Die Ergebnisse werden der Landesregierung zur Verfügung gestellt und sollen im Rahmen der Politikgestaltung Berücksichtigung finden. Ein erster Gesetzentwurf „zur Stärkung der sozialen

Inklusion in NRW“ liegt inzwischen vor. Das Gesetz zielt darauf ab, die „Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen zu verhindern, zu beseitigen sowie die volle, wirksame, gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung durch die Beseitigung von Barrieren und die Herstellung von Zugänglichkeit zu ermöglichen und zu gewährleisten“. Adressaten dieses Gesetzes sind alle Träger öffentlicher Belange, die als Teil der Gesellschaft an der Gestaltung inklusiver Lebensverhältnisse mitwirken und zusammenarbeiten sollen.

Während Gesetzgebungsverfahren auf Bundes- und Landesebene darauf abzielen, die Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung zu stärken, gestaltet sich die Zusammenarbeit mit dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe, dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL), zunehmend als schwierig. So mussten die Träger von Einrichtungen des stationären Wohnens unzumutbar lange Bearbeitungszeiten bei Anträgen auf Kostenübernahme feststellen. Auch wurden Einzelverhandlungen zu Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen, die einige Träger beantragt hatten, weil die Personalausstattung eine bedarfsdeckende Leistungserbringung nicht mehr gewährleisten konnte, vom LWL nur äußerst schleppend bearbeitet. Des Weiteren haben Gespräche gezeigt, dass der LWL offenbar nicht bereit ist, ein transparentes und damit überprüfbares Personalfeststellungsverfahren durchzuführen. Ob vor diesem Hintergrund eine bedarfsdeckende Leistung durch die Einrichtungen erbracht und gesichert werden kann, ist damit zumindest infrage gestellt.

Schwerpunkte der Arbeit

Die Schwerpunkte der Arbeit des Referates werden in enger Abstimmung mit und unter Einbeziehung der „Diözesanen Arbeitsgemeinschaft der Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe im Erzbistum Paderborn“ getroffen. Zentrale Ziele sind dabei die Stärkung der selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderung und die Sicherung einer bedarfsdeckenden Förderung und Betreu-

ung durch fachliche Weiterentwicklung und Innovation. Des Weiteren stehen die Schaffung und der Erhalt förderlicher Rahmenbedingungen und die nachhaltige Sicherung der Finanzierung der Hilfen im Fokus. Die Umsetzung erfolgt insbesondere durch eine gezielte Mitwirkung in den Gremien und Verhandlungsgruppen der LAG FW NW und des Deutschen Caritasverbandes, durch Projekte, Fortbildungen und Veröffentlichungen sowie durch Beratung der Träger und Einrichtungen.

Bundesteilhabegesetz

Ein neues Bundesteilhabegesetz wird maßgeblich die Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderung prägen. Tangiert wird aber auch das Leistungserbringerrecht. Aufgrund der Bedeutung dieses Gesetzes für die Menschen mit Behinderung und für die Träger von Einrichtungen und Diensten erfolgte 2014 eine intensive Mitarbeit des Referates in Arbeitsgruppen des Deutschen Caritasverbandes. Parallel fanden diverse Politikgespräche mit dem Ziel statt, die Gesprächspartner für einzelne Bereiche des Gesetzes zu sensibilisieren und Vorschläge zu platzieren (Themen insbesondere: Bedeutung der Werkstätten für behinderte Menschen im Kontext von „anderen Anbietern“, Trennung der Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen unter der Maßgabe der Sicherstellung einer bedarfsdeckenden Unterstützung und Bedarfsermittlung).

Vergütungsverhandlungen für den Bereich Stationäre Wohnangebote

Die Vergütungsverhandlungen mit dem LWL gestalteten sich sehr schwierig. Vor dem Hintergrund sich ändernder Bedarfslagen bei den Bewohnern sowie tarifbedingter Personalkostensteigerungen sahen sich viele Träger in unserem Verbandsbereich gezwungen, den LWL zu Einzelverhandlungen aufzufordern. Die Bearbeitung dieser Verfahren erfolgte durch den LWL äußerst schleppend. Diverse Beratungen in der LAG FW, Gespräche mit Trägern und Verantwortlichen beim LWL waren erforderlich. Bis heute konnten noch nicht alle Einzelverhandlungen abgeschlossen werden. Der Prozess zeigte, dass das bisher üblicherweise angewandte Pauschalverfahren zur Anpassung der Vergütung an seine Grenzen stößt. Es kann und sollte von Trägern und LWL genutzt werden, um ohne großen Aufwand zu einer Anpassung von Vergütungssätzen zu kommen. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass Handlungsbedarf besteht und justiziable Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen einhergehen mit einem transparenten Personalfeststellungsverfahren. Es bleibt zu hoffen, dass der LWL zu seinem früheren Kurs zurückfindet und seine Aufgaben als Leistungsträger der Eingliederungshilfe zukünftig wieder verlässlich wahrnimmt.



Für Barrierefreiheit setzten sich rund 30 Menschen mit und ohne Behinderung bei einer Demonstration in Paderborn ein. Die Demonstration war praktisches Ergebnis einer Tagung des Diözesan-Caritasverbandes Paderborn mit Bewohnerbeiräten von acht Einrichtungen der Caritas-Behindertenhilfe zum Thema Inklusion. Dabei gingen diese der Frage nach, wie Menschen mit Behinderung ihre Interessen in der Öffentlichkeit darstellen können. Ein Polizeibeamter erklärte, wie man eine Demonstration organisiert und anmeldet, und half dann, das Gelernte umzusetzen. Foto: Jonas

Wohn- und Teilhabegesetz

Das Wohn- und Teilhabegesetz GEPA ist am 16. Oktober 2014 in Kraft getreten. Das neue GEPA ist die konsequente Weiterentwicklung des ersten Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) aus dem Jahr 2008.

Eine wichtige Intention des neuen GEPA („Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen“) ist es, den Ausbau von alternativen Wohnangeboten für alte Menschen und Menschen mit Behinderung mit Pflegebedarf zu fördern.

Das neue Pflegegesetz soll einen Paradigmenwechsel von den traditionellen Großeinrichtungen im alten Stil hin zu insbesondere Wohn- und Versorgungsarrangements in den Wohnquartieren ermöglichen. Das Gesetz wird deutlich flexibler in der Anwendung gerade auch für alternative Wohn- und Betreuungsangebote. Hierzu werden Anwendungsbereich und gesetzliche Anforderungen differenziert. Es wird zwischen folgenden Angeboten unterschieden:

- Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot (EULAS)
- Wohngemeinschaften mit Betreuungsleistungen und Angebote des Servicewohnens
- Ambulante Dienste
- Gasteinrichtungen (Hospize, Tages- und Nachtpflege sowie Kurzzeitpflegeangebote)

Die Betreuungsqualität der Einrichtungen muss künftig nach dem WTG stärker auf eine Unterstützung der Teilhabe der Bewohner ausgerichtet sein. Zudem sind die Einrichtungen verpflichtet, Konzepte zu erarbeiten, um Gewalt in den Einrichtungen vorzubeugen und auf freiheitsentziehende Maßnahmen (Fixierungen) möglichst ganz zu verzichten.

Es bietet dabei auch die Grundlage zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe der Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf sowie deren Angehörige. Es will konsequent die Rechte der Bewohner stärken, unter anderem durch ein wirksames Mitbestimmungsrecht bei den Grundsätzen der Speiseplanung wie der Freizeitgestaltung und Hausordnung. Die Bewohner haben künftig ein Mitwirkungsrecht bei der Einstellung der Einrichtungsleitung bzw. der Pflegedienstleitung.

Die Einrichtungen der Behindertenhilfe stellen sich den Herausforderungen dieses neuen Gesetzes und werden die künftigen Anforderungen zeitnah umsetzen. Es bleibt abzuwarten, welche Inhalte der neue Rahmenprüfkatalog, der im Frühjahr 2015 erwartet wird, aufweist und wie sich die Zusammenarbeit mit den aufsichtsführenden Behörden in der Zukunft gestaltet.

Perspektiven und Herausforderungen

Arbeitsschwerpunkte des Referates Behindertenhilfe sind 2015 u. a.: Verfahrensregelungen vereinbaren für Einzelverhandlungen im Be-

reich Wohnen und Werkstätten, die Umsetzung des Wohn- und Teilhabegesetzes begleiten, Initiierung eines Projektes zur Entwicklung, Erprobung und Implementierung einer ICF-CY-gestützten Förderung von Kindern mit Behinderung in Tageseinrichtungen für Kinder unter Einbeziehung von Frühförderleistungen und medizinisch-therapeutischen Leistungen, Impulse zur Sozialraumorientierung der Caritas im Arbeitsfeld Behindertenhilfe sowie die Unterstützung der Träger bei der Entwicklung institutioneller Schutzkonzepte (PrävO).



Michael
Brohl

Christel
Fiege

Annette
Steffens

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-263
m.brohl@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-365
c.fiege@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-360
a.steffens@caritas-paderborn.de

Armut, existenzunterstützende Dienste, Corporate Social Responsibility

Arbeitsfeld „Armut, existenzunterstützende Dienste“

Zehn Jahre Hartz IV

Vor 25 Jahren – 1990 – erteilte der Deutsche Caritasverband (DCV) einen Forschungsauftrag zu einer Armutsuntersuchung, die die Probleme des Systems der sozialen Sicherheit untersuchen sollte. Ergebnisse der Studie „Option für die Armen“: Das Sozialleistungssystem in Deutschland ist zu kompliziert und für leistungsberechtigte Hilfeempfänger nicht durchschaubar. Es findet ein Verschleppbahnhof zwischen den Leistungserbringern statt. Die Zahl der Menschen, die aus Unkenntnis oder aus Scham keine Sozialleistungen beantragen, ist beträchtlich.

Am 1. Januar 2005 trat das im Volksmund nach dem früheren VW-Manager Peter Hartz benannte Gesetz über die Grundsicherung für Arbeitssuchende in Kraft. Einige Ergebnisse der sozialpolitischen Lobbyarbeit der Caritas zur Armutsbekämpfung finden sich bei der Sozialreform insbesondere bei der Zusammenlegung und Neustrukturierung von Leistungsgesetzen durchaus in Ansätzen wieder.

Diese Daten sind Anlass für die Caritas, um eine kritische Bilanz zu ziehen. Immer noch leben viel zu viele Menschen schon viel

zu lange von „Hartz IV“. Immer noch sind sechs Millionen Menschen arbeitslos. Jeder dritte Arbeitslose ist langzeitarbeitslos. Fünfzig Prozent der ALG-II-Empfänger beziehen die staatliche Hilfe schon seit mehr als vier Jahren. Die Kinderarmut in Deutschland hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die Höhe der Regelsätze liegt unter dem, was ein Mensch zum Leben braucht. Das Bundesverfassungsgericht bezeichnete in einem Urteil 2010 die Ausgestaltung der gesetzlichen Leistungsansprüche als verfassungswidrig.

Ein wesentlicher Baustein der Sozialreform sollte die Verwaltungsvereinfachung durch das Zusammenlegen von Sozialleistungen (Arbeitslosen- und Sozialhilfe etc.) werden. Unter dem Motto „Fördern und Fordern“ sollte durch passgenaue Förderinstrumente eine höhere Integrationsquote von Arbeitslosen in Arbeit erfolgen.

Mit „Hartz IV“ hat sich das Verhältnis von Staat und Leistungsberechtigten sowie von Bürgern zu Leistungsbeziehern gewandelt. Die ALG-II-Reform wird vielfach als bürokratischer Moloch erlebt, wo der Mensch wie ein Uhrwerk zu funktionieren hat und jeder Mensch, der stört, zum Feind wird. Das Selbstwertgefühl von Menschen wird mit der Arbeitsmarktnähe und der Fähigkeit

zur Arbeitsmarktintegration in Verbindung gebracht. Öffentlich wird diskutiert, welche Investitionen in Arbeitsmarktprogramme sich noch lohnen.

Gleichzeitig boomen niedrigschwellige existenzsichernde Hilfen (oft auf Almosenbasis). Der im Grundgesetz verankerte Sozialstaat zieht sich mit Hinweis auf karitative Tätigkeiten und den expandierenden Markt der Barmherzigkeit immer mehr aus der Verantwortung für die soziale Sicherung seiner Bürger zurück.

Sicherheitsdienste müssen in den Job-Centern für Ordnung sorgen, weil Mitarbeitende sich bedroht fühlen und Antragsteller aufgrund von fehlenden Ansprechpartnern und bürokratischen Hindernissen befürchten, die Leistungsansprüche nicht realisieren zu können. Die hohe Zahl der Widerspruchsverfahren, die zugunsten der Antragsteller entschieden werden, wird vielfach als Indiz für Willkür und Leistungsverweigerung erachtet.

Caritas in NRW bekämpft Energiearmut

Anlässlich der Fachtagung „Zwischencheck im Stromspar-Check“ am 13. November 2014 in Düsseldorf bezieht die Caritas in NRW deutlich Position und fordert eine ausreichende Grundversorgung mit Haushaltsenergie (Strom, Gas und anderen Brennstoffen).

Einige Fakten:

- Die Kosten für Heizenergie und Warmwasser in Privathaushalten sind zwischen 2002 und 2012 um 43 Prozent gestiegen, die Kosten für Strom um mehr als 53 Prozent.
- Die Energieversorger drohen vermehrt Sperren an und setzen diese durch. Laut Monitoring-Bericht der Bundesnetzagentur wurde 2012 über 5,6 Millionen Haushalten eine Stromsperre angedroht, über 1,1 Millionen Unterbrechungen wurden beauftragt, und über 320 000 Haushalten wurde tatsächlich der Strom gesperrt. Damit stiegen die Stromsperren im Vergleich zum Vorjahr um weitere knapp drei Prozent.
- Das Thema Energie bzw. Energiearmut betrifft mittlerweile alle Bereiche der Caritas. Für die dort um Beratung nachsuchenden Menschen (Alleinerziehende, Schwangere, junge Menschen, kinderreiche Familien, armutsgefährdete Haushalte, Wohnungslose, alte Menschen etc.) werden Energieschulden immer existenzieller.



Kleiderkammern der Caritas helfen vielerorts von Armut bedrohten Alleinerziehenden und Kindern, mit den zu knapp bemessenen Sozialleistungen auszukommen. Foto: Meinschäfer

- Die Höhe der Regelsätze (für Erwachsene 391 Euro) hält seit Jahren nicht Schritt mit den kletternden Preisen. Die im Regelsatz enthaltenen Energiekosten sind zu gering bemessen, worauf das Bundesverfassungsgericht in einem aktuellen Urteil vom 9. September 2014 bereits reagiert hat.

Das Positionspapier der Caritas in NRW (Dez. 2014) zum Projekt „NRW bekämpft Energiearmut“, in dem Fakten, Konsequenzen und Forderungen zur Energiearmut formuliert sind, ist als Download im Internet hinterlegt: www.caritas-nrw.de/termine/zwischencheck-im-stromspar-check/492838/

Arbeitsfeld „Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen“

(CSR – Corporate Social Responsibility) Spätestens seit der Verabschiedung des XI. Sozialgesetzbuches im Jahr 1995 und sich anschließenden grundlegenden Änderungen der politischen Rahmenbedingungen (Zulassung privatgewerblicher Leistungserbringer in den deutschen Sozialgesetzen, Auswirkungen der Wettbewerbs- und Beihilferegulungen der Europäischen Union etc.) und der Finanzierungsformen (prospektive Leistungsentgelte, Fallpauschalen im Krankenhausbereich,

caritas in NRW

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

„Zwischencheck im Stromspar-Check“



Einladung zur Fachtagung im Projekt „NRW bekämpft Energiearmut“

am 13. November 2014 in Düsseldorf

Not sehen und handeln.
Caritas



Abrechnung von Fachleistungsstunden, Ausschreibungsverfahren) setzt die Sozialpolitik in Deutschland bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen stärker auf „den Markt“ und nutzt wettbewerbliche Elemente.

Um ihren kirchlichen und gesellschaftlichen Auftrag erfüllen zu können, muss die Caritas auch unternehmerisch handeln. Die von der Delegiertenversammlung auf der Bundesebene im Oktober 2008 verabschiedeten „Leitlinien für unternehmerisches Handeln der Caritas“ geben den Unternehmen der Caritas hierzu Orientierung. Die Caritas muss sich ihrer sozialen Unternehmensverantwortung bewusst sein. Verantwortliches unternehmerisches Handeln im eigentlichen Kerngeschäft bedarf eines integrierten CSR-Unternehmenskonzeptes (Corporate Social Responsibility), das alle sozialen, ökologischen und ökonomischen Beiträge der Caritas zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung beinhaltet, die über die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen hinausgehen.

Erfolgreich unternehmerisch tätig zu sein bedeutet im Kontext von CSR ein Dreiklang aus Wirtschaft, Ökologie und sozialem Engagement. Konkret heißt dies: fairer Umgang mit Mitarbeitern, effizienter Einsatz von Ressourcen, Nachhaltigkeit etc.

Nachfolgend einige Meilensteine auf dem Weg zur verbindlichen CSR-Strategie:

- Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn verlängert für weitere zwei Jahre die Mitgliedschaft im CSR-Kompetenzzentrum im Deutschen Caritasverband. Der Verband ist auch in der Steuerungsgruppe vertreten.
- In intensiver Zusammenarbeit mit dem CSR-Kompetenzzentrum werden im Erzbistum mobile CSR-Akademien durchgeführt sowie örtliche Träger beraten und bei CSR-Prozessen begleitet.
- Gemeinsam mit den Caritas- und Fachverbänden in Dortmund und Hagen und dem CSR-Kompetenzzentrum entwickelt der DiCV Paderborn das neue Mitarbeiter-Service-Angebot „Caritas – für Sie persönlich“. Ab 1. Februar 2015 soll der Service den Mitarbeitenden dieser Verbände ein Stück Hilfe sein, wo diese selbst Rat und Unterstützung benötigen.
- Der DiCV Paderborn beteiligt sich an einem auf drei Jahre angelegten Forschungspro-

Armutsrelevante bzw. existenzsichernde Projekt- und Unterstützungsfonds		
	Anmerkungen	Einbindung der Abteilung 2 durch
Armutsfonds des Erzbistums Paderborn für spezifisch-armutsorientierte Dienste in der Caritas	2014 hat die Vergabekonferenz im März und Oktober getagt. Knapp 40 Projekte mit einem Volumen von 2 Millionen Euro wurden bewilligt.	Geschäftsführung
Aktion Lichtblicke	3 102 Anträge auf im Wesentlichen Einzelfallhilfe wurden befürwortet. 3,5 Millionen Euro wurden ausgezahlt.	Mitglied im Spendenbeirat
Sonderfonds: „Wohnungslosenhilfe/ Soziale Brennpunkte“	12 Einrichtungsträgern wurden mehr als 30.000 Euro überwiesen.	Antragsbearbeitung/ Bewilligungsverfahren
Sonderfonds: „Unser täglich Brot“	Insgesamt wurden 16 Projekte mit knapp 51.000 Euro finanziell gefördert.	Antragsbearbeitung/ Bewilligungsverfahren

Allgemeine Sozialberatung (ASB)

jekt zur Nachhaltigkeit in Unternehmen. Die bundesweit angelegte Initiative „Fokus Nachhaltigkeit“ wurde von der Fachhochschule der Wirtschaft (FHDW) in Partnerschaft mit der Bertelsmann-Stiftung sowie dem DiCV Paderborn und fünf weiteren Unternehmen aus der Region angestoßen. An der Initiative sind insgesamt 200 Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen beteiligt.

- Ende 2014 schreibt das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk NRW die Einrichtung von fünf regionalen Kompetenzzentren für verantwortungsvolle Unternehmensführung (Corporate Social Responsibility – CSR) öffentlich aus. Mit Partnern aus Industrie, Handwerk, Wissenschaft, Politik, Kammern, Wirtschaftsförderungsanstalten etc. beteiligt sich der DiCV Paderborn am Interessenbekundungsverfahren. Zwischenzeitlich hat das Land signalisiert, dass der Projektantrag als förderwürdig eingestuft worden ist.
- Veröffentlichung eines Fachbeitrages „Bürgerschaftliches Engagement, Unternehmensstrategie und Gesellschaftserfolg“ (Eikenbusch, C., Passier, I., Schnee, M. & Vogt, J. [2014]: Bürgerschaftliches Engagement, Unternehmensstrategie, Gesellschaftserfolg. Zeitschrift für Sozialmanagement, 12 [2], 43-55)
- In Kooperation u. a. mit den Universitäten in Marburg und Darmstadt beteiligt sich der DiCV an einer Ausschreibung des Bundesbildungsministeriums (BMBF) mit dem Verbundprojekt „Netzwerkorientiertes Führen in Veränderungsprozessen als Grundlage von Prävention und organisationalem Lernen – NiVaGol“.



Christoph Eikenbusch

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-309
c.eikenbusch@caritas-paderborn.de

Allgemeine Entwicklung

Die Allgemeine Sozialberatung (ASB) stellt ein zentrales Angebot der Orts- und Fachverbände dar. Die Ratsuchenden kommen mit sehr unterschiedlichen Problemlagen in die Beratung und wissen häufig nicht genau, welches ihrer Probleme am stärksten belastet und welche Hilfen damit am dringlichsten sind. Die Allgemeine Sozialberatung bietet hierfür niedrigschwellige Hilfe an. Hier findet eine erste Problemerkklärung statt, werden Lösungswege und mögliche Unterstützungen aufgezeigt, Ansprechpartner genannt und Kontakte vermittelt, oftmals aber auch motiviert, Ängste genommen und bestärkt, dass der Weg, Hilfe zu suchen, der richtige ist. Insbesondere die passgenaue Weitervermittlung des Klienten in spezialisierte Dienste ist von Bedeutung, da ein Blick auf die Hilfelandschaft der Caritas zeigt, dass verschiedenste hochspezialisierte Fachdienste von den Ratsuchenden in Anspruch genommen und Hil-

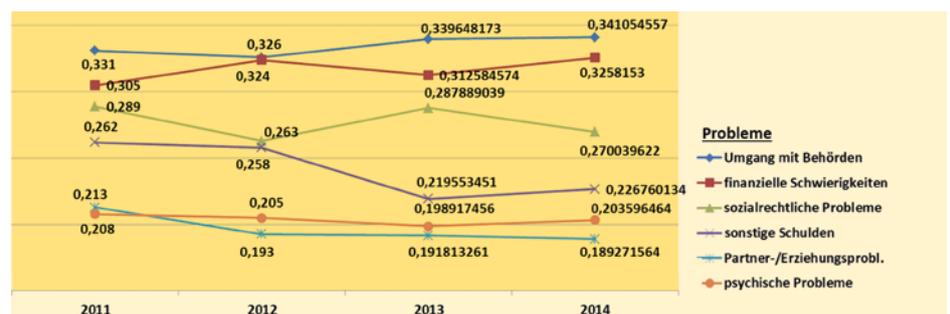
fen untereinander verknüpft werden können. Diese Spezialisierungen der Fachdienste sind notwendig, um passgenaue Hilfen leisten und auch in Ausnahmefällen und Detailfragen der Klienten professionell beraten zu können. Viele Klienten aber finden sich in diesem Hilfenetz nicht zurecht und benötigen einen ersten Ansprechpartner, der ihnen Orientierung gibt und erste Fragen klärt. Wie unterschiedlich diese Fragestellungen sind, zeigt das Ergebnis der Stichtagserhebung, die einmal im Jahr vom Deutschen Caritasverband durchgeführt wird. Den Ergebnissen zufolge suchen die Klienten Rat in Fragen zum Umgang mit Behörden, in finanziellen Schwierigkeiten und sozialrechtlichen Fragen, aber genauso in Fragen zu Partnerschaftsproblemen, Erziehungsschwierigkeiten und psychischen Belastungen. Diese Vielfältigkeit der Problemlagen stellt hohe Anforderungen an die Fachkräfte der Allgemeinen Sozialberatung.

Schwerpunkte der Arbeit

Im Jahr 2014 wurde das Angebot der Allgemeinen Sozialberatung (ASB) im Erzbistum Paderborn verstärkt in den Blick genommen. Hintergrund dieser Fokussierung waren die Diskussionen in den Potenzialforen des DiCV, in denen Bedarfe zur Weiterentwicklung und Unterstützung der ASB benannt wurden. Im Rahmen der Vorstandskonferenz der Orts-Caritasverbände wurde dieser Bedarf bestätigt und der DiCV gebeten, sich dem Angebot der ASB stärker zu widmen. Daraufhin wurde im Diözesan-Caritasverband eine referatsübergreifende Arbeitsgruppe

eingesetzt, die mit den Fachkräften der Allgemeinen Sozialberatung in den Ortsverbänden Gespräche über das aktuelle ASB-Angebot, über die regionale Koordination des Dienstes und über Entwicklungsbedarfe und Erwartungen an den DiCV Paderborn führte.

Sehr deutlich wurde dabei, dass die Allgemeine Sozialberatung ein zentrales Angebot der Orts- und Fachverbände vor dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes und dem Leitbild der Caritas darstellt. Jedoch ist die alltägliche Ausgestaltung dieses Angebotes sehr unterschiedlich. Einige Verbände halten das Angebot als spezialisierte Beratung vor: Die Beratung bildet einen



Mit sehr unterschiedlichen Problemlagen wenden sich Klienten an die Allgemeine Sozialberatung. Das zeigt die Stichtagserhebung des Deutschen Caritasverbandes.

Existenzsicherung, Schuldner- und Insolvenzberatung, Sozialrechtsberatung

eigenständigen Arbeitsbereich mit festen Sprechzeiten, die von dem „ASB-Mitarbeiter“ angeboten werden. Andere Verbände haben das Angebot in ihre bestehenden Beratungsangebote integriert, die ASB ist hier also ein Teil der spezialisierten Beratungen. Benötigt ein Klient eine Allgemeine Sozialberatung, wird er nicht speziell von einem ASB-Mitarbeiter beraten, sondern von einer Fachkraft eines Beratungsdienstes, z. B. aus dem Bereich der Integration oder Sozialberatung für Schuldner. Andere Verbände halten das Angebot einer „Sozialberatung“ vor, so dass keine direkte Zuordnung der Mitarbeiter für die Allgemeine Sozialberatung besteht.

Perspektiven und Herausforderungen

Aufgabe des Diözesan-Caritasverbandes wird es nun sein, die Orts- und Fachverbände im Ausbau und in der Weiterentwicklung des Angebotes zu unterstützen, Fortbildungen und Austauschforen anzubieten und die systematische Etablierung des Dienstes voranzutreiben.



Linda
Kaiser



Heribert
Krane



Christoph
Eikenbusch



Dr. Eva
Brockmann

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-223
l.kaiser@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-229
h.krane@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-309
c.eikenbusch@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-348
e.brockmann@caritas-paderborn.de

Reform des Insolvenzrechts

Das Jahr 2014 stand für die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen des Erzbistums Paderborn ganz im Zeichen des Gesetzes zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte – kurz: der Reform der Verbraucherinsolvenz. Diese wurde bereits am 18.07.2013 im Bundesgesetzblatt verkündet und trat zum 1. Juli 2014 in Kraft. Eine entscheidende Änderung ist die sogenannte Quotenregelung. Diese besagt, dass ein überschuldeter Ratsuchender bereits nach drei Jahren die Restschuldbefreiung erlangen kann, wenn er innerhalb von drei Jahren 35 Prozent der Schulden zahlen kann und gleichzeitig die Verfahrenskosten, also die Kosten für den Insolvenzverwalter und die Gerichtskosten, bereinigen kann. So positiv diese Verkürzung der Restschuldbefreiung auch klingen mag, so ist sie doch nur in wenigen Ausnahmefällen eine realistische Möglichkeit für die Ratsuchenden. Die Höhe der Verfahrenskosten ist im Einzelfall unterschiedlich, liegt aber häufig zwischen 1.500 und 2.500 Euro. Verschuldete Personen können diese Kosten nicht aufbringen und versuchen daher oftmals, sich das Geld von Familienmitgliedern oder Freunden zu leihen, um eine vorzeitige Restschuldbefreiung zu erlangen. Insbesondere aber diese Geldanleihen innerhalb der Familien führen schnell zu zusätzlichen familiären Konflikten und Belastungen des Schuldners.

Um die Fachkräfte der Sozialberatung für Schuldner gut auf die Neuerungen des Insolvenzrechtes vorzubereiten, haben im Laufe des Jahres umfassende Fortbildungen stattgefunden. Das Thema wurde auf dem regelmäßig stattfindenden „Forum Schuldnerberatung / Insolvenzberatung / Prävention“ behandelt. Daneben setzten sich die Berater intensiv bei der „Praxiswerkstatt InsO“ mit den Neuerungen auseinander, klärten offene Fragen und zeigten Probleme auf. Im März stellten Hans Peter Ehlen und Frank Lackmann, Rechtsanwälte vom Fachzentrum Schuldenberatung im Lande Bremen e. V., bei einer Tagesveranstaltung der Diözesan-Caritasverbände NRW detailliert die Unterschiede der alten und neuen Gesetzgebung heraus. Im September referierten sie bei einer zweiten Tagesveranstaltung über erste Erfahrungen mit der in

Kraft getretenen Reform. Im Oktober stellte Michael Weinhold, Leiter der Schuldner- und Insolvenzberatung am ISKA Nürnberg, das Insolvenzplanverfahren vor, das bisher in der Regelinsolvenz Anwendung fand und durch die Reform nun auch im Verbraucherinsolvenzverfahren eingesetzt werden kann. Es wird auch 2015 notwendig sein, die Reform der Verbraucherinsolvenz fortlaufend zu thematisieren, Problematiken in der Anwendung offenzulegen und diese an die Gesetzgeber weiterzugeben.

Aktionswoche Schuldnerberatung

„Und dann war’s plötzlich dunkel und kalt ...“ – unter diesem Motto stand die Aktionswoche Schuldnerberatung im Juni 2014. Immer mehr Menschen sind von Mietschulden und erzwungenen Umzügen bis hin zu Räumungen und Obdachlosigkeit betroffen, immer weniger Menschen können die steigenden Energiepreise bezahlen. Insbesondere einkommensschwache Haushalte sind oftmals von Stromsperrungen und dem damit verbundenen Leben ohne Strom, Licht etc. betroffen. Die Stromkosten übersteigen in Deutschland den Energie-Anteil vom Arbeitslosengeld II. Im Jahr 2013 wurde fast 345 000 Haushalten in Deutschland der Strom gesperrt. Die Forderungen innerhalb der Aktionswoche zielten daher darauf ab, in der Festlegung der Sozialleistungen die tatsächlichen Energiekosten zu berücksichtigen und den Zugang zu Energie als soziales Recht auszuweisen.

Basis-Girokonto für alle in Europa

Geld überweisen, Bankgeschäfte online erledigen, Bargeld am Geldautomaten holen: Schätzungsweise 25 bis 30 Millionen Europäer über 15 Jahre konnten das nach Angaben der EU-Kommission bisher nicht, weil die Banken ihnen kein Konto zugestehen. Jährlich lehnen Banken rund 2,5 Millionen Anträge auf Eröffnung eines Kontos ab. Mit dem Beschluss des EU-Parlamentes vom 15. April 2014 auf ein Recht auf ein Basis-Girokonto für alle soll sich das spätestens ab 2016 ändern. Die Mitgliedstaaten haben nun bis April 2016 Zeit, die Regelungen in nationales Recht umzusetzen.

Der beschlossene gesetzliche Anspruch auf ein Girokonto sieht vor, dass jede Person, die legal in der EU ansässig ist, künftig ein

Konto eröffnen darf. Somit gilt dieser Anspruch auch für Asylbewerber, in Deutschland geduldete Personen oder für Menschen, die keinen festen Wohnsitz haben. Damit soll allen Bürgern die vollständige Teilnahme am wirtschaftlichen und sozialen Leben einer modernen Gesellschaft ermöglicht werden. Profitieren werden von der neuen Regelung insbesondere Menschen, die bisher wegen ihres niedrigen Einkommens, ihrer Schuldenprobleme und negativer Einträge in Auskunfteien oder ihres fehlenden festen Wohnsitzes kein Konto erhalten haben und zudem Einzahlungsgebühren auf Barüberweisungen entrichten mussten.

Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn sieht dieses Recht auf ein Girokonto als äußerst positive Errungenschaft, die schon seit mehr als 20 Jahren von der Caritas und anderen Wohlfahrtsverbänden gefordert wird. Nun ist es entscheidend, dass der deutsche Gesetzgeber schnell handelt, damit Gruppen der Gesellschaft von den Banken nicht länger benachteiligt werden können. Gleichzeitig warnt der Diözesan-Caritasverband bei der Umsetzung auf nationaler Ebene vor einer ähnlichen Erhebung hoher Gebühren, wie es nach Einführung des Pfändungsschutzkontos zu erleben war. Hohe Kontogebühren würden trotz des gesetzlichen Anspruches auf ein Recht auf Girokonto für viele Menschen eine Kontoeröffnung verhindern. Daher schlägt der Diözesan-Caritasverband vor, dass alle Kreditinstitute ausnahmslos verpflichtet werden, ein Basis-Girokonto offensiv anzubieten, und dass die Gebühren dafür zumindest dem kostengünstigsten Kontoangebot des jeweiligen Instituts entsprechen. Zudem sollte die Gebührengestaltung der Banken von Beginn an klar geregelt und begrenzt werden.



Bundesweite Aktionswoche der Schuldnerberatung
23.06. – 27.06.2014

Und dann war's plötzlich dunkel und kalt ...
Energieschulden – Energiesperren
www.aktionswoche-schuldnerberatung.de

Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände

AWO BAG SB Diakoniewerk DER PARITÄTISCHE AG SBV

Foto: Stephan Brunn, Bearbeitung & Gestaltung: Carsten Czanderna, www.milbom.de

Während die Aktionswoche zur Prävention von Verschuldung abgesetzt wurde, findet die bundesweite Woche zur Schuldnerberatung weiter statt.

Prävention

Die Schwierigkeiten in der Finanzierung der Präventionsarbeit in der Schuldnerberatung haben sich nicht lösen lassen können, sondern sind – eher im Gegenteil – noch verstärkt worden. Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn hatte bereits 2013 die Streichung der finanziellen Mittel für das Projekt „Alles im Griff“ scharf kritisiert und davor gewarnt, dass es durch die darauffolgende Beschränkung auf die Ausrichtung einer bundesweiten Aktionswoche zur Prävention von Verschuldung/Vermittlung von Finanzkompetenz 2014 zu einer erheblichen Reduzierung der Präventionsarbeit kommen werde und zukünftig auch diese Mittel zur Durchführung der Aktionswoche wegfallen würden. Diese Befürchtungen haben sich im Jahr 2014 bewahrheitet: Es sind keinerlei Mittel mehr für die Präventionsarbeit in der Schuldnerberatung zur Verfügung gestellt worden, und auch die Aktionswoche zur Prävention von Verschuldung/Vermittlung von Finanzkompetenz wurde nicht mehr durchgeführt. Nur dem

Engagement der Fachkräfte und der Prioritätensetzung der Ortsverbände ist es daher zu verdanken, dass in einigen Regionen des Erzbistums Präventionsarbeit weiterhin stattfindet und insbesondere jungen Menschen die Gefahren von Verschuldung und die zur Verfügung stehenden Hilfen aufgezeigt werden.

Auch weiterhin setzt sich der Diözesan-Caritasverband Paderborn dafür ein, dass Prävention nicht projektbasiert, sondern auf der Grundlage eines regelfinanzierten Stellenanteils durchgeführt werden kann. Nur durch langfristige und kontinuierliche Arbeit kann Prävention nachhaltige Wirkung erzielen. Hinderlich für eine Umsetzung dieser Forderung ist die unklare ministerielle Zuständigkeit für die Thematik „Prävention in der Schuldnerberatung“ auf Landesebene. Hier muss eine eindeutige Verankerung des Themenfeldes Prävention stattfinden, um mit verbindlichen ministeriellen Kooperationspartnern die Weiterentwicklung und Etablierung kontinuierlich voranzutreiben und die Problematik in den politischen Diskussionen zu thematisieren.



Dr. Eva
Brockmann

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-348
e.brockmann@caritas-paderborn.de

Arbeit/Arbeitslosigkeit, EU-Förderung

Allgemeine Entwicklung

Arbeitslosigkeit

Im Jahresdurchschnitt 2014 waren nach den offiziellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit in Deutschland rund 2,9 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Trotz eines geringen Wirtschaftswachstums sind dies 52 000 Menschen weniger als im Vorjahr. Wie auch im Jahr 2012 wurde somit der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit nach 1991 erfasst. Ähnliche Entwicklungen zeigten sich auch auf Landesebene. Nach Stand von Dezember 2014 betrug die Zahl der Arbeitslosen in NRW rund 728 000, womit im Vergleich zum Vorjahresmonat auch hier ein leichter Abwärtstrend von rund 23 000 zu erkennen ist. Wichtig ist anzumerken, dass die offiziellen Zahlen aber nicht das reale Ausmaß der Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende Hilfsbedürftigkeit in Deutschland abbilden. Denn ein großer Teil der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen wird nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik berücksichtigt: Beispielsweise werden arbeitslose Personen, die an Weiterbildungen, „Ein-Euro-Jobs“, bezuschussten Arbeitsverhältnissen oder sonstigen Maßnahmen teilnehmen sowie die über 58 Jahre alt sind

und seit über einem Jahr kein Jobangebot erhalten haben oder die am Tag der statistischen Erfassung krankgeschrieben waren, nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik berücksichtigt. Hinzukommend zählen Personen nicht zu den offiziell Arbeitslosen, die z. B. aufgrund von Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Vor diesem Hintergrund bezogen nach Stand von Oktober 2014 fast zweieinhalbmal so viele Menschen in Deutschland Arbeitslosengeld oder Hartz-IV-Leistungen, als offiziell Arbeitslose gezählt wurden. So gab es im Oktober 2014 rund 6,8 Millionen Leistungsempfänger in Deutschland. Rund 851 000 Menschen bezogen Arbeitslosengeld I, und 4,32 Millionen Menschen und ihre 1,7 Millionen Kinder unter 15 Jahren waren abhängig von Hartz-IV-Leistungen beziehungsweise Sozialgeld. Fast zwei Drittel aller Hartz-IV-Empfänger verweilen dabei bereits über zwei Jahre im Leistungsbezug, und fast die Hälfte bezieht seit über vier Jahren Leistungen. Somit zeigte sich auch im Jahr 2014, dass trotz vergleichsweise geringer Arbeitslosenzahlen weiterhin das Phänomen der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit be-

steht, wobei Alleinerziehende und ältere Personen von über 50 Jahren besonders betroffen sind. Deutlich wird somit, dass bei insgesamt sinkenden Arbeitslosenzahlen bestimmte Personengruppen kaum von den positiven Entwicklungen profitieren und vergleichsweise selten den Weg aus der Arbeitslosigkeit finden.

Darüber hinaus zeigt sich, dass Geringqualifizierte überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind. So wiesen 2014 auch die Zahlen des Arbeitslosenreports NRW darauf hin, dass knapp 65 Prozent, das waren insgesamt mehr als 350 000 Arbeitslose in der Grundsicherung in NRW, über keine abgeschlossene berufliche Ausbildung verfügten. 129 000 bzw. 23 Prozent der Arbeitslosen in der Grundsicherung hatten außerdem keinen Schulabschluss.

Diese Zahlen sind alarmierend und belegen, dass die Jobcenter ihre Anstrengungen und finanziellen Investitionen für berufliche Bildung und Qualifizierung entgegen den erheblichen Mittelkürzungen, die seit 2010 vorgenommen wurden, deutlich steigern müssen, um der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken.



Junge Teilnehmer am Sprachkurs für Flüchtlinge in Witten berichteten dem Vorsitzenden des Diözesan-Caritasverbandes, Dr. Thomas Witt (3. von rechts), anlässlich des Josefstages von ihren Erfahrungen. Foto: cpd

Schwerpunkte der Arbeit

Als Reaktion auf die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit engagierte sich der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn auch im Jahr 2014 wieder verstärkt für die am Arbeitsmarkt besonders benachteiligten Menschen, setzte sich auf politischer Ebene ein für nachhaltige Angebote der öffentlich geförderten Beschäftigung in Richtung eines sozialen Arbeitsmarktes, der arbeitsmarktfernen Langzeitarbeitslosen echte Teilhabe an Arbeit und am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, und für passgenaue und arbeitsweltnahe Förderinstrumente für benachteiligte junge Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf.

Öffentlich geförderte Beschäftigung

Mit dem Programm „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ (ÖGB) unterstützt das Land NRW 44 Projekte in gemeinnützigen und öffentlichen Betrieben. Kofinanziert aus dem



Bei einem Fachtag diskutierten die Teilnehmer „Herausforderungen öffentlich geförderter Beschäftigung“. Foto: Kaiser

Europäischen Sozialfonds, soll 2015 ein Anschlussprogramm aufgelegt werden. So wurden 2014 1 070 Arbeitsplätze für Menschen geschaffen, die zum Teil fünf Jahre und länger keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mehr nachgegangen sind. Nordrhein-Westfalen will bei der Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen neue Wege gehen. In einem gemeinsamen Workshop der Caritas in NRW diskutierten fünfzig Caritas-Mitarbeiter aus Beschäftigungsprojekten mit Vertretern des MAIS, der G.I.B., der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit sowie den Landtagsfraktionen die Chancen und Grenzen der Integration von Langzeitarbeitslosen in NRW.

Die Caritas in NRW fördert einen echten „Aktiv-Passiv-Transfer“, bei dem die Mittel des passiven Leistungsbezugs aktiv zur Finanzierung von sozialversicherungspflichtiger Arbeit genutzt werden können, sowie einen sozialen Arbeitsmarkt, bei dem für Langzeitarbeitslose, die sonst keine Chance mehr haben, eine verlässliche und passgenaue Unterstützung sichergestellt wird, die nicht von Befristungen wechselnder Förderprogramme und den Bedingungen immer neuer Modellprojekte abhängt.

Kein Abschluss ohne Anschluss

Seit 2012 wird in Nordrhein-Westfalen das Übergangssystem Schule – Beruf im Rahmen der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ neu gestaltet. In diesen Reformprozess brachte sich der Diözesan-Caritasverband im vergangenen Jahr wieder über unterschiedlichste Wege und Gremien aktiv ein. Aus Sicht der Caritas ist in diesem Zusammenhang das neue, niedrighschwellige und arbeitsweltnahe Förderangebot der Produktionsschulen, das sich an benachteiligte und im Schulsystem gescheiterte oder nur wenig erfolgreiche junge Menschen mit komplexem Förderbedarf richtet, von besonderer Bedeutung. Diese Angebote werden kontinuierlich zu einem flächendeckenden Angebot in NRW ausgebaut. Seit dem Schuljahr 2014/2015 existieren in NRW 85 Produktionsschulen, wobei seit 2014 auch im Erzbistum Paderborn von einem Orts-Caritas- und einem Fachverband entsprechende Angebote umgesetzt werden. Für die Orts- und Fachverbände der Caritas, die im Bereich der Jugendberufshilfe

tätig sind, war im Rahmen der Neugestaltung des Übergangssystems in NRW des Weiteren unter dem Schwerpunkt der schulischen Berufs- und Studienorientierung der Ausbau der Potenzialanalyse von Bedeutung.

Josefstag

Im Rahmen des Josefstages 2014 fanden auch im Erzbistum Paderborn wieder verschiedene Aktionen bei einzelnen Orts- und Fachverbänden statt. Unter dem Motto „flüchtig?! – Jugend braucht Perspektive“ rückten insbesondere junge Menschen in den Fokus, die aufgrund politischer Verfolgung oder sozialer Not Deutschland erreichen und sich bei katholischen Trägern in den verschiedenen Angeboten der Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit wiederfinden.

Der Vorsitzende des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn, Dr. Thomas Witt, besuchte anlässlich des Josefstages eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme bei IN VIA Dortmund sowie beim Caritasverband Witten einen mit Mitteln des DiCV geförderten Sprachkurs für Flüchtlinge. Beide Angebote sind für die in Deutschland lebenden jungen Flüchtlinge und jungen Menschen mit Migrationshintergrund von zentraler Bedeutung, um an Bildung und Arbeit teilzuhaben und eine gesamtgesellschaftliche Integration erfahren zu können. Der Josefstag bot somit auch 2014 wieder die Chance, auf die wichtige Arbeit der katholischen Einrichtungen und Angebote aus dem Bereich der Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit aufmerksam zu machen und mit kirchlichen und politischen Entscheidungsträgern ins Gespräch zu kommen.

EU-Förderung

Schwerpunkt der Arbeit war 2014 die Information der Gremien, Träger und Verbände im Erzbistum Paderborn zur neuen Förderphase und deren Umsetzung auf regionaler Ebene.

In Deutschland stehen in der neuen Förderperiode deutlich weniger Mittel für die Strukturfonds (ca. 30 Prozent) zur Verfügung.

Statt bisher 61 ESF-Bundesprogramme gibt es nur noch 26 Programme, aufgeteilt auf fünf Ministerien. Nach Genehmigung des operationellen Programms sind erste ESF-Programme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereits Ende 2014 gestartet.

In NRW stehen in den nächsten sieben Jahren aus dem ESF 627 Millionen Euro für die Arbeits- und Sozialpolitik zur Verfügung. Über 60 Prozent der Mittel werden für Prävention und Armutsbekämpfung eingesetzt. Folgende Neuerungen, die zuvor im Begleitausschuss des ESF auch unter Beteiligung der Caritas erörtert wurden, werden zukünftig in NRW umgesetzt:

- Einführung einer einheitlichen Förderrichtlinie
- Einführung von Pauschalen
- Fondsübergreifende Aufrufe zur Quartiersentwicklung und Fachkräftesicherung

Perspektiven und Herausforderungen

Die Integration von Flüchtlingen und Migranten mit unsicherem Aufenthaltsstatus in den Arbeitsmarkt ist im vergangenen Jahr mehr und mehr ein Thema für die Beschäftigungsträger im Erzbistum Paderborn geworden. Hier sind weiter gehende Informationen und Beratung der Träger und Einrichtungen der Caritas zu den sozialrechtlichen Rahmenbedingungen und weiteren Unterstützungsangeboten erforderlich, um den betroffenen Personen den Zugang zu den gesetzlich geregelten Leistungen der Jobcenter, der Agenturen für Arbeit und der Jugendberufshilfe zu ermöglichen.

Die Caritas ist Träger von Einrichtungen und Diensten, in denen am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen durch sinnstiftende Arbeiten an Arbeit und berufliche Qualifizierung herangeführt werden. Arbeit durch Upcycling, wobei aus Altmaterialien neuwertige Produkte hergestellt werden, gewinnt in diesem Zusammenhang mehr und mehr an

Suchtkrankenhilfe, Soziale Brennpunkte, Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe

Bedeutung und verknüpft außerdem gesellschaftliche Verantwortung, Ökologie, Kreativität und die Förderung zur Teilhabe an Arbeit miteinander. Aus diesem Grund soll die Upcycling-Idee mit den Trägern aus den Bereichen der Beschäftigungsförderung und der Jugendberufshilfe konkreter diskutiert und aufgegriffen werden.

Von prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffene Menschen und ihre Familien erwarten vor allem ökonomische und soziale Sicherheit im Arbeitsprozess. Die Caritas setzt sich anwaltlich im Sinne der Betroffenen für ein sozial gerechtes Handeln, Beschäftigen und Entlohnen ein und wird sich 2015 für eine klare Positionierung der Freien Wohlfahrtspflege in NRW engagieren.

Das 2014 gestartete ESF-Modellprojekt der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege „Schritt für Schritt“ mit dem Ziel, die Beschäftigungssituation von Mitgliedern von Haushalten mit verfestigtem SGB-II-Leistungsbezug zu verbessern und eine schrittweise Heranführung langzeitarbeitsloser Personen an den Arbeitsmarkt zu schaffen, ist gut angelaufen. Eine Weiterentwicklung und Weiterführung 2015 wird seitens der Caritas in NRW unterstützt.



Linda
Kaiser



Heinrich
Westerbarkey

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-223
l.kaiser@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-334
h.westerbarkey@caritas-paderborn.de

Suchtkrankenhilfe

Allgemeine Entwicklung

Suchtkranke Menschen weisen zunehmend zusätzlich zu ihrer Suchtkrankheit weitere psychische Störungen auf. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig. Zu nennen ist hier die Persönlichkeit des Suchtkranken. Ebenso spielen gesellschaftliche Entwicklungen eine Rolle, so etwa ein erhöhtes Armutsrisiko für bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie Alleinerziehende und Arbeitslose, erhöhte Anforderungen im Arbeitsleben, eine Selbstbezogenheit vieler Menschen und der Verlust von Werten und klaren Lebensorientierungen. Im Bereich der Hilfeangebote gibt es weniger Hausärzte, die den ganzen Menschen sehen, zu wenig Pflegende in Krankenhäusern und Altenheimen und zu wenig Psychotherapeuten.

Gerade auch im Bereich der Lebens- und Sinnorientierung hat die katholische Kirche gute Angebote, etwa im Bereich der Spiritualität. In der Versorgung Kranker wird Spiritualität heute weitgehend als eine medizinisch-anthropologische Kategorie angesehen. Nach der WHO ist jeder Mensch spirituell, weil er sich spätestens angesichts des Todes existenziellen Fragen stellen muss und Erfahrungen im Umgang hiermit macht. Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass die drei existenziellen Grundfragen Sinn, Schuld und Tod psychologisch nicht beantwortet werden können. Deshalb interessieren sich immer mehr Professionelle, die Menschen in Grenzsituationen begleiten, für die Psychologie der Spiritualität.

In diesem Zusammenhang hat der Erzbischof von Paderborn zu Libori für den Kreuzbund eine geistliche Beirätin ernannt.

Schwerpunkte der Arbeit

Die Geschäftsstelle des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn hat ein betriebliches Gesundheitsmanagement erarbeitet und stellt sich damit der Zunahme psychischer Er-

krankungen bei Mitarbeitenden. Mittlerweile besteht bei den Fachleuten Konsens darüber, dass die Suchtprävention Teil des Gesundheitsmanagements ist.

Dementsprechend sind im Gesundheitsmanagement des Diözesan-Caritasverbandes als Elemente und Instrumente die Suchtprävention, die Betriebsvereinbarung Sucht und der rauchfreie Betrieb integriert.

Einer zukunftsorientierten Hilfe für Suchtkranke dient auch der Dialogprozess zwischen der Caritas-Suchthilfe und dem Kreuzbund, der Suchtselbsthilfe in der katholischen Kirche. Es geht hierbei darum, die Zusammenarbeit weiter zu verbessern im Sinne einer optimalen Versorgung Suchtkranker und Angehöriger. Dieser Prozess wird auf der diözesanen und der Landesebene fortgesetzt.

Abgeschlossen wurde ein fünfjähriger Prozess der Zukunftswerkstatt im Bereich der Suchthilfe, der von einem externen Fachmann begleitet wurde. Dieser diente den Suchtberatungsstellen und dem Kreuzbund im Erzbistum Paderborn, sich den zukünftigen Aufgaben zu stellen und die Zukunft der Suchthilfe mitgestalten zu können. Das Vorgehen bestand aus fünf Schritten:

1. Vergegenwärtigung der gemeinsamen Vergangenheit,
2. Prüfung des Umfeldes,
3. Bewertung der Gegenwart,
4. Entwerfen einer gemeinsamen Vision und
5. Erstellung eines Maßnahmenplans für die Suchtberatungsstellen und den Kreuzbund.

Themen waren: Wissensmanagement, Caritas als Komplexleister, größere, leistungsfähigere Einheiten, neue Süchte, Finanzierung der Arbeit, Personalentwicklung, Leitung und Gesundheit.

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Sucht in NW (KLAGS)

Seit dem 31. März 2014 ist die KLAGS auf der Homepage von Caritas NRW unter www.klags-nrw.de vertreten. Ein Schwerpunkt der Arbeit war das Thema Sucht und Spiritualität, zu dem ein Workshop durchgeführt und ein Beitrag zum Selbstverständnis von Sucht und Spiritualität veröffentlicht wurde.

Soziale Brennpunkte, Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe

Allgemeine Entwicklung

Die Menschen, die diesen Bereichen zugeordnet werden, haben gewöhnlich viele Probleme und Schwierigkeiten im Leben zu bewältigen. Sie sind oft nicht in der Lage, diese Aufgaben ohne fremde Hilfen zu bewältigen. Dementsprechend sind sie auf andere Menschen dringend angewiesen. Aufgrund der Komplexität ihrer Hilfsbedarfe ist es notwendig, den Betroffenen als ganzen Menschen zu sehen und vernetzte Hilfeangebote zur Verfügung zu stellen. Entsprechend seiner aktuellen Leistungsfähigkeit ist der Hilfesuchende aufgefordert, Eigeninitiative und Mitarbeit bei der Beratung und Hilfe zu zeigen. Die Verantwortung für seine Entwicklung bleibt bei dem Hilfesuchenden.

Schwerpunkte der Arbeit

Um dem hilfesuchenden Menschen als Ganzem gerecht werden zu können, sind die Hilfen in den drei Bereichen der „Besonderen Lebenslagen“ vernetzt. Dies ist dokumentiert in der überarbeiteten Rahmenkonzeption „Besondere Lebenslagen“. Grundlage der Arbeit ist die Überzeugung, dass jeder Mensch als Person einmalig ist und eine ihm von Gott gegebene und unverfügbare Würde besitzt. Die Arbeit wird professionell von Hauptberuflichen und Ehrenamtlichen geleistet, die eng zusammenarbeiten.

Ein erster Workshop zum Thema: „Vernetzte Hilfen für Arme“ diente dem Ziel, dass sich die Mitarbeitenden in den drei Bereichen der „Besonderen Lebenslagen“ besser kennenlernen und eine noch effektivere gemeinsame Vernetzung der Hilfen vor Ort erreichen. In einem nächsten Workshop werden weitere Dienste einbezogen.

Eine Sitzung des Arbeitskreises Soziale Brennpunkte wurde im internationalen Mehrgenerationengarten des SKM Lippstadt durchgeführt, der offiziell Theodor-Heuss-Park heißt. Dieser ist ein praktisches Beispiel für die gelungene Integration von Ausländern



Vom internationalen Mehrgenerationengarten des SKM Lippstadt ließ sich der Arbeitskreis Soziale Brennpunkte inspirieren. Foto: Sauer

im Quartier durch die Vernetzung der Hilfen des SKM Lippstadt. Der Ausländeranteil im Südwesten Lippstadts ist relativ hoch. Integriert sind Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren. Ein Grund für die Schaffung des Gartens ist der, dass viele Ausländer in ihrer Heimat Gärten und weites Land erlebt haben. Durch den Garten kommen Gruppen von Menschen zusammen, die dies sonst nicht tun.

Perspektiven und Herausforderungen

Zunehmend wichtiger wird die Lobbyarbeit für Menschen, die zu den Armen unserer Gesellschaft gehören. Diese Arbeit ist politische Arbeit, die zu einem großen Teil durch Öffentlichkeitsarbeit geleistet wird. Um den genannten Menschen helfen zu können, sind deren finanzielle Absicherung und die Finanzierung der Arbeit der Helfer notwendig. Hierbei geht es auch um die Nutzung von Synergieeffekten, die Zusammenarbeit mit anderen Helfern aus benachbarten Hilfebereichen und die Gewinnung von Ehrenamtlichen. Ebenso notwendig ist die engere Zusammenarbeit von Caritas und Pastoral. Der Weg dorthin ist im Zukunftsbild für das Erzbistum Paderborn aufgezeigt.



Winfried
Kersting

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-230
w.kersting@caritas-paderborn.de

Rechtliche Betreuungen

Konzentrierte Lobbyaktion zur Erhöhung der Betreuervergütung

Im Herbst 2014 starteten die katholischen Betreuungsvereine der verbandlichen Caritas in Deutschland unter dem Slogan „Wir sind dann mal weg“ eine groß angelegte Lobbyaktion zur Erhöhung der Pauschalen für rechtliche Betreuer. Wenn sich an der Finanzierung der Betreuungsvereine nichts ändert, müssen bundesweit 800 Betreuungsvereine – darunter 280 der verbandlichen Caritas – ihre Arbeit einstellen. Von der Arbeitsstelle Rechtliche Betreuung DCV, SKM, SkF wurde ein entsprechendes Positionspapier zur Verfügung gestellt.

Ziel der Aktion war es, die qualitativ gute und umfangreiche Arbeit in den Vereinen vorzustellen und zu verdeutlichen, dass die seit fast zehn Jahren feststehende Pauschale zur Vergütung der rechtlichen Betreuer längst nicht mehr kostendeckend ist.

Die Betreuungsvereine sind nicht nur im Bereich Führen von rechtlichen Betreuungen tätig. Sie sind insbesondere nach gesetzlichem Auftrag für die Gewinnung, Beratung und Fortbildung ehrenamtlicher Betreuer und Familienangehöriger und für die Beratung zur privaten Vorsorge, z. B. Information über Vorsorgevollmachten, zuständig. Diese sogenannten Querschnittstätigkeiten werden in einigen Bundesländern gar nicht oder wie in NRW nur unzureichend gefördert. Durch die insgesamt nicht ausreichende Finanzierung sind Betreuungsvereine in ihrer Existenz gefährdet.

Die Betreuungsvereine haben daher in dieser Zeit Politiker vor Ort mit der Problematik konfrontiert. Dazu wurden Postkarten mit dem Slogan „Wir sind dann mal weg“ verschickt oder bei persönlichen Gesprächen direkt überreicht.

Neben den Gesprächen auf der Bundesebene, die von Barbara Dannhäuser von der Arbeitsstelle Rechtliche Betreuung DCV, SkF, SKM mit den Verbandsleitungen koordiniert und durchgeführt wurden, fanden in den Betreuungsvereinen über 120 Gespräche mit Bundes- und Landespolitikern statt. Es wurden mehr als 50 Presseartikel veröffentlicht.

Ein Erklär-Video und Informationen zur Aktion „Wir sind da!“ sind auch auf der Internetseite www.kath-betreuungsvereine.de zu finden.



Unterstützung für Forderungen nach einer besseren Finanzierung von Betreuungsvereinen erfuhr der SkF Minden mit Geschäftsführerin Susanne Leimbach, Anette Tenspolde, Silke Schönfeld und Matthias Nolte durch den Bundestagsabgeordneten Achim Post (SPD, links) und den parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Steffen Kampeter (CDU, rechts). Foto: SkF Minden

Leihen Sie uns Ihr Ohr!

Die bundesweite Aktion zur Lobbyarbeit wurde auf Bistumsebene in Paderborn tatkräftig unterstützt. Als Bestandteil der bundesweiten Initiative stellte der DiCV Paderborn Strategien und Materialien zur Verfügung, die Sinn und Ziel der Aktion verdeutlichen und über den Aktionszeitpunkt hinaus gut nutzbar sind. Der Schwerpunkt der Aktion geht dabei über die unzureichende Finanzierung hinaus und greift zusätzlich das Thema „Wahrnehmung in der Öffentlichkeit“ auf. Den Auftakt bildete eine Pressekonferenz am 1. Oktober 2014 beim SKM Dortmund. Dort stellte Barbara Dannhäuser die aktuelle Situation der Vereine und die Ziele der Aktion vor. Ergänzt wurden die Ausführungen durch den Bericht einer Vereinsbetreuerin, die ihren straff organisierten Berufsalltag vorstellte. Insbesondere die gesetzlichen Zwänge, die nur minimale Betreuungszeiten für die Betroffenen zulassen, sind nicht hinnehmbar und bedürfen der Veränderung. Mit Hilfe entsprechender Pressemappen, mit einem Infofolder zur Aktion und einer Bistumskarte, die auf einen Blick zeigt, wo die Betreuungsvereine mit rund 7000 Betreuten zu finden sind, klärten die Betreuungsvereine ihre Landes- und Bundespo-

litiker vor Ort über das Thema Rechtliche Betreuung auf. Als „Türöffner“ und Eyecatcher kamen Q-Tips-Päckchen mit dem Slogan „Leihen Sie uns Ihr Ohr“ zum Einsatz.

Sehr erfreulich ist, dass sich fast alle Verbände und Vereine aktiv bei dieser Aktion eingebracht und diese mitgestaltet haben.

Landesförderung der Querschnittsaufgaben

In einer gemeinsamen Aktion der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW wurden 2014 die Personalkosten für die Querschnittsaufgaben der Betreuungsvereine in NRW für 2012 erhoben, zusammengestellt und der Landesförderung gegenübergestellt. Die Gegenüberstellung hat die Vermutung bestätigt, dass der Anteil der Förderung wesentlich geringer ist als die Kosten der Betreuungsvereine. Bei zukünftigen Gesprächen kann auf dieses aussagekräftige Zahlenmaterial zurückgegriffen werden. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW hat gegenüber dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW (MAIS) schon im Vorfeld die seit 2014 geltenden neuen Förderrichtlinien und die damit zusammenhängende Fördersystematik kritisiert.

Bereits im Herbst 2013 hatte die Freie Wohlfahrtspflege NRW einen Problemaufriss zur Situation der Betreuungsvereine in NRW verfasst und veröffentlicht. 2014 wurde dies um die Erhebung der Personalkosten für die Querschnittsarbeit und ein zukünftiges Modell der Förderung der Querschnittsarbeit ergänzt.

Aus den Zusammenfassungen ist ein Grundlagenpapier „Stärkung und Sicherung der ehrenamtlichen rechtlichen Betreuung und der Vorsorge durch Vollmachten in NRW“ entstanden. Den Fraktionen der im Landtag vertretenen Parteien wurde das Papier zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, die Politik für die gesetzlich vorgegebene und wichtige Arbeit der Betreuungsvereine zu sensibilisieren, auf den dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich der finanziellen Sicherung der Betreuungsvereine aufmerksam zu machen und ins Gespräch zu kommen. Die Freie Wohlfahrtspflege wird sich weiterhin für eine ausreichende Finanzierung der gesetzlichen Aufgaben einsetzen.

Gesetz zur Stärkung der Betreuungsbehörden

Am 23. Mai 2014 fand ein Fortbildungstag für rechtliche Betreuer zum Thema „Die neuen Aufgaben der Betreuungsbehörden aus Sicht der Betreuungsvereine“ in der Kommende in Dortmund statt. Durch die Änderung des Betreuungsbehördengesetzes am 1. Juli 2014 sind auch auf die Betreuungsvereine einige Veränderungen zugekommen, die in der Veranstaltung vorgestellt und diskutiert wurden. Ralph Chauvistre, Rechtspfleger, Nachlasspfleger, Testamentsvollstrecker und Leiter des IFB-Instituts, führte durch den Tag.

Zwangsbehandlung, freiheitsbeschränkende Maßnahmen und Alternativen im Betreuungsrecht

Am 21. Oktober 2014 fand ein Fachtag der Diözesan-Caritasverbände NRW in der Kommende in Dortmund statt. Georg Dodegge (Richter am Amtsgericht Essen), Martin von Hagen (Facharzt für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie) und Uwe Fillsack (Sozialarbeiter, Berufsbetreuer und Verfallenspfleger, Unternehmensberater [KMU]) beschrieben das Thema aus betreuungsrechtlicher und psychiatrischer Perspektive und



Leihen Sie uns Ihr Ohr: Mit symbolischen Wattestäbchen lenken die katholischen Betreuungsvereine den Blick auf das Dilemma, in dem zurzeit die rechtliche Betreuung steckt. Viel zu knapp bemessene Zeitvorgaben und seit 2005 unveränderte Vergütungssätze lassen eine angemessene Betreuung kaum noch zu. Bei einem Pressegespräch in Dortmund erläuterten dies (von links): Barbara Dannhäuser, Heike Deimel (DiCV), Elisabeth Ewerth (SKM Dortmund) und Christoph Eikenbusch (DiCV). Foto: Sauer

zeigten Alternativen auf, beispielsweise mit dem Werdenfelser Weg, der sich als Initiative zur Reduzierung von Fixierungsmaßnahmen mit verfahrensrechtlichem Ansatz versteht.

2008 trat das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kraft. Ob und wie dieses in Deutschland umgesetzt wird, ist allerdings bis heute nur undeutlich erkennbar. Insbesondere das Recht auf dieselben Freiheitsrechte von behinderten und nichtbehinderten Menschen dient als Voraussetzung der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe. Allerdings kann es zu Einschränkungen dieser Rechte kommen, da Menschen mit Behinderungen auch eines besonderen Schutzes bedürfen. Dies kann dann geschehen, wenn sie Gefahren aufgrund ihrer Behinderung nicht realistisch einschätzen können.

In den meisten Fällen wird dann mit einer Einschränkung der Freiheit reagiert, insbesondere mit den Regelungen der betreuungsrechtlichen Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme nach § 1906 BGB.

Seit dem 26. Februar 2013 ist nach § 1906 Abs. 3, 3a, eine ärztliche Zwangsmaßnahme nur unter geschlossenen stationären Bedingungen zulässig, sie bedarf einer gerichtlichen Genehmigung. Die Genehmigung wird jedoch nur erteilt, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind: Einwilligungsunfähigkeit, Versuche der Therapieeinwilligung, erheblicher, gesundheitlicher Schaden, Zumutbarkeit und Risiko-Nutzen-Abwägung.

Wunsch und Wille des Betreuten sollen gewahrt werden, freiheitsentziehende Maß-

nahmen nur als letztes Mittel und mit Zustimmung des Betroffenen eingesetzt werden.

Aufsichtspflicht in den Betreuungsvereinen

Mit der Aktualisierung der Richtlinien zur Anerkennung von Betreuungsvereinen des Landes NRW erhielten die Vereine Änderungsbescheide. Die Änderungsbescheide enthielten u. a. die Auflage, die Aufsicht über die Tätigkeit der rechtlichen Betreuer darzulegen. In § 1908 f BGB sind die Mindestvoraussetzungen zur Anerkennung von Betreuungsvereinen geregelt. Das Gesetz sieht vor, dass der Verein gewährleistet, eine ausreichende Anzahl von geeigneten Mitarbeitern zu haben und diese u. a. auch zu beaufsichtigen. Zwar obliegt dem Betreuungsgericht die Aufsicht über die Tätigkeit in den einzelnen Betreuungen, die Dienst- und Fachaufsicht ist jedoch durch die Leitung des jeweiligen Betreuungsvereins zu gewährleisten. In NRW sollten die Betreuungsvereine insbesondere darlegen, wer konkret die Aufsicht wahrnimmt, was kontrolliert wird und wie die Kontrolle gewährleistet wird.

Das Thema Dienst- und Fachaufsicht wird in den Betreuungsvereinen grundlegend geklärt und hat daher im nächsten Jahr Priorität. Es soll ein klares Konzept erstellt und transparent gemacht werden, da das Thema sehr eng mit dem Haftungsrisiko verbunden ist. Das Konzept könnte sich an den Qualitätsleitlinien, die von der Arbeitsstelle Rechtliche Betreuung DCV, SKM, SkF allen Vereinen zur Verfügung gestellt wurden, orientieren.

Integration und Migration

Für die Betreuer sollte die Beaufsichtigung der Entlastung dienen und selbstverständlich zu diesem sehr verantwortungsvollen Amt dazugehören.

Im Rahmen der gegenseitigen Vertretung ist es vorteilhaft, wenn beispielsweise die Aktenführung vereinheitlicht wird. Damit wird sowohl eine optimale fachliche Vertretung gesichert als auch das Einlesen durch die kontrollierende Person in die jeweiligen Fälle erleichtert. Für die kontrollierenden Personen werden 2015 Prüfkriterien entwickelt, die die Arbeit unterstützen und vergleichbar machen.

Rechtliche Betreuung im Landtag NRW

Am 4. November 2014 fand im Landtag ein fachpolitischer Ratschlag zum Betreuungsrecht in NRW statt. Dazu hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Person von Manuela Grochowiak-Schmieding und Dagmar Hanses eingeladen. Zunächst stellte Thomas Kutschaty (Justizminister NRW) den „Aktionsplan zur Stärkung des selbstbestimmten Lebens, zur Qualitätssicherung der rechtlichen Betreuung sowie zur Vermeidung unnötiger Betreuungen“ vor. Anschließend nahmen die Landesbetreuungsämter, vertreten durch Daniela Wolff (Münster) und Markus Brehmer (Rheinland), Stellung zum Aktionsplan und gaben einen Überblick sowohl über die Arbeit als auch Strukturen der Betreuungsvereine. Zum Abschluss referierte Bernhard Pollmeyer als Vertreter des MAIS seine Sicht auf den Aktionsplan. Nach diesem Input hatten die Zuhörer Gelegenheit, sich zum Aktionsplan und zum Thema zu äußern. Dabei wiesen die Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege NRW nochmal auf ihre Zusammenfassung der Schwierigkeiten in der Querschnittsarbeit hin.



Heike
Deimel

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-226
h.deimel@caritas-paderborn.de

Allgemeine Entwicklung

Auch wenn die Integration von Neuzuwanderern in Deutschland insgesamt zufriedenstellend verläuft, hat sich der öffentliche Diskurs zu Einwanderung, zur Aufnahme von Flüchtlingen und zu religiöser Vielfalt in den letzten Monaten des Jahres 2014 deutlich verschärft. Fragen der inneren Sicherheit und Zweifel am sozioökonomischen Nutzen von Einwanderung sowie fremdenfeindliche Vorurteile, gemischt mit populistischen und völkischen Elementen, haben die Debatte um ein neues Einwanderungsgesetz und um den Umgang mit Flüchtlingen wieder belebt. Die steigenden Flüchtlingszahlen führten einerseits zu einer bislang nicht gekannten Hilfsbereit-

schaft. Andererseits stieg die Zahl derer, die weitere Einwanderung generell oder aus dem Nicht-EU-Raum ablehnen und einer Mehrheit der Asylsuchenden unterstellen, dass sie keinen echten Schutzbedarf haben. Die Caritas steht auf der Seite derer, die für Vielfalt und Respekt eintreten. Sie greift Ängste auf, versucht, diese durch Informationen, durch ein Engagement im Sozialraum, aber auch durch ein Einstehen für Werte zu entkräften. Der Deutsche Caritasverband fordert die Achtung der Menschenwürde, des Gleichheitsgrundsatzes, der Meinungs- und Religionsfreiheit und des Diskriminierungsverbots von allen Beteiligten ein.

Schwerpunkte der Arbeit

Integration von Neuzuwanderern

In den Jahren 2013 und 2014 lag die Einwanderung nach Deutschland auf dem höchsten Niveau seit den 1990er-Jahren. Es kamen mehr EU-Bürger im Rahmen der Freizügigkeit, es kamen mehr Arbeitsmigranten aus Nicht-EU-Staaten, und es kamen mehr Flüchtlinge. Laut Migrationsbericht der Bundesregierung vom Januar 2015 stammen mehr als 75 Prozent der Zuwanderer aus europäischen Ländern. Im Jahr 2013 sind etwa 1,2 Millionen Menschen nach Deutschland gezogen. Insgesamt sind 429 000 Personen mehr nach Deutschland zu- als abgewandert. 2014 wurden von den Beratungsstellen im Rahmen der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer im Erzbistum Paderborn mehr als 2 500 Personen beraten.

Acht von 15 Trägern von Beratungsstellen im Bundesprogramm MBE (Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer) im Erzbistum Paderborn beteiligten sich im Herbst 2014 mit Mitgliedern des Bundestages an einem Aktionstag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege aufgrund von gestiegenen Beratungszahlen und Anforderungen. Dies führte zu einer Erhöhung der Bundesmittel. In einigen Verbänden konnten Stellenanteile etwas angehoben werden.

Zur Weiterqualifizierung der Mitarbeitenden gab es eine gemeinsame Veranstaltung

mit der Caritas NRW und der Landesarbeitsgemeinschaft der Katholischen Jugendsozialarbeit zur beruflichen Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. Das Referat arbeitete mit an der Entwicklung einer zukünftigen Handreichung für das Bundesprogramm „Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer“, die in ersten Teilen 2014 an alle Beratungsstellen verschickt wurde. Das Referat sah auch 2014 seine Aufgaben darin, im Rahmen von Fachtagungen und Veranstaltungen etwa zur Caritas-Jahreskampagne 2014 einen Beitrag zu leisten für eine differenzierte Betrachtung von Einwanderergruppen oder von Spannungen im Sozialraum, vor hysterischen Reaktionen zu warnen und Argumentationshilfen zur Verfügung zu stellen.

Arbeit der Integrationsagenturen im Sozialraum

Im vergangenen Jahr wurde die Arbeit der Integrationsagenturen (IA) im 2007 etablierten Landesprogramm mit den Eckpunkten „Bürgerliches Engagement“, „Sozialraumorientierung“, „Interkulturelle Öffnung“ und „Antidiskriminierungsarbeit“ ausgewertet. Die externe, vom MAIS veranlasste Auswertung zeigte, dass die Arbeit und die Maßnahmen der Integrationsagenturen aktuelle, aus einer Sozialraumanalyse entwickelte Bedarfe aufgreifen und dass planvoll und zielorientiert gearbeitet wird. Im Rahmen ihrer Möglich-



Unter dem Motto „Viel Falt(en)“ warb der DiCV beim Caritas-Tag zu Libori für Toleranz und Integration. Im Bild Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig und Marie-Luise Tigges vom DiCV-Referat Integration und Migration. Foto: Jonas

keiten und innerhalb der Eckpunkte der Arbeit waren Integrationsagenturen auch daran beteiligt, gute strukturelle und atmosphärische Rahmenbedingungen für eine Integration von Flüchtlingen in den Kommunen zu schaffen und die Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen zu unterstützen.

In den Jahren 2013 und 2014 war das Referat maßgeblich an Konzipierung und Gestaltung der gemeinsamen Homepage aller NRW-Integrationsagenturen „Vielfalt ist unsere Stärke“ beteiligt.

Im Jahr 2014 fanden verbandsübergreifende Workshops statt für die Mitarbeitenden der Integrationsagenturen zur Qualifizierung, zur Förderung von Austausch und zur Vernetzung u. a. zum Thema „Struktureller Rassismus“ und „Aktivierende Instrumente in der sozialräumlichen Arbeit der Integrationsagenturen“.

Bis Ende 2014 sind in fast allen Kreisen und kreisfreien Städten Kommunale Integrationszentren (KI) eingerichtet worden. Um eine Profilierung der IAs, aber auch um eine gute Vernetzung und Kooperation zwischen IAs und KIs sicherzustellen, gab es zwei gemeinsame Fachtagungen von LAG und landesweiter Koordinierungsstelle für Kommu-

nale Integrationszentren für Mitarbeitende an Standorten mit einem neu etablierten kommunalen Integrationszentrum, u. a. zur Vereinbarung für eine Zusammenarbeit.

Thorsten Klute, NRW-Staatssekretär für Integration im MAIS, besuchte 2014 den Fachdienst für Integration und Migration des Caritasverbandes Minden, der auch eine Integrationsagentur hat. Die Mitarbeiterinnen beschrieben ihr breites Aufgabenspektrum und machten anschließend auf Probleme und menschliche Tragödien aufmerksam, mit denen sie täglich konfrontiert werden. Dabei wurde sowohl über überfüllte Auffangklassen für Seiteneinsteiger gesprochen als auch über die schwierigen Aufnahmebedingungen für syrische Schutzbedürftige und eine sich langsam entwickelnde Willkommenskultur im Sozialraum.

Integration von Flüchtlingen

Seit dem Jahr 2008 steigt die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl suchen, stark an. 2014 gab es über 203.000 Asylanträge – eine Verdopplung gegenüber dem Vorjahr und der höchste Stand seit 14 Jahren. In einer vielfach beachteten Pressemeldung vom Herbst 2014 wies Diözesan-Direktor

Josef Lüttig darauf hin, dass davon ausgegangen werden müsse, dass für eine sehr lange Zeit sehr viele Flüchtlinge vor allem aus Nordafrika und dem kriegszerrissenen Mittleren Osten kämen. Egal wie jemand grundsätzlich zur Flüchtlingspolitik stehe: Die hohe Zahl von Flüchtlingen dürfe nicht länger als Notfall und Ausnahmezustand behandelt werden. Noch schwanken Gesellschaft und Politik zwischen Hilfsbereitschaft, Überforderung und Ablehnung.

Aufgrund des bundesweiten Verteilerschlüssels nahm NRW 2014 mehr als 40.000 Asylersantragssteller auf. Dem Land standen Ende 2014 17 Einrichtungen mit ca. 6.000 Plätzen zur Verfügung, von denen sich elf Einrichtungen im Erzbistum Paderborn befinden. Dazu kamen noch sechs Notunterkünfte, von denen zwei im Erzbistum Paderborn liegen. Nach einem ähnlichen Schlüssel, der Einwohnerzahl und Fläche einer Kommune berücksichtigt, werden die Asylsuchenden nach einer kurzen Zeit den Kommunen zugewiesen. Das bedeutet, dass jede Kommune betroffen ist und in jeder Kommune sich die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt hat. Die hohe Zahl der Flüchtlinge stellt Politik, Verwaltung und haupt- und ehrenamtlich Helfende auf eine Belastungsprobe bei der Aufnahme, Unterbringung, Integration und Beratung/Betreuung. Nötig sind Strukturen, entsprechende Haltungen und finanzielle Mittel, damit Flüchtlinge zu einem selbstverständlichen Bestandteil des Alltags in der Gesellschaft werden. Hier ist das Referat aktiv bei der fachbereichsübergreifenden Vernetzung, bei der Beratung und der Bereitstellung von Infos für Ehrenamt und Fachpersonal und der Fortbildung von Flüchtlingsberatern.

Ende 2014 begann in Kooperation von LAG und MIK die Umsetzung des vom Landtag beschlossenen Maßnahmenpakets u. a. zur Verbesserung der regionalen Betreuung, der Verfahrensberatung, der psychosozialen Beratung und der Rückkehrberatung von Flüchtlingen. Dem Referat ist die Erarbeitung einer am Bedarf orientierten Grundstruktur ohne „weiße Flecken“ im Erzbistum für die Beratung und Betreuung von Flüchtlingen in den Regionen, in psychosozialen Zentren und in der Verfahrens- und Rückkehrberatung wichtig.

Flüchtlinge aus Syrien in den humanitären Aufnahmeprogrammen des Bundes und des Landes NRW

Das Referat ist für die Freie Wohlfahrtspflege NRW am runden Tisch „Syrische Flüchtlinge/Schutzbefohlene“ des MAIS und des MIK unter Leitung der Bezirksregierung Arnsberg beteiligt. Arbeitsschwerpunkt ist aktuell die Erstellung einer Handreichung für syrische Flüchtlinge aus den humanitären Aufnahmeprogrammen des Bundes und des Landes NRW mit Infos zur Integration in den deutschen Alltag. Bemühungen, das Land NRW dazu zu bringen, auf die Verpflichtungserklärung von in NRW lebenden Verwandten zu verzichten, waren bisher erfolglos, ebenso die Bemühungen und Forderungen, z. B. die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen zu beschleunigen und die Anzahl der syrischen Schutzbedürftigen zu erhöhen. Seit 2013 haben die Innenminister von Bund und Ländern die Aufnahme von insgesamt 20 000 Flüchtlingen aus der syrischen Krisenregion beschlossen. Inzwischen dürfte das letzte Auswahlverfahren weitestgehend abgeschlossen sein. Obwohl noch nicht alle Betroffenen eingereist sind, laufen die Aufenthaltserlaubnisse der 2013 zuerst aufgenommenen Personen bereits wieder aus. Das Bundesinnenministerium hat den Ausländerbehörden eine Verlängerung für zwei Jahre (im Regelfall) nahegelegt. Ein neues Aufnahmeprogramm des Bundes ist derzeit nicht in Sicht, obwohl Bundeskanzlerin Merkel mit Blick auf den IS-Terror 2014 erklärt hatte, die Bundesrepublik wolle auch Irakflüchtlingen helfen.

Im Rahmen einer Arbeitstagung im Frühjahr konnten sich die Mitarbeitenden der Fachdienste für Integration und Migration und interessierte Mitarbeitende des DiCV von einer Mitarbeiterin des DCV Hildesheim nach Besuch im Libanon über Dauer, Ablauf, örtliche Bedingungen und Schwierigkeiten bei der Verfahrensbeschleunigung der humanitären Aufnahmeprogramme informieren.

Perspektiven und Herausforderungen

Es geht verstärkt um die Sicherung einer möglichst chancengleichen Teilhabe von Flüchtlingen und Migranten an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Es geht um den ökonomischen (Beschäftigung,

Einkommen, Ausbildung etc.), den kulturellen (Sprache, Bildung, Religion, Traditionen etc.), den sozialen (Nachbarschaft, Wohnen, Freundeskreis, Identifikation etc.) und den politischen (bürgerschaftliches Engagement, Parteien, Verbände etc.) Bereich des gesellschaftlichen Lebens. Die Sicherung einer „Integration“ in diesem Sinne ist nicht nur eine staatliche, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine Aufgabe für jeden.

Das Referat wird sich verstärkt dem Thema Vielfalt zuwenden. 2014 gab es einen ersten Schritt dazu. Mit Blick auf die Jahreskampagne 2014 der Caritas „Weit weg ist näher, als du denkst“ hatte das Referat beim Caritas-Tag am 2. August 2014 für Kinder und Erwachsene, die sich an das Faltspiel „Himmel und Hölle“ erinnern, sechs thematisch passende Falts-Vorlagen unter dem Motto „Viel Falt(en)“ entwickelt, u. a. zu religiösen Symbolen, Kultur, Vielfalt und Kindern aus aller Welt.



Marie-Luise Tigges



Heribert Krane

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-203
m.tigges@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-229
h.krane@caritas-paderborn.de

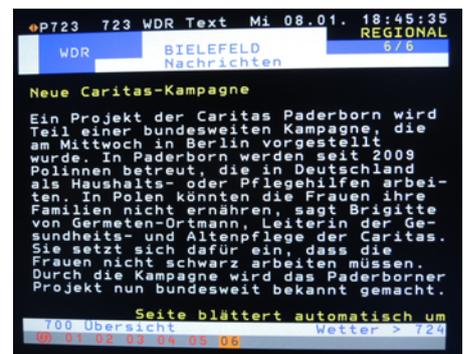
Öffentlichkeitsarbeit

Caritas-Kampagne 2014: „Weit weg ist näher, als du denkst“

In einer globalisierten Welt endet die Nachbarschaft nicht am eigenen Gartenzaun, sondern geht über Ländergrenzen hinweg. Darauf machte die Caritas-Kampagne 2014 aufmerksam. Die im scheinbar harmlosen Comic-Stil gestalteten Plakate und Videobotschaften offenbarten die Verwerfungen unserer zerteilten Welt: So zwingt unser Hunger nach billigen und ständig verfügbaren Produkten Menschen in anderen Ländern häufig in menschenunwürdige Arbeitsbedingungen. Der sorglose Umgang mit den begrenzten Ressourcen wie Energie oder Wasser hat fatale ökologische Wirkungen.



Globale Verflechtungen gibt es seit einigen Jahren bei Dienstleistungen, die die Caritas unmittelbar betreffen. So ist in der Altenpflege die „Perle aus Polen“ längst eine bundesdeutsche Realität, häufig verbunden mit zweifelhaften Arbeits- und Lebensbedingungen. Seit 2009 gibt es durch den Diözesan-Caritasverband Paderborn und die polnische Caritas ein Konzept, das eine gute Pflege und faire Arbeitsbedingungen ermög-



Bundesweit im Fokus: das Haushaltshilfen-Projekt des Diözesan-Caritasverbandes Paderborn und der Caritas Polen. Foto: Sauer



Zum Auftakt des Fachtages trug das „Junge Amateur Theater“ Paderborn Auszüge aus der szenischen Lesung „Lampedusa, 3. Oktober 2013“ vor. Das Stück einer Lampedusa-Initiative aus Hannover (www.lampedusa-hannover.de) lässt das Flüchtlingsdrama vom 3. Oktober 2013 vor der italienischen Insel mit 366 Toten aus der Sicht von Flüchtlingen, Fischern, Lokalpolitikern und Touristen lebendig werden. Foto: Jonas

licht und eine Versorgung der Kinder im Herkunftsland sicherstellt.

Als Wohlfahrtsverband der katholischen Kirche erinnerte die Caritas im Jahr 2014 an die besondere Rolle, die uns Menschen im Umgang mit der Welt zukommt – nämlich

verantwortungsvoll und fürsorglich mit allem Leben auf dieser Erde umzugehen. Im Lauf des Jahres 2014 bewegte sich allerdings der Fokus der Kampagne aufgrund der deutlich steigenden Flüchtlingszahlen eher in eine andere Richtung. So griff der Diözesan-Caritas-

verband diese Entwicklung mit einer Fachtagung am 3. November in Paderborn auf. Unter dem Titel „Menschenwürde eingeschränkt! Wie willkommen sind bei uns Flüchtlinge und Armutsmigranten?“ diskutierten die rund 100 Teilnehmer die Probleme der vielfach beschworenen „Willkommenskultur“. Thorsten Klute (SPD), Staatssekretär im NRW-Integrationsministerium, betonte, Nordrhein-Westfalen bekenne sich zu Solidarität, Integration und Migration. „Da ist kein Platz für Scharfmacher und Agitatoren.“ Regina van Dinther (CDU), Mitglied des Integrationsausschusses im NRW-Landtag, forderte mehr Zivilcourage. „Der öffentliche Mob muss durch Menschen begrenzt werden, die ‚Stopp‘ sagen.“ Monika Düker, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion der Grünen im NRW-Landtag, kritisierte die nach wie vor „diskriminierende gesundheitliche Notversorgung“ von Flüchtlingen. In einem „Praxis-Check“ zum konkreten Lebensalltag von Flüchtlingen berichteten Dorothee Schulte und Gerrit Greiß von der Caritas-Konferenz (CKD) Warstein-Allagen von der schwierigen Wohnsituation gerade in ländlich gelegenen Asylbewerberunterkünften. Teilweise würden verschiedene Nationalitäten und Religionen auf engstem Raum zusammengepfercht. „Das ist menschenunwürdig“, sagte Gerrit Greiß.



Diskutierten den Abbau von Schranken für Flüchtlinge (von links): Moderatorin Elke Vieth, Staatssekretär Thorsten Klute, Ibrahim Yetim MdL (SPD), Heribert Krane (Caritas), Monika Düker MdL (B'90/Grüne), Dorothee Schulte (CKD Warstein-Allagen), Marie-Luise Tigges (Caritas), Regina van Dinther MdL (CDU), Gerrit Greiß (CKD Warstein-Allagen), Martin Strätling (Caritas Paderborn), Frank Merkel (Caritas Dortmund) und Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig. Foto: Jonas



Benedikt und Annemarie freuten sich bei der Aktion „Eine Million Sterne“ im November über das stimmungsvolle Bild auf dem Paderborner Marienplatz. Aus rund 500 Kerzen wurde das Caritas-Emblem gebildet. Damit wies der Diözesan-Caritasverband auf die schwierige Situation von Flüchtlingen hin. Foto: Jonas

Weitere Kampagnen und Aktionen

Am 18. September startete die lange geplante Pflegekampagne im Erzbistum Paderborn. Unter dem Motto „PflegeWENDE – jetzt!“ (www.pflegewende-jetzt.de) fordert die Kampagne einen „nationalen Kraftakt“, um die Bedingungen für die Pflege zu verbessern. Die „Petition für eine menschenwürdige Pflege in Deutschland“ unterzeichneten bis Ende 2014 rund 7000 Personen, darunter 900 online. Nicht minder kritisch muss langfristig die Situation der rechtlichen Betreuung gesehen werden. Die Zunahme der Single-Haushalte wird in Zukunft dieses Arbeitsfeld immer aufwendiger werden lassen. Unter den jetzigen finanziellen Rahmenbedingungen, die seit über zehn Jahren nicht verändert sind, wird das nicht funktionieren. Die Aktion „Leihen Sie uns Ihr Ohr“, eine Initiative des Diözesan-Caritasverbandes, will die Öffentlichkeit auf diese Misere aufmerksam machen.



Pressearbeit

Die Fachstelle Grundsatzfragen und Öffentlichkeitsarbeit veröffentlichte im Berichtsjahr 96 Presse-Informationen. Auf überregionales Medienecho stießen u. a. folgende Meldungen:

- 24. März: Erzbistum Paderborn richtet Sonderfonds zur Armutsbekämpfung ein / 1,1 Millionen Euro für 27 Projekte und Initiativen
- 4. Juni: Demokratie und Kinderschutz fördern / Kitas im Erzbistum Paderborn beraten Beteiligung und Mitsprache von Kindern
- 18. September: „PflegeWENDE – jetzt!“ / Katholische Alten- und Gesundheitshilfe fordert nationalen Kraftakt / Caritas sieht Grenze der Belastbarkeit erreicht
- 2. Oktober: Rechtliche Betreuung: immer mehr, immer schwierigere Fälle / Betreuungsvereine schlagen Alarm: menschenwürdige Betreuung unter veralteten Rahmenbedingungen kaum noch möglich / Aktion „Leihen Sie uns Ihr Ohr“ startet
- 17. Oktober: Der Realität ins Auge blicken / Deutschland muss mit dauerhaft hohen

Flüchtlingszahlen umgehen lernen / Gegen eine Mentalität des bloßen Abfertigens

Veranstaltungen

Beim Caritas-Treff in der Paderborner Libori-Festwoche war erstmals nach vielen Jahren wieder die Caritas aus dem Schweserbistum Magdeburg präsent – und zwar auf „süße Art“. Am ersten Wochenende bot die Integrationsfirma Rotstern-Schokolade, eine Abteilung der Caritas-Werkstätten im Bistum Magdeburg, ihre Spezialitäten an, darunter die heilige Elisabeth aus Schokolade und einen eigens zu Libori hergestellten Paderborner Domtaler.

Zu einer guten Tradition entwickelt sich die Caritas-Aktion „Eine Million Sterne“ im Erzbistum Paderborn, bei der am 15. November sieben Orte vertreten waren. In Paderborn erstrahlte wieder ein Flammenkreuz auf dem zentralen Marienplatz. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das gemeinsame Bekenntnis der in Paderborn vertretenen Religionen zu Frieden und gegenseitigem Respekt.



Jürgen Sauer

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-311
j.sauer@caritas-paderborn.de

Personal- und Organisationsentwicklung

Allgemeine Entwicklung

Struktur der Fachstelle

Die Fachstelle für Personal- und Organisationsentwicklung hat im Kontext der religiös-spirituellen Ausrichtung inhaltliche Anteile ausweiten können. Das Referat „Profilbildung“ konnte mit Leonie Jedicke nachbesetzt werden, und Msgr. Ullrich Auffenberg ist mittlerweile mit ganzer Stelle hier tätig. Zudem zeigt die Evaluation zur Seelsorglichen Begleitung, dass dieser Dienst vor Ort eine gute Resonanz erfährt und diözesane Aktivitäten sinnvoll platziert sind. Die Ressourcen ermöglichen nicht nur zentrale Angebote, sondern auch unterschiedliche Aktivitäten vor Ort.

Profilbildung

Sowohl das christliche Profil caritativer Einrichtungen und Dienste zu stärken als auch das diakonische Profil der Pastoral zu intensivieren, ist Aufgabe des Referats für Profilbildung.

Die junge Kirche war durch zwei Grundwerte gekennzeichnet: Nächstenliebe und Statusverzicht. Diese beiden sind möglicherweise auch das Geheimnis der Popularität und Glaubwürdigkeit von Papst Franziskus. Mit seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii gaudium“ (Die Freude des Evangeliums) brachte er Kennzeichen des Christseins erneut ins Bewusstsein und plakativ in die gesellschaftliche Diskussion. Die Bedeutung dieses Schreibens konnte im Rahmen verschiedener Veranstaltungen für Menschen in der Caritas-Landschaft zugänglich gemacht werden: ob im Einkehrtag der Mitarbeitenden des Diözesan-Caritasverbandes, beim Diözesanrat der Caritas-Konferenzen mit den Regionalverantwortlichen der ehrenamtlichen Caritas-Arbeit, in Diskussion

mit dem Fachdienst Caritas-Koordination oder in Inhouse-Veranstaltungen.

Das Programm der christlich-spirituellen Angebote bot für die Mitarbeiter attraktive Veranstaltungen wie die Atempause auf Wanderwege oder Meditationsangebote, erstmals auch Bergexerzitionen. Mitarbeitende im haupt- und ehrenamtlichen Kontext der Caritas haben ein Recht auf geistliche Begleitung – einzeln und als Gruppe. Gemeinsam mit dem Exerzitionenreferat des Erzbistums Paderborn wurde an Standards für geistliche Begleitung, vor allem in Verbänden, gearbeitet. Besonders die geistliche Unterstützung derer, die beispielsweise in der Flüchtlingsarbeit belastenden Situationen ausgesetzt sind, soll verstärkt in den Fokus genommen werden.

Curriculare Weiterentwicklung im diözesanen Bundesfreiwilligendienst (BFD)

Mit Einführung des BFD 2011 wurde ein Curriculum für die Bildungsanteile der Freiwilligen verbindlich in Kraft gesetzt. Dies galt es mit allen Beteiligten unter Federführung der Fachstelle zu evaluieren und zu überarbeiten. Das neue „Curriculum und Rahmenbedingungen der Bildungsseminare des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) im Erzbistum Paderborn“ gilt ab dem Bildungsjahr 2015 für die diözesanen verpflichtenden Bildungsseminare (20 Tage bei zwölf Monaten Dienst) für alle jüngeren Freiwilligen (16-25 Jahre) im BFD. Dieses sieht künftig ein modulares Bildungskonzept vor, das von drei gleichberechtigten Bildungsträgern (KEFB, BDKJ, CV Hagen) umgesetzt wird, die Bildungsangebote entwickeln und durchführen. Das diözesane Bildungskonzept wird flankiert durch zwei Konzepte zur „Nachhaltigen Personalentwicklung in Freiwilligendiensten im

Erzbistum Paderborn“ und zur „Pädagogischen Begleitung von Bundesfreiwilligen“.

Europäische Sozialpolitik

Die Caritas NRW veranstaltete 2014 wiederum ein „Europa-Forum“, diesmal in Brüssel. Zwei Tage lang befassten sich ca. 90 Teilnehmer aus den nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbänden mit dem Thema „Soziales Unternehmen – Caritas und Innovation“. Dabei war das Wortspiel im Titel einerseits als Hinweis auf die sozialen Tätigkeiten der Caritas sowie andererseits als Anspielung auf die aktuell starke Diskussion zu sozialen Unternehmen zu verstehen, die durch die „Initiative für Soziales Unternehmertum“ der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2011 ausgelöst wurde. Diese Initiative bezweckt die Förderung der Sozialunternehmen als Schlüsselakteure der Sozialwirtschaft und der sozialen Innovation und zielt u. a. darauf ab, dem sozialen Unternehmertum mehr Sichtbarkeit zu verschaffen und den Zugang zu Finanzmitteln für Sozialunternehmen zu verbessern.

Ein wichtiges Ergebnis des Europa-Forums: Der Staat kann und darf mit der teilweise auch sinnvollen Stärkung privatgewerblicher Unternehmen als „soziales Unternehmertum“ nicht aus seiner sozialen Verantwortung entlassen werden. Der deutsche Sozialstaat und das darin verankerte wohlfahrtsverbandliche Modell sehen hierzu als Grundprinzip die Subsidiarität vor, in der die Verbände eine besondere Rolle spielen. Sie ermöglicht ein Wunsch- und Wahlrecht und ein Mitgestaltungsrecht sozialer Akteure bei gleichzeitiger Verantwortungsübernahme des Staates.

Schwerpunkte der Arbeit

Projekt „Zukunft braucht Menschen“

Ein Teilprojekt des Verbandsprojektes „Profil.100“ ist unter dem Titel „Zukunft braucht Menschen“ zusammengefasst. Im letzten Jahr kristallisierten sich zwei Stränge heraus: Zum einen ging es um Überlegungen und konkrete Ideen zur langfristigen Nachfolgeplanung in

der Geschäftsstelle des Diözesan-Caritasverbandes und zu einem damit einhergehenden Wissensmanagement.

Zum anderen ist ein Modul für die Einführung neuer Mitarbeiter im Rahmen eines E-Learning-Programms angedacht. In verschiedenen Modulen sollen Themen rund um den Arbeitsplatz Caritas – vom christlichen Profil und Proprium über die Dienstgemeinschaft bis

hin zur AVR – flexibel vom Arbeitsplatz oder von zu Hause bearbeitet werden. Das Modul soll in Kooperation mit der Katholischen Erwachsenen- und Familienbildung (KEFB) im Erzbistum Paderborn durchgeführt werden.

Projekt „In Führung gehen 2.0“

Das Konzept von „In Führung gehen 2.0“ sieht vor, dass talentierte Mitarbeitende der



Wissen, wie man trotz Drucksituationen entspannt und eine gesunde Balance schafft (von links): Albrecht und Marion Aupperle, Ralf Nolte und Christine Hildebrand (BKK Diakonie) gaben Tipps und Techniken an 40 Führungskräfte im sozialen Bereich weiter. Foto: Jonas

beteiligten Caritasverbände auf ihre zukünftige oder frisch bekleidete Führungsrolle vorbereitet werden. Zielführend sollen dabei neben verschiedenen Führungskräfte trainings auch ein verbandsübergreifendes Mentoring-Programm, die Vernetzung und kollegiale Beratung in verbandsübergreifenden Peergruppen sowie eine Projektarbeit sein.

Im Durchgang 2013/2014 haben insgesamt 22 Teilnehmende in einer feierlichen Abschlussveranstaltung ihr Zertifikat aus den Händen von Domkapitular Dr. Thomas Witt als Vorstand des Diözesan-Caritasverbandes und der jeweiligen Caritas-Vorstände entgegennehmen können. Aufgrund der guten Resonanz wird es 2015/2016 einen neuen Programmdurchlauf geben. Insgesamt werden 28 Teilnehmende in zwei Seminargruppen das Programm durchlaufen.

Offene Fortbildungsangebote

Ein bedeutendes Arbeitsfeld der Fachstelle Personal- und Organisationsentwicklung sind die Organisation und Durchführung von offen ausgeschriebenen Fort- und Weiterbildungen. Beworben werden diese Angebote über den Fortbildungskalender des DiCV Paderborn „Helfen mit Profil“, die Homepage des DiCV Paderborn, die Weiterbildungsplattform des Erzbistums Paderborn (www.bildung-erzbistum-paderborn.de) sowie eigene Flyer. Es handelt sich hierbei um Fortbildungen aus dem Bereich Kommunikation und Management sowie christlich-spirituelle Angebote. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 16 Angebote ausgeschrieben und elf Angebote durchgeführt. Insgesamt haben 188 Personen an den Fortbildungen teilgenommen.

Die bestehenden Kooperationen mit Bildungshäusern wie z. B. der Bildungsstätte Liborianum oder der IN VIA Akademie wurden im Jahr 2014 in Augenschein genommen und auf eine breitere Basis gestellt.

Für das Jahr 2015 wird die Angebotspalette religiös-spirituelle Angebote deutlich erweitert sein: Neben Pop-Exerzitien – ein Angebot besonders für jüngere Mitarbeitende – gibt es ein Familienwochenende und Exerzitien für Menschen, die sich mit dem Glauben schwertun. Ein Beitrag zur Wahrnehmung der Einrichtungen als Pastorale Orte wird die Entdeckungstour durch die Kapellen sein.

Ein Beitrag zur Wahrnehmung der Einrichtungen als Pastorale Orte wird die Entdeckungstour durch die Kapellen sein.

Pastoralen Gremien und Gruppen eine diakonische Seehilfe anzubieten, ist ein besonderes Anliegen der Profilbildung. Hierzu erarbeitete Unterstützungsmodulare sollen 2015 an den Start gehen.

DEIN LEBEN – DEINE BERUFUNG (Caritas-Balance)

2013 wurden neben dem bisherigen Kursangebot, bestehend aus vier Kurstreffen, weitere Angebotsformate entwickelt. Einrichtungen haben seitdem die Möglichkeit, dieses Angebot konkret als Inhouse-Veranstaltung in Anspruch zu nehmen und haben dieses 2014 auch genutzt. 15 Caritas-Balance-Gruppen wurden von einem Teil der insgesamt 35 Moderatoren geleitet.

Erstmals wurde das Projekt auch als mehrtägiges Seminar vorgehalten. Leider musste der Kurs für Führungskräfte „Mit Gott in Führung gehen“ in St. Bonifatius, Elkeringhamen, aufgrund der zu geringen Anmeldezahlen abgesagt werden. Ganz anders stellte sich dieses im Blick auf caritative Mitarbeiter dar. Nach Rücksprache mit der Referentin wurden aufgrund der hohen Nachfrage für das inhaltlich gleiche Angebot unter dem Titel „Damit mein Feuer weiterbrennt“ die Teilnehmerplätze erhöht, und die Kursteilnehmer erlebten zwei starke und stärkende Tage in St. Bonifatius.

Im September 2014 wurden die Inhalte des Projektes erstmalig innerhalb von Bergexerzitien aufgegriffen. Zehn Personen begaben sich unter der Leitung von Frank Mane-gold und Projektreferent Ralf Nolte auf eine fünftägige Hüttentour durch die Berchtesgadener Alpen.

In Zusammenarbeit mit der BKK Diakonie, einer Krankenkasse im kirchlichen Raum, wurde im November 2014 erstmalig zu einer Fachtagung eingeladen. Unter dem Thema „Gesund führen“ setzten sich rund 40 Teilnehmer mit den Fragen eines gesunden Führungsstils auseinander. Neben dem Fokus

Fortbildungen 2014

Angebote der Fachstelle Personal- und Organisationsentwicklung (ohne Seelsorgliche Begleitung)	Durchgeführte Fortbildungen	Teilnehmer insgesamt
7 Fortbildungsangebote für alle Zielgruppen	5	70
9 christlich-spirituelle Angebote	6	118

auf der eigenen Gesunderhaltung wurde unter der Begleitung von Marion und Albrecht Aupperle von „Iprevent“ bedacht, welchen Beitrag Führungskräfte für ein gesundes Arbeitsklima innerhalb ihrer Einrichtung oder ihres Dienstes leisten können.

Seelsorge in Einrichtungen der stationären Hilfe

„Stationäre Einrichtungen profitieren von der Seelsorglichen Begleitung.“ So oder ähnlich könnten eine Zeitungsschlagzeile und das Fazit 2014 mit Blick auf dieses Projekt heißen. Nachdem 2013 insgesamt 26 Personen auf diese Tätigkeit vorbereitet wurden, waren auch die Weiterbildungskurse 2014 mit insgesamt 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern so gut wie ausgebucht. Ein Team von Referentinnen und Referenten begleitet dabei fachkundig die vier Kursmodule, die neben der eigenen Biografiearbeit Fragen der seelsorglichen Gesprächsführung und der seelsorglichen Praxis als Schwerpunkte beinhalten.

Aufgrund von 27 weiteren Beauftragungen sind mittlerweile 48 Begleiterinnen und Begleiter in unseren Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe, in den Senioren- und Pflegeheimen und in Krankenhäusern und Hospizen seelsorglich tätig. Zwei weitere Beauftragungsfeiern werden im Juni und November 2015 folgen.



Im September 2014 wurden erstmals Bergexerzitien durchgeführt. Zehn Teilnehmer begaben sich unter der Leitung von Frank Manegold und Projektreferent Ralf Nolte auf eine fünftägige Hüttentour durch die Berchtesgadener Alpen.

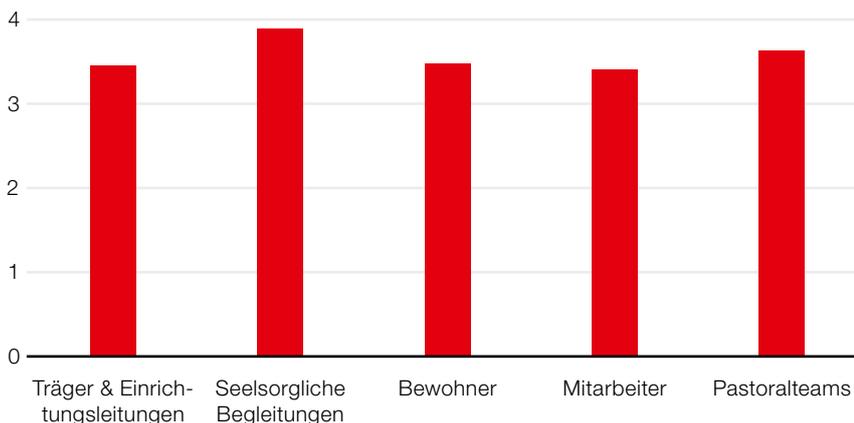
Neben dem Aufbau der Grundstrukturen dieses Seelsorge-Ansatzes entwickeln sich seit 2014 auch die Begleitung und Unterstützung der beauftragten Seelsorglichen Begleitungen weiter. Mitarbeiter/-innen, die

Menschen an ihren existenziellen Grenzen, in Fragen nach Schuld, Leid und Tod, begleiten, benötigen selbst ein adäquates Unterstützungsangebot. Neben einem vernetzenden Diözesantreffen, bei welchem konkrete Fra-

Seelsorgliche Begleitung 2014

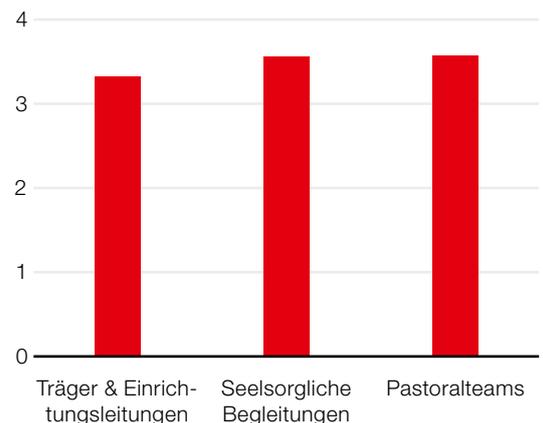
Grad der Zufriedenheit

Zufriedenheit der befragten Gruppen mit dem Dienst der Seelsorglichen Begleitung:
4 = hochzufrieden, 0 = unzufrieden



Motivation/Bereitschaft

Motivation, den Dienst der Seelsorglichen Begleitung auch zukünftig vorhalten zu wollen:
4 = sehr hoch, 0 = sehr gering





Im März 2014 wurden zehn neue Seelsorgliche Begleiter beauftragt. Im Bild Begleiter und Kursteilnehmer mit dem Vorsitzenden des Diözesan-Caritasverbandes, Domkapitular Dr. Thomas Witt (links), Michael Mendelin und Projektreferent Ralf Nolte vom Diözesan-Caritasverband (hinten): Jutta Schlinkmann-Weber, Gabriele Müller-Feltkamp, Regina Fortmeier, Christiane Fischer, Ursula Lefeld, Ulrike Rüter, Elke Wette, Schwester Annegret Hofstetter, Beatrix Kühn, Schwester Shirley Sam und Gertrud Zimmer (von links). Foto: Jonas

gen und Themen der Beauftragten besprochen werden sollen, kommt insbesondere der fachlichen und spirituellen Begleitung eine hohe Relevanz zu. Hierzu wurden neue Angebote wie z. B. der „Oasentag“ geschaffen. Die psychohygienische Unterstützung durch Gruppensupervisionen wurde angestoßen und steht kurz vor der Umsetzung zu Beginn des Jahres 2015.

Aufgrund des positiven Zuspruchs und der hohen Beteiligung an der Umsetzung des seelsorglichen Ansatzes in unseren Einrichtungen wurde die eigentlich für den Herbst 2015 vorgesehene Evaluation in den Dezember 2014 vorgezogen. Ziel ist es, die Anfang des Jahres 2015 vorliegenden Auswertungsergebnisse zur Weiterentwicklung des Projektes zu nutzen. Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn e. V. möchte hiermit zu einer langfristigen Planungssicherheit beitragen – verbunden mit der Hoffnung und Überzeugung, dass unsere Einrichtungen dauerhaft von der in die Arbeitsabläufe und -strukturen integrierten Seelsorge profitieren werden.

Die „Seelsorge in Einrichtungen der stationären Hilfe“ ist ein innovativer und aktiver Beitrag im Bild einer zukünftigen Kirche. Es zeigt sich, dass unterschiedlichste Personengruppen, von der Bewohnerin über den Angehörigen bis hin zu den haupt- und eh-

renamtlichen Mitarbeitenden, das seelsorgliche Angebot vor Ort wertschätzen. Durch die Seelsorge werden wir somit unsere Einrichtungen als pastorale Orte weiterentwickeln und einen nicht unerheblichen Beitrag zur Qualitätssteigerung im Sinne eines menschenfreundlichen und nahestehenden Dienstes leisten.

Perspektiven und Herausforderungen

Zukunftsbild im Erzbistum Paderborn

Das „Zukunftsbild“ für das Erzbistum Paderborn ist das Ergebnis eines zehnjährigen Prozesses der „Perspektive 2014“. Gleichzeitig ist es der Auftakt einer Bistumsentwicklung, die uns die nächsten Jahre intensiv beschäftigen wird. Das Zukunftsbild wird auch als „Wegzeichen“ charakterisiert, das Orientierung geben soll. Insofern wird es um die Aneignung der Inhalte gehen und nicht um vorschnelle Lösungen. Für die Caritas in ihren vielfältigen Bezügen werden sich auf dem Weg der Aneignung Herausforderungen zeigen, die nicht neu sind, die sich aber in einer sich wandelnden Gestalt der Kirche neu stellen: die Relation zwischen verbandlicher Caritas und dem diakonischen Handeln in pastoralen Strukturen; das Verhältnis und die Zusammenarbeit von Ehrenamt und Hauptbe-

ruflichkeit; der Stellenwert von caritativem Handeln als Grunddimension kirchlichen Auftrags, die Akzeptanz einer „Caritas als Pastoral“.

Fachkräftemangel und Arbeitgeberattraktivität

Der demografische Wandel und das Ansehen der Kirche in einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft werden die Caritas vor die Herausforderung stellen, in bestimmten Berufsgruppen hinreichend Fachkräfte zu gewinnen bzw. zu halten. Neben kreativen Strategien und Lösungsansätzen wird entscheidend sein, wie die Caritas ihre Attraktivität als Dienstgeber aufrechterhalten oder gar steigern kann. Personalentwicklung wird dabei keine Haupt- oder Nebenrolle spielen. Vielmehr ist sie ein wichtiger Bestandteil in der Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Konzepte.

Verbandliche Koordination



Michael Mendelin
(Leitung)



Msgr. Ullrich Auffenberg
(Religiös-Pastorale Bildung)



Lovely Sander
(Kompetenzbildung)



Leonie Jedicke
(Profilbildung)



Josef Krautkrämer
(Bildungsfragen, Ethik, Bundesfreiwilligendienst)



Ralf Nolte
(Berufungskampagne, Seelsorge in Einrichtungen)

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-294
m.mendelin@caritas-paderborn.de

Telefon 02951 9920376
u.auffenberg@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-336
l.sander@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-319
l.jedicke@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-313
j.krautkraemer@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-301
r.nolte@caritas-paderborn.de

Wahlen

In Form eines „Caritas-Kandidaten-Checks“ haben die fünf Diözesan-Caritasverbände in NRW der örtlichen Caritas-Landschaft Material für deren Veranstaltungen im Vorfeld der Kommunalwahl zur Verfügung gestellt. „Schöne Worte sind zu wenig“ – unter diesem Motto warben die fünf Diözesan-Caritasverbände in NRW im Vorfeld der Kommunalwahlen für ihre Positionen. 40 Fragen zu unterschiedlichen Themenfeldern mit kommunalem Bezug, von der Sozialraumorientierung und Jugendhilfeplanung über demografiefeste Kommune bis hin zur Hilfe für Suchtkranke, wurden gestellt und die entsprechenden Caritas-Positionen dazu formuliert.

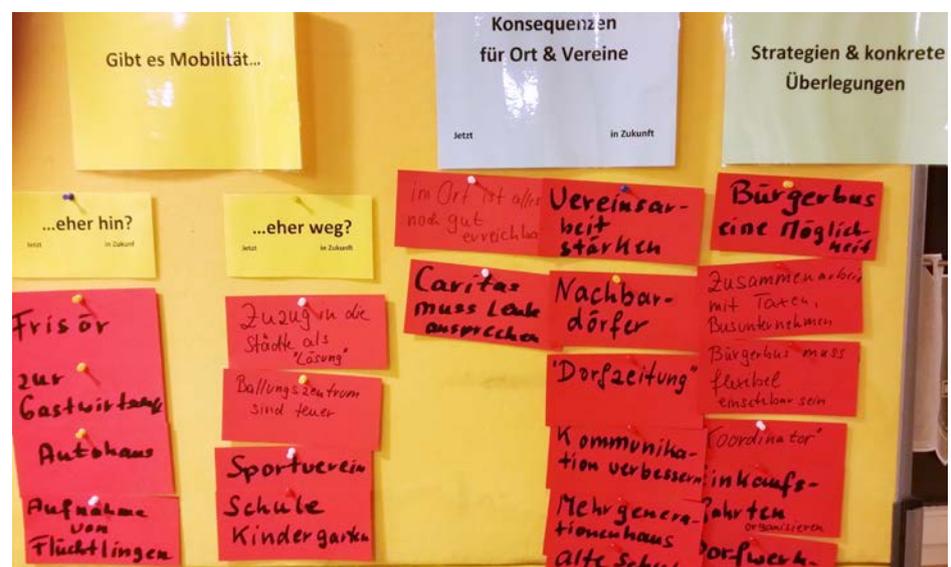
Demografieprojekt

„Aufbruch im Umbruch“

Ein Kernthema der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum ist die Mobilität. Dazu wurden im Borgentreicher Land im Kreis Höxter gleich mehrere Veranstaltungen angeboten, die auf interessiertes Echo von Vereinen und Dorfvorstehern stießen. Im Fokus stand für uns als Caritas dabei insbesondere die Frage, wie es um die Menschen steht, die aufgrund von Alter, Krankheit oder Einkommen nicht mobil sind und sich zunehmend zurückziehen. Dieser Frage noch soll weiter nachgegangen werden.

Dass Weichmacher und andere Schadstoffe in Spielzeug nach wie vor die Gesundheit und Fertilität unserer Kinder berühren, beunruhigt nicht nur Eltern, sondern auch Kirche und Caritas als Trägerin von Kitas. Hierzu war im Vorfeld der Europawahl der Europaabgeordnete Dr. Peter Liese, Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, in die Kita Hl. Geist nach Schmallenberg eingeladen, um dort Rede und Antwort zu stehen. In Zusammenarbeit mit dem Berufskolleg Sozialeseminar Detmold wurde ein Leporello mit Informationen über Gütesiegel erstellt, das Eltern in verschiedenen Kitas im Lipperland mit dem Hinweis auf ungefährliches alternatives Spielzeug vorgestellt wurde. Weitere Aktionen folgten in der Detmolder Innenstadt und beim Tag der offenen Tür im Theresia-Gerhardinger-Berufskolleg in Rimbeck.

Im Demografieprojekt „Aufbruch im Umbruch“ ging es von Anfang an um das Anliegen, von „Demografieerfahrenen“ zu lernen. Waren es im letzten Jahr die caritativ tätigen Ordensgemeinschaften, mit denen das Gespräch geführt wurde, suchte der DiCV es 2014 mit dem DiCV Magdeburg. Gelegenheit dazu bot eine Demografieveranstaltung in Magdeburg, die auch für die Vereinbarung eines Folgekontaktes, bei dem es um mögliche Konsequenzen für die Aus-



Die Folgen der demografischen Entwicklung wurden bei mehreren Veranstaltungen im Borgentreicher Land diskutiert und die Ergebnisse in Stichworten festgehalten. Foto: Krieg



Diskutierten in Schmallenberg die Gefährlichkeit von Spielzeugen: Dr. Peter Liese (Mitte) sowie (hintere Reihe von rechts) Stefanie Biermann (Kita-Leitung), Hans von der Goltz (Leiter Forstamt Oberes Sauerland), Michael Stratmann (Kath. Kindertageseinrichtungen Hochsauerland-Waldeck gGmbH), Pfarrer Georg Schröder und Matthias Krieg (3. von links, Diözesan-Caritasverband Paderborn) sowie Mitglieder des Elternrates, Erzieherinnen und Kinder der Kita Heilig Geist. Foto: privat

gestaltung der Allgemeinen Sozialberatung gehen soll, genutzt wurde.

Ehrenamt

Auf Landesebene entsteht eine Plattform „Starke Partner für bürgerschaftliches Engagement in NRW“. Ziel ist es, eine strategische Partnerschaft gemeinwohlorientierter Organisationen zur wirksamen Durchsetzung von Interessen des Ehrenamtes/bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen. Durch aktive Mitgestaltung bei landespolitischen

Planungen soll der zunehmenden Instrumentalisierung und Monetarisierung des bürgerschaftlichen Engagements entgegengewirkt werden. Die Unentgeltlichkeit des ehrenamtlichen Engagements steht für die Caritas im Erzbistum Paderborn nicht zur Disposition.

Auf NRW-Ebene haben die Diözesan-Caritasverbände und die KathOs in NRW die 7. Europäische Freiwilligenuniversität unter dem Thema „Bürgerschaftliches Engagement: Verantwortung für Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe“ organisiert und

durchgeführt. Dabei besteht die Erwartung, Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement als Lernfeld in die Grundausbildungsgänge der sozialen und pädagogischen Berufe aufzunehmen.

Der Frage, wie den Erkenntnissen aus der Sinus-Milieu-Studie beim Ansprechen und bei der Qualifizierung Ehrenamtlicher Rechnung getragen werden kann, wurde auf einem Workshop der Ehrenamtskoordinatoren in den Diensten und Einrichtungen der Caritas unseres Erzbistums nachgegangen.

Durch eine Pressemeldung, in der die caritativen Fachverbände im Erzbistum Paderborn auf bestehende bürokratische Hindernisse bei der Ausübung ihres Ehrenamtes aufmerksam gemacht haben, wurde eine breite mediale Welle ausgelöst. Die Diskussion entzündete sich an der Frage um die Konsequenzen aus der Lebensmittelinformationsverordnung für Veranstaltungen, auf denen Ehrenamtliche Selbstgebackenes anbieten.



Die ehemalige Abtei Rolduc in den Niederlanden war neben Aachen Veranstaltungsort der Europäischen Freiwilligenuniversität 2014. Foto: Limburg Tourismus



Matthias Krieg

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-213
m.krieg@caritas-paderborn.de

Profil.100 – Verbandsentwicklung

Der Name ist Programm. Dies hat sich in der Entwicklung und Reflexion der Prozesse im Rahmen von „Profil.100“ bestätigt. An verschiedenen Orten in verschiedenen Kontexten im Verband wurde deutlich, dass es insgesamt um Fragen und die Suche nach möglichen Antworten in den Themenfeldern Profil, Identität und Personal geht.

Seien es die Arbeitgebermarke Caritas, das Selbstverständnis des Verbandes und dessen Steuerung und Unterstützung durch die Geschäftsstelle oder Werte und Haltungen beim Personal oder selbigem gegenüber. Immer gilt es, das Spannungsfeld auszutarieren, in dem sich die Caritas als Teil von Kirche in der Gesellschaft positioniert. Hinzu kommt die Diversität innerhalb des Verbandes, die eine Bereicherung ist, die aber auch innovativ zu gestalten ist.

Um diese Spannungsfelder wissend und sie auslotend, ist es Aufgabe des Projektes „Profil.100“, die Identität und das Profil des Verbandes gemeinsam im Dialog weiterzuentwickeln sowie mit und durch das Personal lebendig werden zu lassen.



Zum Gesamtprojekt „Profil.100“ gehören acht Teilprojekte mit Verantwortlichen aus verschiedenen Abteilungen und Fachstellen:

Leistungsentwicklung der Geschäftsstelle des DiCV

Nachdem 2013 das Jahr der Potenzialforen, Nachbesprechungen und Leistungsversprechen war, wurde 2014 das der verstärkten Umsetzung. Dies geschieht oft eher im Stillen. Zum Sommer waren die meisten Leistungsversprechen umgesetzt. Zunehmend rückten die bereichsübergreifenden Themen und andere verbandsentwicklerische Fragen in den Fokus. Wie kann eine systematische Lobbyarbeit im Gesamtverband aussehen und gestaltet werden? Können wir das Voneinander-Lernen forcieren und wie? Wie wollen wir mit zukünftigen Herausforderungen umgehen? Wie wollen wir Meinungsbildungsprozesse miteinander gestalten? Spannende Fragen auf dem Weg in das nächste Jahrhundert des Caritasverbandes für das Erzbistum Pa-



Nach den Potenzialforen wurde intensiv an den Leistungsversprechen gearbeitet.

Foto: Kramer

derborn und für seine Identitätsentwicklung. So verschiebt sich im Laufe des Jahres der Schwerpunkt von einer eher organisationsentwicklerischen Perspektive (Geschäftsstelle) wieder hin zur verbandsentwicklerischen (Gesamtverband). Es zeigt sich einmal mehr, wie eng dies miteinander zusammenhängt und welche Herausforderungen darin liegen. Insgesamt bleibt es beim Eindruck, dass der Verband in seiner ganzen Unterschiedlichkeit näher zusammengerückt ist und sich eine andere Diskussionskultur in der vorhandenen Differenziertheit entwickelt.

Prioritätensetzung und Strategieentwicklung

2014 – soziale Unruhen im Vorfeld der Fußball-WM und des Weltjugendtages in Brasilien – Blockupy wider die Verarmungspolitik „Obamacare“, eine Krankenversicherungspflicht wird in den USA eingeführt ...

Was hätten wir in Brasilien getan? An der Seite der Armen protestiert und/oder mit den Jugendlichen ein Megaevent gefeiert? Wie stehen wir zur europäischen Finanzpolitik und deren Auswirkungen z. B. in Griechenland? Wie steht es um unseren Sozialstaat und die Subsidiarität? Was sind wir bereit, als Anwalt zu riskieren, wo wir doch als Dienstleister von der Politik abhängig sind? Sind wir das wirklich, oder machen wir uns dazu?

„Armut als bleibende Herausforderung erkennen“, „Caritas als Teil kirchlicher Sorge um den Menschen aktiv gestalten“ (Caritas und Pastoral) und „Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Gesellschaft mitgestalten“ (Sozialpolitik) lauten die Prioritäten, die der Vorstand dem Verband vorgegeben hat, und stehen in enger Verbindung zu obigen Beispielen. Sie sollen in den nächsten sechs Jahren das Profil des Verbandes prägen.

Für die Geschäftsstelle hat der Vorstand des DiCV im November strategische Ziele beschlossen, die Wege der verbandlichen Entwicklung in den nächsten drei Jahren bereiten sollen. Caritas soll profilierter werden, heißt es immer wieder. Wir brauchen euch als „soziales Gewissen“ und als ethischen Ratgeber. Wir selbst wollen Solidaritätsstifter, Anwalt und Dienstleister sein. Also wie positioniert sich Caritas?

In unserem Diözesanverband z. B. durch eine deutlich verbesserte Abstimmung der sozialpolitischen Aktivitäten zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und das konkrete Vorhalten entsprechender Dienste vor Ort. Zudem sollen verstärkt die kirchliche Identität und das caritative Profil gefördert werden, ob durch das Projekt „Seelsorgliche Begleitung“ oder gezielte Schulungen des Personals. Und nicht zuletzt soll die systematische verbandliche Entwicklung fortgesetzt werden, um weiterhin gemeinsam innovative Wege zu beschreiten und verbandliche Mittel zielgerichtet im Rahmen der Prioritäten einzusetzen.



Caritas heißt Liebe.



Caritas bedeutet Solidarität.

Demografie – Aufbruch im Umbruch

„Gott gebe, dass ihr eure Kinder und Kindes-
kinder seht bis ins dritte und vierte Glied“
(Hiob 42,16). Diesen Vers aus dem Buch Hiob
haben wir als Ausgangspunkt genommen, als
wir im ostwestfälischen Brakel zur Gestal-
tung eines Gottesdienstes an der Kapelle der
heiligen Anna, ihres Zeichens Mutter Mar-
rias und Oma Jesu, eingeladen waren. Auch
im ländlichen Raum geht der Wunsch nach
Nachkommen für Eltern und Großeltern häu-
fig nicht in Erfüllung. Welche Ursachen und
Folgen das, bezogen auf den einzelnen Men-
schen und das Gemeinwesen, hat, beschäftigt
uns auch in diesem Jahr im Rahmen des De-
mografieprojektes „Aufbruch im Umbruch“
(siehe auch Seite 43).

DEIN LEBEN – DEINE BERUFUNG (Caritas-Balance)

Als christlicher Wohlfahrtsverband sehen wir
es als Herausforderung, Aufgabe und auch
Verpflichtung an, die Menschen in ihrem
Selbstverständnis zu unterstützen und einen
Beitrag zur existenziellen Unterstützung zu
leisten. Vor allem, da Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter in sozialen Berufen großen Her-
ausforderungen und Belastungen ausgesetzt
sind. Das Projekt unternimmt dabei einen
Versuch, das eigene Leben zu reflektieren,
eigene Kraftquellen, Ideale und Fähigkeiten
neu zu entdecken und das eigene Leben als
„Berufungsgeschichte“ zu verstehen. „Wofür
brenne ich?“ und „Wofür mache ich mich
stark?“ sind dabei Leitfragen des Kursge-

schehens. Nicht zuletzt knüpft dieses Projekt
an den Gedanken der „Herzensbildung“ an,
die Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika
„Deus caritas est“ anregt. Im Rahmen des Pro-
jektes „Profil.100“ leistet die Caritas-Balance
einen Erfahrungshorizont, der uns Impulse
geben kann, um als christlicher Dienstgeber
attraktiv zu sein und noch mehr ein solcher
zu werden, der die Freuden und Hoffnungen,
Trauer und Ängste seiner Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter ernst nimmt.

Im Rahmen der Projektentwicklung sind
zwischenzeitlich auch weitere Angebotsfor-
mate kreiert worden (siehe auch Seite 40).

Seelsorge in Einrichtungen der stationären Hilfe

„Seelsorgerischer Dienst spendet mir Kraft in
meiner aktuellen Lebenskrise. Ich bin dank-
bar für diese kraftgebenden Gespräche“ (ein
Bewohner).

„Ich habe gute Erfahrungen mit unserer
Seelsorglichen Begleiterin gemacht. Sie ist
ein Multitalent. Die Angebote sind sehr viel-
fältig, besonders mag ich auch das Singen“
(eine Bewohnerin).

„Wie schon früher ist die Seelsorgliche
Begleitung durch Mitarbeiterinnen ein über-
aus großer Gewinn für die Einrichtung und
eine Hilfe zur geistlich-spirituellen Profilie-
rung“ (ein Pfarrer).

„Das Projekt mit der Erstellung einer
gemeinsamen Konzeption, den ersten An-
sätzen der praktischen Arbeit und ersten
Rückmeldungen macht einen vielverspre-
chenden Eindruck. Aus meiner persönlichen
Betrachtung entwickelt sich für Kirche und
Caritas an dieser Stelle eine Außenwirkung,
die umfänglich positiv ist“ (Träger/Einrich-
tungsleitung).

Diese Zitate aus einer ersten Evaluation
des Projektes „Seelsorgliche Begleitung“ ver-
weisen auf die bisherigen positiven Erfahrun-
gen mit dem Ansatz, Verantwortung für die
Seelsorge in unseren Einrichtungen subsidiär
zu denken. Die Veränderungen in den pasto-
ralen Strukturen und ein neu wachsendes
„Berufungsverständnis“ von getauften und
befähigten Laien eröffnen einen Weg und
Dienst, der sich stark an den Erfordernissen
der jeweiligen Einrichtung und den dort le-
benden und arbeitenden Menschen orientiert
(siehe auch Seite 41).

100 Jahre Caritasverband für das Erzbistum Paderborn e.V. – Jubiläumsjahr 2015

Papst Benedikt XVI. schreibt in „Deus caritas
est“: „Die Liebe ist umsonst; sie wird nicht
getan, um damit andere Ziele zu erreichen.“
Liebe heißt Caritas, Caritas heißt Liebe: Die
Caritas ist umsonst; sie wird nicht getan, um
damit andere Ziele zu erreichen.

Mit einer aktivierenden Zitatumformung
startete im Jubeljahr die erste Veranstaltung
im Kontext des 100-jährigen Geburtstages
des Caritasverbandes für das Erzbistum Pa-
derborn. „Caritas heißt Liebe.“ Das Motto für
das Jubiläumsjahr wurde mit dem Jubiläums-
programm im September 2014 der Delegier-
tenversammlung vorgestellt und prägt seither
den Auftritt zum Jubiläum.

Highlights des Programmes werden si-
cherlich die Feiern am 8. und 9. Dezember
2015 sein, aber auch die Ausstellung zum
Thema Nächstenliebe im Diözesanmuseum
in Paderborn, der Begegnungstag der Caritas-
Konferenzen in Dortmund oder die spirituelle
Auszeit in Assisi für Führungskräfte. Mehr
dazu unter www.caritas-heisst-liebe.de.



Projekt German-CIM

Das Projekt German-CIM dient der Stärkung
des christlichen Identitätsprofils katholischer
Einrichtungen (Krankenhäuser). Im Selbst-
verständnis von German-CIM erstreckt sich
das Katholische auf alle relevanten Bereiche
im Krankenhaus: Dienstleistung am Pati-
enten, Kultur in der Mitarbeiterschaft, Ma-
nagement von Ressourcen sowie Teilhabe am
Sendungsauftrag der katholischen Kirche. Im
Rahmen einer Selbstbewertung führen re-
präsentativ ausgewählte Mitarbeiter einen
Systemcheck von Selbstanspruch und geleb-
ter Wirklichkeit des christlichen Identitäts-
profils im katholischen Krankenhaus durch.
Aus diesem Analyseverfahren werden Maß-
nahmen zur weiteren nachhaltigen Stärkung
und Implementierung des christlichen Profils
abgeleitet. Die kontinuierliche Beschäftigung

Diözesaner Ethikrat

mit dem eigenen Identitätsprofil zielt auf eine nachhaltige Verankerung der christlichen Grundwerte in der Mitarbeiterschaft. Diese macht sich mit den zentralen christlichen Grundprinzipien vertraut und wird gleichzeitig befähigt, ihr berufliches Handeln danach auszurichten. Mittelfristiges Ziel ist die Etablierung einer sogenannten „group of inspired people“, die der christlichen Ausrichtung des Krankenhauses ein konkretes Gesicht geben (siehe auch Seite 10).

Personalentwicklung – Zukunft braucht Menschen

Um zukunftsfähig zu bleiben, setzt der Diözesan-Caritasverband Paderborn auf Menschen und gezielte Personalentwicklung. Mit Maßnahmen zu Talent-Scouting, Talentförderung, Nachfolgemanagement und Einarbeitungskonzepten werden Instrumente geschaffen, die einerseits den Arbeitsplatz und die Marke Caritas attraktiver machen, die Beschäftigungsfähigkeit (Employability) sichern und andererseits auch zur Motivation und zum Commitment der Mitarbeiter beitragen (siehe auch Seite 39).



Josef
Lüttig



Ina
Kramer

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-232
direktor@caritas-paderborn.de

Telefon 05251 209-355
i.kramer@caritas-paderborn.de

Der Diözesane Ethikrat ist ein 2007 einberufenes beratendes Gremium des Erzbischofs von Paderborn. Seine Mitglieder erörtern im interdisziplinären Gespräch ethische Fragen im Bereich der caritativen Einrichtungen und Dienste des Erzbistums. Bisher hat der Ethikrat zwei Empfehlungen und eine Positionierung zu medizin- und sozialem Themen veröffentlicht. Durch Schulungsangebote zur ethischen Fallbesprechung in Kooperation mit der Katholischen Akademie Schwerte soll zudem die Qualität ethischer Beratungen und Entscheidungen gefördert werden.

Das Jahr 2014 begann mit einem Wechsel in der Geschäftsführung des Ethikrates. Dr. Cornelia Wiemeyer-Faulde ist Ende März aus der Geschäftsführung ausgeschieden. Diese hat seit dem 1. Mai Max Niehoff, Theologe und Sozialethiker, inne. Die laufenden thematischen Arbeitsgruppen wurden nach kurzer Unterbrechung fortgeführt. Aufgrund der anhaltenden Nachfrage ist die zweite Auflage der Empfehlung zum Umgang mit Patientenverfügungen gedruckt worden.

Für 2015 plant der Diözesane Ethikrat die Fertigstellung von Empfehlungen zur ethischen Fallbesprechung sowie zur Vorsorgevollmacht. Seminare zum Modell der ethischen Fallbesprechung werden sowohl für die Krankenhäuser als auch für die Altenhilfe angeboten. Des Weiteren kooperiert der Ethikrat verstärkt mit der Fachstelle Personal- und Organisationsentwicklung des DiCV. So wird u. a. der caritas.diskurs Ethik 2015 zum assistierten Suizid zusammen durchgeführt.

Die Mitglieder des Diözesanen Ethikrates

Vorsitzender:

- Dr. Horst Luckhaupt,
HNO-Klinik am St.-Johannes-Hospital,
Dortmund, Chefarzt

Stellvertreter:

- Prof. Dr. Günter Wilhelms,
Theologische Fakultät, Paderborn

Geschäftsführung:

- Max Niehoff,
Diözesan-Caritasverband Paderborn

Mitglieder:

- Margret Backhove,
Hospiz am Bruder-Jordan-Haus,
Dortmund, Einrichtungsleitung
- Klaus Bathen,
Kath. St.-Johannes-Gesellschaft
Dortmund gGmbH, Hauptgeschäftsführer
- Thomas Becker,
Caritasverband für den Kreis Soest e. V.,
Soest, Vorstand
- Prof. Dr. Franz-Josef Bormann,
Katholisch-Theologische Fakultät,
Eberhard Karls Universität Tübingen
- Judith Brüggemann,
St. Marien-Hospital gGmbH, Hamm,
Qualitätsmanagement
- Dr. Ulrich Dickmann,
Katholische Akademie Schwerte,
stellv. Direktor
- Brigitte von Germeten-Ortmann,
Diözesan-Caritasverband Paderborn,
Abteilungsleitung
- Josef Lüttig,
Diözesan-Caritasverband Paderborn,
Diözesan-Caritasdirektor
- Dr. Gerhard Markus,
ehem. St. Vincenz-Krankenhaus,
Paderborn, Chefarzt a. D.
- Pfarrer Thomas Müller,
St.-Johannes-Hospital, Dortmund,
Krankenhausseelsorger
- Dr. Werner Sosna,
Liborianum, Paderborn, Referent für
religiös-theologische Bildung
- Dr. Thomas Witt,
Diözesan-Caritasverband Paderborn,
Vorsitzender



Max
Niehoff

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-218
ethikrat@caritas-paderborn.de

Sozialbericht der Geschäftsstelle des Diözesan-Caritasverbandes

Grundordnung

Die Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse wird erlassen durch einstimmigen Beschluss der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands. Aufgrund der Ergänzungen im Geltungsbereich waren alle kirchlichen Rechtsträger verpflichtet, bis zum 31.12.2013 diese Grundordnung durch Übernahme in ihr Statut verbindlich zu übernehmen. Ausschließlich kirchliche Rechtsträger, die dieser Übernahmeverpflichtung nachgekommen sind, nehmen an den arbeitsrechtlichen Beziehungen und dem Selbstbestimmungsrecht der Kirche gemäß Artikel 140 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 137 Absatz 3 Weimarer Reichsverfassung teil. Im Artikel 7 der Grundordnung ist die Beteiligung der Mitarbeiter an der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen geregelt. Auf dieser Grundlage werden die Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes (AVR) in paritätisch besetzten Kommissionen beschlossen. Die Beschlüsse der Arbeitsrechtlichen Kommission sind für alle kirchlichen Rechtsträger somit verbindlich. Hierdurch wird eine Vorgabe des Bundesarbeitsgerichtsurteils von November 2012 inhaltlich umgesetzt. Die AVR stellen somit einen verbindlich anzuwendenden Flächentarifvertrag dar, der auch in unserem Hause angewandt wird.

Mitarbeitervertretung

Mitarbeitervertretung und Dienstgeber stehen in einem regelmäßigen Austausch. Im



Beim gemeinsamen Betriebsausflug ließen sich die Mitarbeiter der DiCV-Geschäftsstelle die Geschichte der Möhnetalsperre erklären. Foto: Jonas

Rahmen der Beteiligungsrechte nach der Mitarbeitervertretungsordnung erfolgt die Weiterentwicklung der Geschäftsstelle. Dienstvereinbarungen werden geschlossen.

Einführung von Zeitwertkonten

Mit der Mitarbeitervertretung wurde gemeinsam eine Dienstvereinbarung zu Zeitwertkonten erarbeitet. Die Dienstvereinbarung hat insbesondere das Ziel, vor dem Hintergrund der sozialpolitischen und rechtlichen Veränderungen ein attraktives Angebot für bezahlte Freistellungen innerhalb des Beschäftigungsverhältnisses zu ermöglichen und damit z. B. lebenslanges Lernen und/oder den Übergang in den Ruhestand zu unterstützen. Mitarbeitern wird durch diese

Vereinbarung die Möglichkeit eröffnet, Arbeitsentgeltbestandteile und/oder den Geldwert bereits geleisteter Arbeitszeit teilweise in Wertguthaben einzubringen und erst zu einem späteren Zeitpunkt abzurufen. Die Zeitwertkonten werden durch Kapitalanlagen rückgedeckt und gegen Insolvenz gesichert. Diese Wertguthaben können im Rahmen der gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen beispielsweise verwendet werden:

- für mehrmonatige sozial abgesicherte Freizeitblöcke („Sabbatical“) u. a. zur Qualifizierung
- für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit bei Fortbestand des Beschäftigungsverhältnisses
- für vorübergehende Teilzeit mit finanziellem Ausgleich (z. B. zur Kinderbetreuung oder zur Betreuung pflegebedürftiger nahestehender Personen)

Alternierende Telearbeit

Alternierende Telearbeit soll im Rahmen einer familienorientierten Personalpolitik als flexible Arbeitsform die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern. Gleichzeitig fördert sie Chancengleichheit sowie die Bindung von qualifizierten Mitarbeitern im Caritasverband für das Erzbistum Paderborn. Alternierende Telearbeit kann insbesondere dafür geeignet sein, die Erfordernisse familiärer Betreuung mit dienstlichen Aufgaben sowie Ehrenamt und Beruf in Einklang zu bringen. Eine Verbesserung von Arbeits- und Privat-



Zur Dienstgemeinschaft in der Geschäftsstelle des Diözesan-Caritasverbandes trägt auch die alljährliche Maiandacht bei. Foto: Jonas

Zentrale Gehaltsabrechnungsstelle im Diözesan-Caritasverband

leben (Work-Life-Balance) steigert nachweislich Motivation und Arbeitszufriedenheit von Mitarbeitern und kann sich damit auch positiv auf Gesundheit, Ökologie, Arbeitsproduktivität und Qualität auswirken. Die entsprechenden Rahmenbedingungen hierzu wurden in einer Dienstvereinbarung für die Mitarbeiter des Diözesan-Caritasverbandes Paderborn vereinbart.

Einarbeitungskonzept für neue Mitarbeiter

Mitarbeiter sind das Potenzial des Diözesan-Caritasverbandes als Dienstleistungsunternehmen. Die Einarbeitung nach einem strukturierten Einarbeitungsplan wurde neu konzipiert. Unterschiedliche Module wie Mentorenschaft, externe Hospitation, Coaching, Fortbildung, Beratung, aber auch die Einführung in Proprium und Selbstverständnis des kirchlichen Dienstes wurden strukturiert gestaltet. Begleitet wird der gesamte Einarbeitungsprozess durch strukturierte Feedbacks zwischen neu eingestelltem Mitarbeiter und Dienstvorgesetztem bzw. Abteilungsleiter.

Stellenbeschreibung/Anforderungsprofil

Ein gemeinsames Projekt zwischen Mitarbeitervertretung und Dienstgeber wurde mit der Fertigstellung idealtypischer Stellenbeschreibungen sowie Stellenanforderungsprofile zum Abschluss gebracht. Das Basisanforderungsprofil soll insbesondere bei der Neubesetzung von Stellen eine Hilfestellung sein, um geeignete Bewerber auszuwählen. Weiterhin dient das Basisanforderungsprofil als Hilfe zur Orientierung während der Einarbeitung, während der Probezeit, im Mitarbeitergespräch sowie im Mitarbeiterbeurteilungs- und Förderungsgespräch. Ziel ist, dass Mitarbeiter auf das Anforderungsprofil hin qualifiziert werden.



Norbert Altmann

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-251
n.altmann@caritas-paderborn.de

Allgemeine Entwicklung

Die Zentrale Gehaltsabrechnungsstelle (ZGAST) ist organisatorisch der Zentralabteilung Personal, Arbeitsrecht und Tarifpolitik zugeordnet. Sie ist ein Dienstleistungsangebot für alle dem Diözesan-Caritasverband angeschlossenen Träger und Einrichtungen. Seit mehr als 30 Jahren ist die ZGAST ein verlässlicher Partner für ordnungsgemäße Gehaltsabrechnungen mit den erforderlichen gesetzlichen und tariflichen Anpassungen. Ende 2014 wurden 6700 Personalfälle im Monat – verteilt auf 140 Einrichtungen – abgerechnet.

Die ZGAST bietet den Trägern und Einrichtungen – ohne zusätzliche Investitionskosten für neue Hard- und Software

im Bereich der Personalabrechnung – eine optimale Verarbeitungs- und Datensicherheit. Durch ein Online-Archiv im Rechenzentrum werden die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen eingehalten. Neben den Standardleistungen bietet die ZGAST darüber hinaus noch zusätzliche Leistungen im Rahmen des Angebots „Full Service“ an. Diese Leistungen können individuell vereinbart werden.

Im Rahmen der jährlich stattfindenden ZGAST-Info-Tagung wird über aktuelle Veränderungen im Bereich der Gehaltsabrechnungen informiert und diskutiert. Darüber besteht die Möglichkeit zum persönlichen Austausch.

Schwerpunkte der Arbeit

Ende 2013 wurde die Leiterin der Zentralen Gehaltsabrechnungsstelle, Christa Freimuth, in die Freistellungsphase der Altersteilzeit verabschiedet. Die Nachfolge hat seit dem 1. Dezember 2013 Jürgen Lütkemeyer übernommen.

Seit 2013 sind Arbeitgeber verpflichtet, die Lohnsteuerabzugsmerkmale elektronisch von der ELStAM-Datenbank abzurufen. Zum Start war es erforderlich, alle steuerpflichtigen Mitarbeiter elektronisch anzumelden. Dieses Verfahren wird von der ZGAST seit dem 1. Juni 2013 erfolgreich angewandt. Im Jahr 2014 fand eine Betriebsprüfung durch die Deutsche Rentenversicherung statt. Schwerpunkt der Prüfung waren die Abrechnung der geringfügig Beschäftigte und der Honorarkräfte. Wir freuen uns über das insgesamt gute Prüfungsergebnis.

kann, werden im Jahr 2015 einige Pilotkunden dieses neue Verfahren erproben. Die neue Software soll neben einer höheren Datensicherheit auch dazu beitragen, eine größere Transparenz im Verhältnis zu den Kunden zu realisieren. Künftig haben die Kunden die Möglichkeit, auf die Personaldaten und Personallisten online zuzugreifen.



Norbert Altmann

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-251
n.altmann@caritas-paderborn.de

Perspektiven und Herausforderungen

Um den Anforderungen des Datenschutzes gerecht zu werden, hat sich die ZGAST für die Zukunft nach Alternativen zu den herkömmlichen Übermittlungswegen E-Mail, Fax oder dem Postweg umgesehen. Es wird angestrebt, ein elektronisches Austauschverfahren zwischen den Kunden und der ZGAST einzuführen. Bevor ein solches Verfahren im gesamten Kundenkreis eingesetzt werden

Schlichtungsstelle beim Diözesan-Caritasverband

Allgemeine Entwicklung

Aufgaben und Zuständigkeit

Nach § 22 Absatz 1 der Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes (AVR) sind Dienstgeber und Dienstnehmer verpflichtet, bei Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der Anwendung der AVR oder aus dem Dienstverhältnis ergeben, zunächst die beim Diözesan-Caritasverband errichtete Schlichtungsstelle anzurufen. Deren Aufgabe ist es, die Kommunikation und Interessensklärung zwischen den Parteien systematisch zu fördern. Ziel ist es, eine von den Parteien selbst verantwortete Lösung des Konflikts zu ermöglichen.

Arbeitsweise und Besetzung

Die Formalitäten des Schlichtungsverfahrens, insbesondere die Anträge, Stellungnahmen und Termine, werden über die Geschäftsstelle der Schlichtungsstelle organisiert.

Das Schlichtungsverfahren bzw. die Schlichtungsverhandlung – und damit die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Streitigkeit – findet unter Verantwortung des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters sowie je eines dienstgeberseitig bestellten und dienstnehmerseitig gewählten Beisitzers statt. Die Mitglieder der Schlichtungsstelle sind dabei unabhängig und nur an das Recht und ihr Gewissen gebunden.

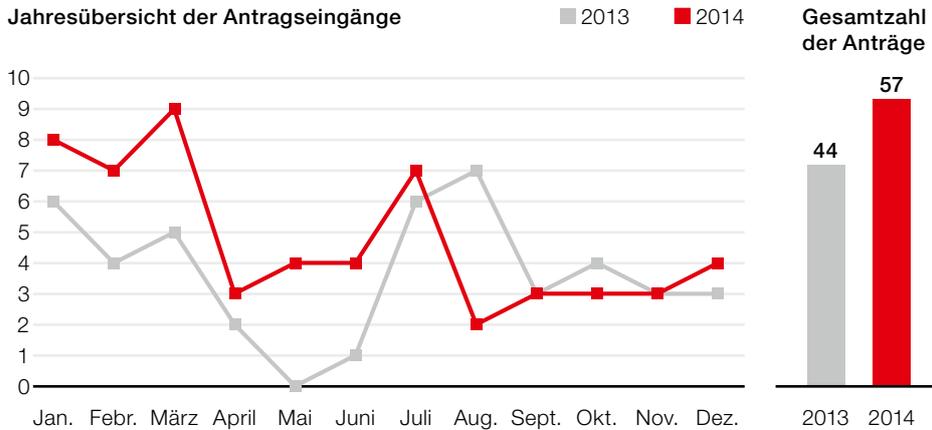
Schwerpunkte der Arbeit

Verfahren einer Schlichtung

Näheres zum Verfahren einer Schlichtung regelt die geltende Schlichtungsordnung. Mit dem 1. Juli 2014 ist nach zehnjähriger Praxis eine neue Ordnung in Kraft gesetzt worden und eine neue vierjährige Amtszeit eingeführt worden. Die umfangreiche Novelle hatte und hat das Ziel, die Schlichtungsverfahren effizienter und die Formalien transparenter zu gestalten. Priorität der neuen Ordnung ist es auch, Dienstnehmern wie Dienstgebern einen geschützten, unparteiischen und unabhängigen Raum zur Einigung geben zu können. Gerade das Konstrukt der Schlichtungsstelle ist Ausdruck des kirchlichen Selbstverständnisses sowie der Dienstgemeinschaft und eine gute und sinnvolle Chance der außergerichtlichen Einigung.

Antragseingänge

Jahresübersicht der Antragseingänge

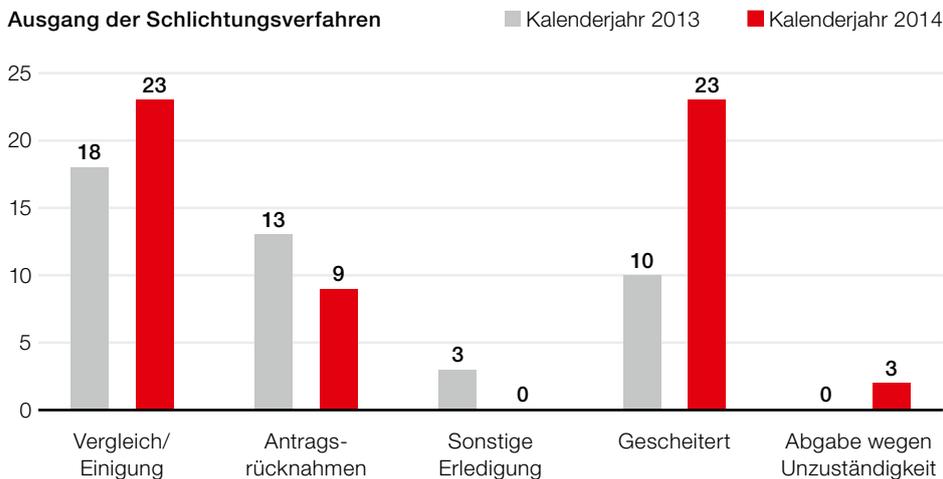


Zahlen und Fakten

Im Vergleich zum Vorjahr ist bei der Zahl der eingegangenen Anträge ein Anstieg von 44 auf 57 zu verzeichnen. Wie 2013 zeigte sich auch im Berichtsjahr eine Art „Wellenbewegung“ mit vielen Verfahren zu Beginn des Jahres, einer etwas ruhigeren Phase im Frühjahr und einer wieder zunehmenden Zahl nach der Sommerzeit. Die Art der Streitigkeit war im letzten Jahr bei 22 Anträgen kündigungsbedingt, bei 23 Anträgen vergütungsrechtlicher Natur, und bei den übrigen zwölf Anträgen ging es um Auseinandersetzungen wie Abmahnung, Versetzung etc. Festzustellen ist, dass im Jahr 2014 genauso viele Verfahren mit einer Einigung endeten, wie es ein Scheitern zu verkünden gab. Die Antragsrücknahme sank von 13 auf neun Fälle trotz insgesamt steigender Fallzahl. Dies dürfte u. a. darauf zurückzuführen sein, dass immer mehr Arbeitsgerichte auf den Vorrang der Schlichtung verweisen bzw. Rücksicht nehmen. So wird zunächst mit einer Terminierung eines gerichtlichen (Güte-)Termins gewartet und damit einer außergerichtlichen Auseinandersetzung eine größere Chance eingeräumt.

Schlichtungserfolge

Ausgang der Schlichtungsverfahren



Perspektiven und Herausforderungen

Für 2015 ist es erklärtes Ziel, dass die Schlichtungsstelle „anerkannte Gütestelle“ nach dem Justizgesetz NRW wird. Dies ist bereits mit

Bundesfreiwilligendienst

der Novelle der Schlichtungsordnung 2014 verankert worden. Zum Hintergrund der angestrebten Anerkennung ist Folgendes hervorzuheben: Zum einen haftet einem Vergleichsschluss in der Schlichtung keine (unmittelbare) Vollstreckbarkeit an – d. h., die Parteien können sich daran gebunden fühlen, müssen es aber nicht, bzw. es besteht keine (unmittelbare) Option, die Durchsetzung auch zu erzielen. Diese Unverbindlichkeit gilt es zu beseitigen.

Von wesentlicher Bedeutung ist aber auch die Verjährungshemmung bei Anerkennung als Gütestelle, die in diesem Fall durch Bekanntgabe des Schlichtungsantrages an den Gegner eintritt. Zudem führt eine Anerkennung der Schlichtungsstelle zu einer positiven Außenwirkung. Auch kann ein Ruhen des arbeitsgerichtlichen Verfahrens für die Zeit der Schlichtung einfacher beantragt werden.

Die Anerkennung der Schlichtungsstelle als Gütestelle bietet also die Möglichkeit, sowohl dem Bedürfnis der Parteien nach Wahrung ihrer Rechtsposition nachzukommen und dem Schlichtungsverfahren eine höhere Verbindlichkeit zukommen zu lassen als auch die Außenwirkung zu stärken, um so die Konfliktparteien stärker für diesen besonderen außergerichtlichen Konfliktlösungsweg zu sensibilisieren.



Esther
van Bebber

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-274
e.bebber@caritas-paderborn.de

Der Bundesfreiwilligendienst im Erzbistum Paderborn verzeichnet weiterhin eine große Nachfrage bei Jung und Alt.

Mittlerweile ist der Dienst in den Einrichtungen nicht mehr wegzudenken. Auf dem Hintergrund der Nachwuchsgewinnung und des Fachkräftemangels besteht ein hohes verbandliches Interesse, durch den Bundesfreiwilligendienst potenzielle Mitarbeitende mit sozialen Arbeitsfeldern in Kontakt zu bringen, ihre Eignung für Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten zu überprüfen und ihnen konkrete Perspektiven zu eröffnen.

Die Erfahrungen zeigen, dass immer mehr junge Menschen nach ihrem Bundesfreiwilligendienst einen sozialen Beruf erlernen oder aber auch ihr Studium darauf ausrichten.

Im Jahr 2014 konnte der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn über 600 Freiwillige begrüßen. Die aktuellen Zahlen (Stand 31.12.2014) zeigen die Nachfrage nach dem Bundesfreiwilligendienst:

	2012	2013	2014
Dienstantritte	564	712	620
Männer	254	320	279
Frauen	310	392	341
27 Jahre u. älter	jährlich knapp 100 Freiwillige		

Informationen zum Bundesfreiwilligendienst im Erzbistum Paderborn sind unter www.bfd-paderborn.de zu finden sowie auch eine Seite auf Facebook: www.facebook.com/bfd.paderborn.



Anna Kipper hält bei ihrem Bundesfreiwilligenjahr in der Integrativen heilpädagogischen Kindertagesstätte St. Barbara in Hultrop die Zügel fest in der Hand. Foto: Dräger

Für viele „ältere“ Freiwillige ist der Dienst von großer Bedeutung. Als Wiedereinstieg in das Berufsleben, als geregelter Tagesablauf besonders bei Rentnern, als Berufsumorientierung. Die Mehrheit entscheidet sich bereits am Anfang für eine Dienstzeit von 18 Monaten.

Der BFD ist offen für alle Altersgruppen und bietet rund 35 000 Menschen pro Jahr die Chance zu einem freiwilligen Engagement. Ob Mann oder Frau, ob Jung oder Alt – jeder und jede ist eingeladen, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Menschen, die älter als 27 Jahre sind, können auch in Teilzeit (über 20,5 Wochenstunden) tätig werden.



Melanie
Koch

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-321
m.koch@caritas-paderborn.de

Wirtschaftliche Lage des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn e. V.

Spendenbilanz 2014

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Die Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn e. V. schließt für das Jahr 2014 mit Erträgen und Aufwendungen in Höhe von 25,409 Millionen (2013: 23,558 Millionen) Euro ab. Der Verband hat im Berichtsjahr Zuweisungen in Höhe von 19,466 Millionen (17,844 Millionen) Euro aus Kirchensteuermitteln mit und ohne Zweckbindung erhalten, dies sind 1,622 Millionen (0,837 Millionen) Euro bzw. 8,3 Prozent (4,7 Prozent) mehr als im Vorjahr. Diese Mittel werden überwiegend an die Caritas- und Fachverbände im Erzbistum Paderborn weitergeleitet. Die Zuweisung belief sich einschließlich der öffentlichen Mittel auf 15,508 Millionen (13,897 Millionen) Euro. Der Diözesan-Caritasverband schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Überschuss von 98.869 (2013: 71.179) Euro ab.

Voraussichtliche Entwicklung

Der Jahresabschluss 2014 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 wurden von der BPG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Münster geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die BPG stellte fest: „Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Der Vorstand rechnet für das Geschäftsjahr 2015 auf der Grundlage des genehmigten Haushaltsplanes mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Spenden für Katastrophenhilfe und Hilfsmaßnahmen im Ausland

Katastrophenhilfe

Im Vergleich zum Vorjahr gab es 2014 keine großen Naturkatastrophen, wie z. B. den Taifun auf den Philippinen oder die Flutkatastrophe in Mitteleuropa. Das führte zu einem Rückgang der Spenden im Bereich der Katastrophenhilfe.

Nennenswerte Spendeneingänge waren 2014 für die Opfer des IS-Terrors im Irak zu verzeichnen. Diese Spenden wurden ohne Abzug an Caritas international, das katholische Hilfswerk für Not- und Katastrophenhilfe, weitergeleitet. Im Irak sind nach Angaben der UN aufgrund des IS-Terrors insgesamt 2,2 Millionen Menschen – darunter v. a. Christen, Jesiden und muslimische Schiiten – aus ihrer Heimat vertrieben worden. Caritas international leistet gemeinsam mit den Partnern vor Ort Nothilfe und unterstützt die Menschen mit Bekleidung, Nahrungsmitteln und Medikamenten.

Kaliningrad

Der Diözesan-Caritasverband Paderborn hat 2014 50.000 Euro für die Sanierung des Caritas-Kinderheimes in der russischen Exklave Kaliningrad, dem früheren Königsberg, bereitgestellt. Mit dieser finanziellen Unterstützung konnte das durch einen Brand im Dezember 2013 zu großen Teilen zerstörte Kinderheim wiederhergestellt werden. Weitere Spenden dienen der Mitfinanzierung der laufenden Betriebskosten. Die vor rund 20 Jahren errichtete Einrichtung wird gemeinsam von Ordensschwwestern und der Caritas Kaliningrad geführt. Rund 15 Mädchen und Jungen aus schwierigen Familienverhältnissen – darunter auch Straßenkinder – finden in der Einrichtung Platz.

Das Heim ist zwar von den russischen Behörden offiziell anerkannt, erhält aber so gut wie keine öffentlichen Mittel. Seit 1992 unterstützt der Diözesan-Caritasverband Paderborn das Kinderheim mit regelmäßigen Geld- und Sachspenden. Allein in den vergangenen drei Jahren hat der Diözesan-Caritasverband rund 300.000 Euro an Spenden zur Unterstützung des Kinderheimes sowie des benachbarten Sozialzentrums zur Verfügung gestellt.

Gewinn-und-Verlust-Rechnung 2014 (2013)

Erträge

Kirchliche Mittel	76,61 % (75,75 %)	19.465.773 € (17.844.084 €)
Öffentliche Mittel	6,48 % (7,27 %)	1.645.399 € (1.712.085 €)
Sonstige Erträge, u. a. Verbandsbeiträge, ZGAST-Erträge, BFD	16,91 % (16,98 %)	4.297.719 € (4.001.609 €)
	100,00 % (100,00 %)	25.408.891 € (23.557.778 €)

Aufwendungen

Weitergeleitete Mittel in den Verbandsbereich	61,04 % (59,00 %)	15.508.735 € (13.897.899 €)
Diözesan-Geschäftsstelle	38,57 % (40,70 %)	9.801.287 € (9.588.700 €)
Personalaufwendungen	27,71 % (29,29 %)	7.042.239 € (6.901.099 €)
Sachaufwendungen	10,86 % (11,41 %)	2.759.048 € (2.687.601 €)
Zuführung zu Rücklagen	0,39 % (0,30 %)	98.869 € (71.179 €)
	100,00 % (100,00 %)	25.408.891 € (23.557.778 €)

Ukraine

Seit 1996 unterstützt der Diözesan-Caritasverband die Arbeit der römisch-katholischen Caritas in der Ukraine, der „Caritas Spes“. 2014 standen neben den Hilfen für Kinder und Jugendliche die Hilfen für die von den kriegerischen Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine betroffenen Menschen im Mittelpunkt.

In Charkiw, der zweitgrößten Stadt der Ukraine mit 1,5 Millionen Einwohnern im Nordosten des Landes, halten sich aufgrund der geografischen Nähe der Stadt zu den angrenzenden Kriegsgebieten Donezk und Lugansk mehrere Zehntausend Kriegsflüchtlinge auf. Angesichts der großen Not hat der Bischof von Charkiw und langjährige Präsident der römisch-katholischen Caritas in der Ukraine, Bischof Stanislaw Szzyrkoradiuk, direkt neben der Bischofskirche im Stadtzentrum von Charkiw ein Flüchtlingszentrum errichtet. Erzbistum und Diözesan-Caritasverband Paderborn haben den Bau des Zentrums mit insgesamt 50.000 Euro gefördert.

Bereits im Februar 2014 hat der Diözesan-Caritasverband Hilfsmaßnahmen der römisch-katholischen Caritas auf dem Maidan in Kiew mit Spendengeldern unterstützt. Die Caritas versorgte während der Unruhen auf dem Maidan die Menschen mit Medikamenten und Lebensmitteln. Die St.-Alexander-Kirche im Zentrum Kiews wurde zeitweise von der Caritas als Krankenhaus genutzt. Dort wurde ein Operationssaal eingerichtet, in dem zuletzt mehr als 60 Verletzte behandelt wurden.

Weitere Hilfsmaßnahmen

Mit den bei der CaritasBox 2014 erzielten Einnahmen in Höhe von 2.255 Euro unterstützt der Diözesan-Caritasverband Paderborn ein Hospiz in Darlowo (ehemals Rügenwalde) in der polnischen Diözese Köslin-Kolberg. Zwischen den Diözesan-Caritasverbänden Paderborn und Köslin-Kolberg besteht eine Partnerschaft.

Die CaritasBox ist eine gemeinsame Aktion der Caritas in Deutschland und der Intereroh Product Cycle GmbH. In den Sammelboxen der Aktion werden in Unternehmen, Behörden und anderen Einrichtungen leere Tonerkartuschen, Tintenpatronen sowie Handys gesammelt. Die Caritas profitiert von



In der St.-Alexander-Kirche in Kiew hat die ukrainische Caritas Spes ein Krankenhaus eingerichtet. Daneben werden in der Kirche Lebensmittel ausgegeben, und es finden Gottesdienste statt. Foto: Caritas Spes

dem durch die Wiederaufbereitung der Wertstoffe erzielten Erlös.

Spenden ohne Zweckbindung dienen der Förderung unterschiedlicher Hilfsmaßnahmen. So konnten z. B. medizinische Hilfen und unbürokratische Einzelfallhilfen finanziert werden.

Hilfsmaßnahmen der verbandlichen Caritas im Erzbistum Paderborn

Hausmahlungen

Vor allem für die ehrenamtliche Caritasarbeit aber auch für caritative Angebote, die auf andere Weise nicht refinanziert werden

Spenden für Katastrophenhilfe und Hilfsmaßnahmen im Ausland

	2014	2013	2012
Irak	54.343€	–	–
Taifun Haiyan (Philippinen)	11.116€	97.584€	–
Flutkatastrophe (Sachsen/Sachsen-Anhalt/Tschechien)	3.801€	75.587€	–
Kaliningrad (Russland)	91.262€	100.509€	116.520€
Ukraine	36.820€	23.666€	28.618€
Hospiz in Köslin/Polen (CaritasBox)	2.255€	2.692€	3.421€
ohne Zweckbindung	26.754€	40.638€	7.398€



Das nach einem Brand wieder aufgebaute Kinderheim in Mamonowo (Heiligenbeil). In der Einrichtung betreuen Ordensschwestern im Auftrag der Caritas Sozialwaisen und Kinder aus einkommensschwachen Familien, die im ländlichen Umfeld von Kaliningrad unter oft erbärmlichen Bedingungen leben. Foto: Caritas Spes

können, sind die jeweils im Frühjahr und im Advent stattfindenden Haussammlungen von großer Bedeutung. Seit genau 65 Jahren werden die Sommer- und Adventssammlungen gemeinsam von Caritas und Diakonie organisiert. Das senkt die Kosten für die benö-

Restdevisensammlung

Im Rahmen der Restdevisensammlung werden unter dem Motto „Kleine Münzen – große Hilfen“ bistumsweit Urlaubsmünzen und -scheine sowie DM-Restbestände gesammelt. Nach Auszählung und Umtausch des Geldes

Spenden und freie Mittel für Hilfsmaßnahmen der verbandlichen Caritas im Erzbistum Paderborn

	2014	2013	2012
Sommersammlung ¹	682.676 €	765.392 €	779.655 €
Adventssammlung ¹	noch nicht bekannt	1.009.669 €	1.149.338 €
Februar-Kollekte	139.396 €	120.074 €	139.091 €
September-Kollekte	161.787 €	166.740 €	183.101 €
Restdevisensammlung	4.376 €	4.498 €	5.807 €
Lotterie „Helfen und Gewinnen“ ²	9.690 €	10.510 €	11.542 €

¹ Spendeneempfänger: Orts- und Kreis-Caritasverbände sowie Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn

² Pro verkauften Lotterielos verbleiben 40 Cent bei der/dem losverkaufenden Einrichtung/Verband.

tigten Sammlungsmaterialien und verschafft den Sammlungen eine höhere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Das Geld, das bei den Haussammlungen gespendet wird, steht in voller Höhe für die Caritasarbeit vor Ort zur Verfügung. 30 Prozent der Mittel kommen dem jeweiligen Orts- bzw. Kreis-Caritasverband zugute. 70 Prozent stehen für die Aufgaben der Pfarrcaritas zur Verfügung.

Kollekten

Leitmotiv der beiden bistumsweiten Caritas-Kollekten im Februar und im September 2014 war das Caritas-Jahresthema „Weit weg ist näher, als du denkst“. 50 Prozent der gespendeten Mittel verbleiben für die caritative Arbeit vor Ort, die anderen 50 Prozent stehen dem Caritasverband für das Erzbistum Paderborn für diözesanweite Aufgaben zur Verfügung.

ergab sich im Geschäftsjahr 2014 ein Erlös in Höhe von 4.376 Euro. Die Spenden kommen dem Ferienhilfswerk der Caritas zugute. Das Kinder-Ferienhilfswerk ermöglicht Kindern aus sozialen Brennpunkten, aus Großfamilien, von Alleinerziehenden oder aus Familien mit finanziellen Schwierigkeiten die Teilnahme an einer Ferienfreizeit.



Dr. Dirk
Lenschen

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-227
d.lenschen@caritas-paderborn.de

CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn

Zehn Jahre CaritasStiftung

Die CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn konnte 2014 das Jubiläum ihres zehnjährigen Bestehens begehen. Seit ihrer Gründung hat die Stiftung insgesamt 89 sozial-caritative Projekte im Erzbistum Paderborn gefördert. Zu diesem Zweck hat die Stiftung genau 333.107 Euro aus Zinserträgen zur Verfügung gestellt, davon mehr als 154.000 Euro für Projekte, die Kindern, Jugendlichen und Familien zugutekamen, rund 106.000 Euro für Menschen in Not und etwa 72.000 Euro für Projekte zur Unterstützung von alten und kranken Menschen sowie Menschen mit Behinderung. Darüber hinaus wurden weitere 87.135 Euro von den acht Treuhandstiftungen ausgeschüttet, die von der CaritasStiftung verwaltet werden. Ermöglicht haben das zahlreiche Förderer und Stifter, mit deren Unterstützung das Startkapital der CaritasStiftung von anfangs 350.000 Euro auf etwas über vier Millionen Euro (inklusive Treuhandstiftungen) angewachsen ist.

Unterstützung sozialer Projekte

Im Jahr 2014 wurden durch den Stiftungsvorstand insgesamt 24.340 Euro (ohne Treuhandstiftungen) zur Förderung sozialer Projekte zur Verfügung gestellt.

Beispiele geförderter Projekte

- Mit 4.000 Euro hat die CaritasStiftung den Aufbau eines Dolmetscherpools für Menschen mit Migrationshintergrund beim Caritasverband Paderborn unterstützt. Die auf Honorarbasis tätigen Dolmetscher begleiten Zuwanderer, Flüchtlinge und Menschen mit geringen Deutschkenntnissen vor allem bei Behördengängen oder Arztbesuchen. 45 verschiedene Sprachen werden aktuell abgedeckt. Mit Hilfe des Zuschusses durch die Stiftung können die rund 40 Dolmetscher qualifiziert und während ihres Dienstes fachlich begleitet werden.
- Die Caritas-Konferenz St. Maria Salome in Höxter-Ovenhausen hat im ehemaligen Pfarrhaus des Dorfes eine Klönstube eingerichtet. Das von den Ehrenamtlichen betriebene Café soll sich nach und nach zu einem neuen Treffpunkt in dem rund 1.000 Einwohner zählenden Ort entwickeln. Neben einem Seniorentreff gibt es verschiedene kulturelle Angebote wie Lesungen oder



Erzbischof Hans-Josef Becker (2. von rechts), Prälat Dr. Marian Subocz (Präsident Caritas Polen, Mitte) und Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig (links) gratulierten den Preisträgern aus Porta Westfalica, Herne und Iserlohn. Foto: Jonas

Kinoabende. Die Einrichtung der Klönstube wurde von der CaritasStiftung mit 1.450 Euro gefördert.

- Ehrenamtliche in den Bahnhofsmissionen leisten einen unverzichtbaren Dienst. Sie sind für Menschen da, die auf Hilfe angewiesen sind, so z. B. Senioren, Menschen mit Behinderung oder auch Wohnungslose. Damit die Ehrenamtlichen ausreichend auf ihre anspruchsvolle Tätigkeit vorbereitet werden können, hat die CaritasStiftung 1.500 Euro für entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Pauline-von-Mallinckrodt-Preis

Der Pauline-von-Mallinckrodt-Preis ging 2014 erstmals an drei Projekte. Den ersten,

mit 2.500 Euro dotierten Preis erhielt das Partnerschaftsprojekt des Pastoralverbundes Weserbogen in Porta Westfalica mit der Pfarrgemeinde St. Dominique Ruli in Ruanda. Mit dem zweiten Preis (1.500 Euro) wurde die Vinzenz-Konferenz St. Marien Eickel in Herne für ihre Hilfe für Roma in Ungarn ausgezeichnet. Der dritte Preis (1.000 Euro) ging an das Kenia-Team der Caritas-Konferenz in der Pfarrgemeinde St. Aloysius, Iserlohn, für die seit 1987 existierende Partnerschaft mit dem Kibagare Good News Centre in Kenia.

Erzbischof Hans-Josef Becker überreichte die Preise im Rahmen des Caritas-Tages in der Libori-Festwoche. Eine unabhängige Jury hatte die Preisträger aus insgesamt zehn vorgeschlagenen Projekten ausgewählt.

Das Leitmotiv der Preisverleihung 2014 war gleichlautend mit der Jahreskampagne der deutschen Caritas „Weit weg ist näher, als du denkst“.



Dr. Dirk
Lenschen

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-227
d.lenschen@caritas-paderborn.de

Die geförderten Projekte im Überblick

Empfänger	Projekt	Fördersumme
Caritas-Konferenz St. Maria Salome Höxter-Ovenhausen	Finanzierung einer Küchenzeile in der „Klönstube“	1.450,00 €
CV Iserlohn	Aufbau des ambulanten Kinder- und Familienhospizdienstes „Zeitgeschenk“	2.000,00 €
SKM Lippstadt	Mitfinanzierung einer Delphintherapie für Menschen mit psychischer Behinderung	1.000,00 €
Caritas-Altenhilfe Dortmund	Errichtung eines Parks der Begegnung in einem Altenzentrum	3.000,00 €
Ageritas gGmbH Hagen	Anschaffung eines Kombidämpfers für einen Integrationsbetrieb	5.000,00 €
IN VIA Paderborn e. V.	Grundkurs Bahnhofsmission	1.500,00 €
CV Paderborn	Aufbau eines Dolmetscherpools	4.000,00 €
CV Paderborn	Möbel für ambulant betreute Seniorengemeinschaft	1 958,67 €
St. Vincenz Jugendhilfe-Zentrum Hamm	Pilgerreise Jakobsweg	4.431,00 €

Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn e. V.

Caritas-Jahreskampagne 2014

Die Caritas-Jahreskampagnen haben traditionell eine große Bedeutung für die Caritas-Konferenzen. Sie sind Impulsgeber, bieten neue Zugänge zu Themenfeldern, die oft im caritativen Alltag präsent sind, aber so noch einmal neu „befeuert“ werden können.

Allerdings werden die Jahreskampagnen auch als Belastung erlebt, denn neben der zusätzlichen Arbeit ist der jährliche Rhythmus der Kampagnen zu kurz, um die Themen auf die Gemeindeebene runterzutransportieren und intensiv zu bearbeiten.

Der CKD-Diözesanverband hat sich deshalb entschlossen, bei der Jahreskampagne 2014 „Weit weg ist näher, als du denkst“ an bestehende Aktivitäten anzuknüpfen und die Vorgaben aus Freiburg weitgehend außen vor zu lassen.

Welche Schwerpunkte haben wir gesetzt? Die Kontakte mit unserem internationalen Verband, der AIC – Association Internationale des Charités – haben wir intensiviert. Beim Frühjahrs-Diözesanrat waren zu Gast: Laurence de la Brosse (Präsidentin der AIC) sowie Tayde de Callataÿ (Geschäftsführerin des AIC-Büros Brüssel) und Christa Fölting (deutsche AIC-Beauftragte aus Mülheim). Sie stellten die Arbeit der AIC vor und legten dabei einen Schwerpunkt auf Lateinamerika, die Partnerregion der Caritas-Konferenzen Deutschlands. Es waren eindrucksvolle und lebhaft Begegnungen. Spürbar wurde, dass wir weltweit im gleichen Geist ehrenamtlich engagiert sind.

Durch diese Begegnungen ist es gelungen, das Verständnis für das internationale Ehrenamts-Netzwerk neu zu beleben. Interesse für sogenannte Twinings – eine Form der zeitlich befristeten Partnerschaften zwischen CKD-Gruppen im Erzbistum Paderborn und AIC-Gruppen weltweit – ist geweckt worden.

Im Rahmen des Liborifestes stellten wir die Arbeit der AIC vor. Für ein konkretes Projekt der AIC Mexiko wurden Spenden gesammelt: Ehrenamtliche unterstützen hier Mütter und ihre Kinder, damit diese ihre Kinder und sich selbst gesund ernähren können. Für den Zeitraum von drei Monaten werden jeweils 20 schlecht ernährte Kinder und deren Mütter mit Ehrenamtlichen gemeinsam kochen und essen, verbunden mit einer Ernährungsberatung für die Mütter.

Die Aktion „Eine Tasse Kaffee, die zweimal guttut“ wurde intensiviert. Über diese Spendenaktion sind im letzten Jahr mehr als 2.600 Euro zusammengekommen, was das Engagement unserer ehrenamtlichen CKD-Schwestern in Lateinamerika stärkt.

Als weiterer Aspekt der Jahreskampagne wurde der Aspekt „ressourcenschonendes Handeln“ aufgegriffen und mit der Aktion „Faire Gemeinde“, die gemeinsam vom Erzbistum, von dem Diözesankomitee und dem BDKJ durchgeführt wird, vernetzt. Auf dem Diözesanrat stellte eine Referentin das Projekt vor, und viele Regionalverbände fassten sich anschließend weiter damit. Das zeigte dann unmittelbare Konsequenzen: Örtliche CKD-Gruppen schenken jetzt fairen Kaffee bei Seniorenrunden aus und achten z. B. auch darauf, dass die oft überreichte „Elisabeth-Rose“ fair gehandelt ist.

Die Jahreskampagne wurde dann im vergangenen Jahr durch die aktuelle Entwicklung im Bereich der Flüchtlingsthematik spürbare Wirklichkeit auch in unserem Bistum. Viele CKD-Gruppen sind schnell in die praktische Unterstützung vor Ort eingestiegen und engagieren sich auf vielfältige Weise: herzlich, schnell und unkompliziert – eben im Sinne des neuen Slogans: CKD – Ehrenamtliche Hilfe vor Ort.

Evangelii gaudium

„Die Freude des Evangeliums erfüllt das Herz und das gesamte Leben derer, die Jesus begegnen“ – so beginnt das Apostolische Schreiben „Evangelii gaudium“, mit dem Papst Franziskus seine Sicht auf Pastoral und Spiritualität deutlich macht. In einer kraftvollen und einfachen Sprache fordert er die ganze Kirche, also auch uns, zu einer neuen missionarischen Dynamik auf. So fordert er

- die Begegnung der Kirche mit den Armen, und zwar auf Augenhöhe und mit offenen Türen,
- den Blick von unten auf die Menschen am Rande der Existenz und
- beschreibt das Bild einer „verbeulten Kirche, die verletzt und beschmutzt ist“, weil sie auf die Straße hinausgegangen ist.

Das Apostolische Schreiben ist also gerade für Caritas-Konferenzen eine Herausforderung! Konrad Nagel-Strotmann, Diplom-Theologe und ehrenamtlicher KAB-Bzirksvorsitzender, brachte uns auf dem Diözesanrat im Herbst den Text nahe. Verknüpfen konnten wir die Aussagen des Papsstes mit unserem „Alltagsgeschäft“. Deutlich wurde, dass die ehrenamtliche Hilfe vor Ort aber auch begleitet werden muss durch den sozialpolitischen Einsatz für Gerechtigkeit und damit für armutssichere Strukturen.



Präsentieren das neue Projekt „Armutskundschafter“ (von links): Annette Rieger, Diözesan-Geschäftsführerin der Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn, und Projektreferentin Kathrin Jäger. Foto: Sauer

CKD-Armutskundschafter

Das CKD-Projekt „Armutskundschafter“ qualifiziert und begleitet ehrenamtliche Mitarbeiter, Kundschafter für soziale Notlagen zu sein. „Kirche an den Rändern der Gesellschaft sein“ – diese von Papst Franziskus benannte Herausforderung ist Auftrag und Selbstverständnis der Caritas-Konferenzen. Unter dem Leitwort „Not sehen und handeln – weiter sehen und weiter gehen!“ vermittelt das Projekt „Armutskundschafter“ Methoden der Sozialraumanalyse zur Wahrnehmung von Armut in den neuen Pastoralen Räumen sowie zur (Weiter-)Entwicklung von Angeboten und Armutsbegegnungsformen in der CKD. Das Angebot richtet sich insbesondere an CKD-Gruppen in den Pastoralen Räumen und ist damit auch ein praktischer Beitrag der CKD zur diakonischen Ausrichtung der Pastoralen Räume im Sinne des Zukunftsbildes.



Aus Erlösen der CKD-Aktion „Eine Tasse Kaffee, die zweimal guttut“ und Kollektengeldern übergaben die Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn im Rahmen des Frühjahrs-Diözesanrates 2014 eine Spende an den internationalen Dachverband AIC (von links): Christa Fölting (Mülheim, deutsche Vertretung im AIC-Präsidium), Tayde de Callataÿ (AIC International, Belgien), Laurence de la Brosse (Präsidentin der AIC International, Paris), Margarete Klisch (CKD-Diözesanvorsitzende) und Annette Rieger (CKD-Geschäftsführerin). Foto: CKD

Berufungen erkennen und Charismen stärken

Die im Zukunftsbild beschriebene Berufung aller Menschen und die Förderung der Charismenorientierung bestärken uns in unserer Idee, die Fähigkeiten und Begabungen von CKD-Ehrenamtlichen zur Weiterentwicklung des Verbandes einzusetzen. Wir entwickeln verschiedene Konzepte, um Berufungen zu fördern und Ehrenamtliche mit neuen Aufgaben zu betrauen.

So konnte die Qualifizierung von Ehrenamtlichen der CKD zu Spirituellen Wegbegleitern durch einen weiteren Ausbildungskurs ausgebaut werden. Ziel ist es, den CKD-Gruppen durch qualifizierte Ehrenamtliche eine kontinuierliche geistliche Begleitung und Durchdringung ihres Engagements zu bieten. Aufgrund der größeren Pastoralen Räume kann dies durch die satzungsgemäßen Geistlichen Begleiter, die in der Regel Hauptamtliche des Pastoralteams sind, nicht mehr regelmäßig geleistet werden. Ein erster Praxistag hat sehr positive Rückmeldungen ergeben.

Auch unser Mentoren-Konzept „RuT – Mit Rat und Tat“ befähigt engagierte Ehrenamtliche des Verbandes, CKD-Vorstände eine befristete Zeit zu begleiten, um sie zu stärken und sie bei einer Neuausrichtung zu unterstützen. Im vergangenen Jahr konnten



Das Netzwerk von Ehrenamtlichen

vier CKD-Gruppen langfristig begleitet werden. Der Pool der Mentoren muss jetzt weiter ausgebaut werden.

Verbandliches Alltagsgeschäft – auch wichtig!

Die Umsetzung der Präventionsordnung beschäftigt uns nun schon seit einigen Jahren, und es gab große Unruhe im Verband, weil lange unklar war, wer, wie und in welchem Umfang geschult werden muss. Jetzt haben zwei CKD-Referentinnen an der vom Erzbistum konzeptionierten Schulung teilgenommen und sind zertifiziert, die Schulungen „Hinschauen und Schützen – Prävention gegen sexualisierte Gewalt“ durchzuführen. Es

haben bereits acht Grundschulungen (à drei Stunden) und eine Basisschulung (à sechs Stunden) stattgefunden.

Das Thema Öffentlichkeitsarbeit beschäftigt uns fortlaufend. Nach einer erneuten Logo-Diskussion hat sich der Diözesanverband für die Beibehaltung des Logos entschieden. Allerdings soll als Erläuterung des Kürzels „CKD“ der Slogan: „CKD – Ehrenamtliche Hilfe vor Ort“ besser verdeutlichen, was unseren Verband ausmacht.

Um ein einheitliches Auftreten zu ermöglichen, wurden verschiedene Standkonzepte entwickelt und vorgestellt, deren Herstellung für das Jahr 2015 vorgesehen ist.



Margarete Klisch
(CKD-Diözesanvorsitzende)

Annette Rieger
(Geschäftsführerin)

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-281
a.rieger@caritas-paderborn.de

IN VIA Diözesanverband Paderborn für Mädchen- und Frauensozialarbeit e. V.



Deutsch-Sprachkurse

Die Sorge um die Mädchen und jungen Frauen, die aus den ländlichen Gebieten in die Industriestädte kamen, um sich dort eine Existenz für ihr Leben aufzubauen, bewegte im Übergang vom 19. in das 20. Jahrhundert katholische Frauen aus dem Bürgertum. Sie gründeten den Katholischen Mädchenschutz, die erste Bezeichnung für den heutigen IN-VIA-Verband, um ein ehrenamtliches Netz von Hilfen zur Beratung und Begleitung aufzubauen. Heute engagieren sich im Erzbistum Paderborn haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter in den unterschiedlichen Angeboten von IN VIA, in denen Menschen – insbesondere junge Frauen – aus anderen Herkunftsländern ausdrücklich dazugehören sollen.

Die aus einer Notlage nach Deutschland kommenden Menschen benötigen vielfältige Hilfen zur Bewältigung ihrer extrem großen Leidenssituation. Daraus greift IN VIA die Sprachqualifizierung auf. Um sich bei uns zurechtzufinden und damit wir sie verstehen können, sollte jede Frau und jeder Mann, die aus einer Notsituation in unser Land kommen, sehr bald einen Deutsch-Sprachkurs als Basisbefähigung besuchen können.

Sprachliche Kompetenz ist darüber hinaus auch die wichtigste Voraussetzung für die Integration in die Gesellschaft. Die Palette der Deutsch-Sprachkurse reicht von niederschweligen Anforderungsprofilen bis hin zu anerkannten Sprachabschlüssen in Verbindung mit einer ersten beruflichen Qualifikation.

Die Teilnehmenden in den Deutsch-Sprachkursen von IN VIA lernen die Grundlagen der deutschen Sprache in Wort und Schrift kennen. Sie erlangen sprachliche Sicherheit im Umgang mit alltäglichen Situationen in Schule, Ausbildung, Beruf und Familie, beim Aufbau sozialer Kontakte und bei Behördengängen.

Eingeladen sind Jugendliche, Frauen und Männer ausländischer Herkunft,

- die vor Kurzem nach Deutschland gekommen sind oder schon längere Zeit hier leben,
- die den Wunsch haben, die deutsche Sprache zu erlernen oder zu verbessern,
- die ihre Kinder bei der Integration besser unterstützen wollen

Deutsch-Sprachkurse in den IN-VIA-Verbänden im Erzbistum Paderborn im Jahr 2014

Bezeichnung des Kurses	Veranstaltungsort	Teiln.	Förderung durch	Anmerkungen
IN VIA Paderborn e. V.				
Sprachkurse Deutsch für Anfänger/-innen und Fortsetzungskurse, 2 x pro Woche jeweils 2 Ustd.	Paderborn, Bahnhofstraße	133	Landesmittel Ustd. + Sondermittel	Offen für alle Teilnehmer, u. a. Asylbewerber und Personen aus europäischen Ländern, wie Polen, Lettland, Ungarn ...
Sprachkurs für Frauen mit Kinderbetreuung	Paderborn, Familienzentrum Mistelweg	24	Landesmittel Ustd., Kinderbetreuung über Sondermittel, Landesmittel für Familienzentren	
Sprachkurs für Frauen mit Kinderbetreuung	Paderborn-Schloß Neuhaus Familienzentrum	28	Landesmittel Ustd., Kinderbetreuung über Sondermittel und/oder Landesmittel für Familienzentren	
BAMF: Integrationskurse	Paderborn, Bahnhofstraße	84	BAMF: Bundesmittel und teilweise Eigenanteil der Teilnehmer (ohne Leistungsbezug) von 120,00 €/Modul	Für Teilnehmer mit Aufenthaltserlaubnis u. Personen aus europäischen Ländern
ESF/BAMF: Berufsbezogene Deutschkurse Beruf und Sprache – drei Teilzeitkurse für arbeitslose Migrantinnen und Migranten	Paderborn, Bahnhofstraße	71	ESF-Bundesmittel, koordiniert über das BAMF, 50 % kofinanziert durch ALG-II-Mittel der Teilnehmenden	Offen für Teilnehmer/-innen aus dem Kreis Paderborn, Aufnahme nur in Abstimmung mit Jobcenter und/oder Agentur für Arbeit, in wenigen Ausnahmen Aufnahme von Asylsuchenden aus Bleiberechtsprogrammen
ESF/BAMF: Berufsbezogene Deutschkurse Beruf und Sprache – Beschäftigtenkurse (Ärzte und Beschäftigte der Britischen Armee)	Inhouseschulung St.-Josefs-Hospital Bad Driburg bzw. Inhouseschulung Briten-Kaserne Elsener Straße, Paderborn	24	ESF-Bundesmittel, koordiniert über das BAMF, 50 % kofinanziert durch Freistellungskosten der Teilnehmenden	Arbeitgeber stellt Teilnehmer für die Kursteilnahme von der Beschäftigung frei
Ohne öffentliche Förderung: Berufsbezogene Deutschkurse für Beschäftigte im Auftrag von Arbeitgebern	Inhouseschulungen i. d. R. in den Räumlichkeiten der Arbeitgeber	42	Finanzierung durch den Arbeitgeber	
PPP Pamplona	Paderborn, Bahnhofstraße	26	Bundesmittel über das Förderprogramm MobiPro-EU	Individuelle Antragstellung des arbeitslosen Jugendlichen aus dem europäischen Ausland

Deutsch-Sprachkurse in den IN-VIA-Verbänden im Erzbistum Paderborn im Jahr 2014

Bezeichnung des Kurses	Veranstaltungsort	Teiln.	Förd. durch
IN VIA Unna e. V.			
Basiskurs Deutsch A	Unna in Kooperation mit Familienzentrum	14	Land NRW
Basiskurs Deutsch A, für Männer und Frauen	Unna	20	Land NRW
Basiskurs Deutsch F, für Männer und Frauen	Unna in Kooperation mit Familienzentrum	15	Land NRW
Basiskurs Deutsch F, für Männer und Frauen	Unna	16	Land NRW
Deutsch für Mütter und Großmütter, mit Kinderbetreuung	Fröndenberg in Koop. mit Familienzentrum	7	Land NRW
Deutsch-Konversation im Alltag, Aufbaukurs	Unna	7	Land NRW
Deutsch-Konversation im Alltag, Aufbaukurs	Unna	9	Land NRW
Deutsch- u. Alphabetisierungskurs für Frauen, mit Kinderb., ehrenamtl.	Unna-Königsborn	10	Land NRW
Deutsch- u. Alphabet.-Kurs für Migrantinnen, mit Kinderbetr., ehrenamtl.	Unna-Königsborn	9	Land NRW
Deutsch- u. Alphabetisierungskurs für Frauen, Unterst. durch Ehrenamt	Holzwickede	9	Land NRW
Deutsch- u. Alphabet.-Kurs für Migrantinnen, Unterst. durch Ehrenamt	Holzwickede	10	Land NRW
Deutschkurs für Eltern und Großeltern	Unna-Königsborn in Koop. mit Familienzentrum	9	Land NRW
Deutschkurs im Familienzentrum	Fröndenberg in Koop. mit Familienzentrum	12	Land NRW
Deutschsprachkurs für Eltern und Großeltern	Unna-Königsborn in Koop. mit Familienzentrum	10	Land NRW
Deutschkurs für Frauen, Unterstützung durch Ehrenamt	Holzwickede	6	Land NRW
Deutschkurs für Migrantinnen, Unterstützung durch Ehrenamt	Holzwickede	9	Land NRW
Deutschkurs für Frauen, mit Kinderbetreuung, ehrenamtlich	Unna-Königsborn	9	Land NRW
Deutschkurs für Migrantinnen, mit Kinderbetreuung, ehrenamtlich	Unna-Königsborn	10	Land NRW
Deutschsprachkurs für Eltern, mit Kinderbetreuung	Fröndenberg in Koop. mit Familienzentrum	13	Land NRW
Deutschsprachkurs im Familienzentrum, mit Kinderbetreuung	Fröndenberg in Koop. mit Familienzentrum	10	Land NRW
Fit in Deutsch, fit im Beruf, A2-B2, Aufbaukurs, tägl. 5 Ustd.	Unna	15	EU + NRW
Grundkurs Deutsch für Frauen A	Unna in Kooperation mit Familienzentrum	20	Land NRW
Grundkurs Deutsch für Frauen F	Unna in Kooperation mit Familienzentrum	20	Land NRW
Grundkurs Deutsch für Migrantinnen	Unna in Kooperation mit Familienzentrum	10	Land NRW
Grundkurs Deutsch für Migrantinnen	Unna in Kooperation mit Familienzentrum	12	Land NRW
Integrationskurs 31 bis B1, 3 I-Kurse parallel fortlaufend	Unna	19	BAMF
Integrationskurs 29 bis B1, 3 I-Kurse parallel fortlaufend	Unna-Königsborn	19	BAMF
Integrationskurs 30 bis B1, 3 I-Kurse parallel fortlaufend	Unna	19	BAMF
Integrationskurs 32 bis B1, 3 I-Kurse parallel fortlaufend	Unna-Königsborn	19	BAMF
Integrationskurs 33 bis B1, 3 I-Kurse parallel fortlaufend	Unna	19	BAMF
Integrationskurs 34 bis B1, 3 I-Kurse parallel fortlaufend	Unna	19	BAMF
Integrationskurs 35 bis B1, 3 I-Kurse parallel fortlaufend	Unna-Königsborn	19	BAMF

Bezeichnung des Kurses	Kurse u. Veranstaltungsort	Teilnehmer	Förderung durch
IN VIA Herford e. V.			
Sprachkurs für Asylbewerber mit Alphabetisierung	5 Kurse in Herford	87	Förderung nach WbG, Sondermittel, Spenden, kommunale Zuschüsse
Sprachkurs für Asylbewerber / für Anfänger	7 Kurse in Herford + Bünde	112	
Sprachkurs für Asylbewerber / für Fortgeschrittene	4 Kurse in Herford + Bünde	59	
IN VIA Olpe e. V.			
Deutsch-Sprachkurse für Anfänger und Fortgeschrittene, durchschnittlich 10 Vor- oder Nachmittage x 2 Ustd. = 20 Ustd.	18 Kurse in Olpe	226	Landesmittel, Unterstützung Caritas-Konferenzen, Teilnehmerbeiträge
	1 Kurs in Lennestadt	10	
	7 Kurse in Attendorn	76	
	2 Kurse in Finnentrop	36	
Deutsch-Sprachkurse speziell für Asylbewerber und mit dem Schwerpunkt Alphabetisierung, mit ehrenamtlich tätigen Kursleitungen	8 Kurse in Olpe	135	

■ und die ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und zur Beteiligung an gesellschaftlichen Angeboten verbessern wollen.

Durch eine christlich motivierte und aktiv gelebte Willkommenskultur in den Kursen wollen die Mitarbeiter von IN VIA erlebbar übermitteln, dass Vorbehalte gegenüber fremden Ansichten, Religionen und Verhaltensweisen kein Anlass für Feindseligkeiten

sein dürfen. Auch wenn dies nur ein winziger Schritt sein kann, ist damit doch der Herzenswunsch verbunden, dass Versöhnung und Frieden möglich sind.

Die Kurse werden von den örtlichen IN-VIA-Verbänden durchgeführt und dort bei der Förderung mit Weiterbildungsmitteln des Landes Nordrhein-Westfalen durch die anerkannte Weiterbildungseinrichtung IN VIA Bildungswerk.



Erika Vogdt
(Vorstand)

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-284
vogdt@inviadiv-paderborn.de

Kreuzbund Diözesanverband Paderborn e. V.



Wer wir sind

Viele von uns kennen das: Es gibt immer gute Gründe, warum es gerade jetzt nicht geht. Wer sich auf den Weg macht, bekommt jede Hilfe, aber erst wenn er losgegangen ist.

Die Zahl der Suchtkranken in Deutschland ist unverändert hoch. Studien zeigen, dass das vorhandene Hilfesystem nur fünf bis zehn Prozent der Suchtkranken erreicht.

Der Kreuzbund ist eine Selbsthilfe- und Helfergemeinschaft für Suchtkranke und Angehörige und ein Fachverband der Caritas. Er ist ausgerichtet nach den Grundsät-



Otto Fehr, Vorsitzender des Kreuzbundes im Erzbistum Paderborn, hieß Barbara Schirm als Geistliche Beirätin willkommen. Foto: Kreuzbund

zen der christlich-menschlichen Nächstenliebe. Allein im Erzbistum Paderborn gibt es 86 Gruppen und 23 Gesprächskreise. Die Selbsthilfe ist in ihrer ehrenamtlichen Funktion ein Angebot für alle Mitglieder unserer Gesellschaft. In unserem Gesundheitswesen ist sie ein unverzichtbares Element.

Geistliche Beirätin für den Kreuzbund-Diözesanverband Paderborn

Mit Schreiben vom 23. Juli 2014 hat Erzbischof Hans-Josef Becker Barbara Schirm zur Geistlichen Beirätin des Kreuzbund-Diözesanverbandes Paderborn ernannt. Erstmals wurde damit eine Frau für die geistliche Begleitung eines Fachverbandes der Caritas im Erzbistum Paderborn berufen. Barbara Schirm ist als Gemeindefereferentin im Pastoralverbund Schmallenberg-Eslohe tätig. Sie gehört allen Gremien als beratendes Mitglied an.

Teilnahme am Katholikentag

Ein Höhepunkt der Selbsthilfearbeit war die Teilnahme am 99. Deutschen Katholikentag in Regensburg. „Mit Christus Brücken bauen“ lautete das Motto vom 28. Mai bis 1. Juni 2014.

Auf Einladung des Deutschen Caritasverbandes nahmen vom Kreuzbund-DV Paderborn Christa Gattwinkel, Otto Fehr, Mechtild Nolte und Bertold Neidert teil, um die „Smily Kids“ vorzustellen.

Das Treffen war von großer Toleranz und großer Neugier aufeinander geprägt.

An über 240 Ständen unter freiem Himmel präsentierten sich viele Gruppen der katholischen Kirche in der Innenstadt von Regensburg. Der Kreuzbund-DV Paderborn war in das Caritas-Dorf auf dem Neupfarrplatz eingeladen, um die Smily-Kids auf der Caritas-Bühne vorzustellen.

Nach dem einleitenden Filmbericht über die Arbeit mit den Kindern aus suchtbelasteten Familien standen Christa Gattwinkel und Otto Fehr für alle Fragen rund um den Kreuzbund und die Smily-Kids zu Verfügung.

Fachtagung „Agenda 2020 – Vision Kreuzbund“

Die Fachtagung des Kreuzbundes stand unter dem Motto: „Agenda 2020 – Vision Kreuz-

bund“. Dabei ging es auch um den Generationenwechsel und um Generationskonflikte in Selbsthilfegruppen.

Einige Stichpunkte aus dem Referat von Andreas Greiwe:

- Aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen
- Was bewegt die Selbsthilfe? – Und damit auch den Kreuzbund?
- Der anstehende Generationswechsel gefährdet unsere Existenz
- Überlastete Gruppenleiter

These:

Je stärker die Ausrichtung der Gruppe als Dienstleister und (damit) je gewichtiger die Rolle der Gruppenleitung, umso größer ist die Gefahr der Marginalisierung der Gruppenarbeit und des täglichen Miteinanders in der Gruppe.

- Was macht Selbsthilfe aus?
- Was ist das Originäre der Selbsthilfe?
- Und wann ist dies gefährdet?
- Und für den Kreuzbund: Was macht uns „besonders“?
- Ist Selbsthilfe nicht attraktiv (genug) für Junge?
- Die Verbände und Selbsthilfegruppen müssen umdenken, um attraktiver für junge Menschen zu sein.



Otto Fehr und Christa Gattwinkel (von rechts) stellten den Kreuzbund und die „Smily Kids“ beim Katholikentag in Regensburg vor. Foto: Kreuzbund

Demografischer Wandel und Selbsthilfe: Gefährdungen, Herausforderungen (1)

Von besonderer Relevanz:

- Steigender Anteil älterer Menschen
- Steigender Pflegebedarf / abnehmendes Betreuungspotenzial
- Wandel in eine interkulturelle Gesellschaft („Migration“)
- (In bestimmten Regionen) Bevölkerungsrückgang, Abwanderungen
- Gefahr, überfordert zu werden

Demografischer Wandel und Selbsthilfe: Gefährdungen, Herausforderungen (2)

- Die „Mobilitäts-Anforderungen“ der modernen Gesellschaft erschweren nachhaltiges Selbsthilfeengagement, gerade bei jüngeren Menschen.
- Selbsthilfekonzepte, die über Gruppen angeboten werden und das Reden als hilfreich bezeichnen, haben es „auf dem Lande“ (immer) noch schwer(er).

Generationswechsel ist mehr als Nachfolge ermöglichen!

Eine Beschäftigung mit dem Thema bietet der Selbsthilfegruppe/-organisation die Chance, ihr Selbstverständnis neu zu definieren (ggf. sich abgrenzen gegenüber Erwartungen Dritter), das Miteinander zu belegen, die Mitglieder bzw. die Mitgliedsgruppen stärker an sich zu binden und zu aktivieren, attraktiver für Außenstehende – gerade auch für jüngere Betroffene – zu sein.

Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen

Haupt- und Ehrenamtliche sind keine Konkurrenz zueinander. Vielmehr wollen Sucht-Selbsthilfe und Suchthilfe verstärkt zusammenarbeiten. Das wurde bei einem Workshop unter dem Titel „Sucht-Selbsthilfe trifft Suchthilfe“ deutlich. Die gemeinsamen Ziele der beruflichen Suchthilfe und der Sucht-Selbsthilfe werden durch gut abgestimmte und ineinandergreifende Zusammenarbeit optimiert. Das war das Ergebnis eines Workshops am 8. Oktober 2014 in der Kommende in Dortmund-Brackel. Eingeladen hatte der Kreuzbund-Diözesanverband Paderborn die Sucht-Selbsthilfe (Kreuzbund) und die Suchthilfe (Caritas) sowie die fünf Kreuzbund-Diözesanverbände in NRW.



Diskutierten eine verbesserte Zusammenarbeit von professioneller Suchtberatung mit der Sucht-Selbsthilfe (von links): Marianne Holthaus, Dr. Michael Tremmel (beide Kreuzbund-Bundesverband), Dr. Daniela Ruf (Deutscher Caritasverband), Winfried Kersting (Diözesan-Caritasverband Paderborn) sowie vom Kreuzbund-Diözesanverband Otto Fehr (Vorsitzender), Mechthild Nolte (2. stellv. Vorsitzende), Egon Lepach (Geschäftsführer) und Franz-Josef Brinkmann (1. stellv. Vorsitzender). Foto: Neidert

Der Kreuzbund und der Deutsche Caritasverband haben in den zurückliegenden Jahren intensiv zu Fragen einer verbesserten Kooperation gearbeitet. Von diesen Prozessen profitieren nun die berufliche Suchthilfe und die Sucht-Selbsthilfe des Kreuzbundes in den Diözesen. „Berufliche Suchthilfe und Sucht-Selbsthilfe sind beide wichtige eigenständige Hilfeansätze mit jeweils eigenen Angeboten, Kompetenzen und Stärken. Sie können sich daher gegenseitig nicht ersetzen und sind keine Konkurrenz, sondern sie ergänzen sich gut und können gemeinsam mehr erreichen in Bezug auf das gemeinsame Ziel: das Hilfeangebot für Betroffene und Angehörige optimal zu gestalten“, sagte Dr. Daniela Ruf vom Deutschen Caritasverband.

Winfried Kersting vom Diözesan-Caritasverband Paderborn betonte: „Spezifikum von Kreuzbund und Caritas ist, dass sie Teil der katholischen Kirche und mit der Pastoral vernetzt sind.“ „Sucht-Selbsthilfe ist praktische Gesundheitsförderung“, sagte Dr. Michael Tremmel, Suchtreferent des Kreuzbund-Bundesverbandes. „Mit dem Konzept der Gesundheitsförderung steht der professionellen Suchthilfe ein Handlungskonzept zur Verfügung, mit dem sie eine Kooperation mit der Sucht-Selbsthilfe bestens fachlich integrieren kann.“ Fazit: „Wir wollen, wir können, wir

machen“, sagte Otto Fehr, Vorsitzender des Kreuzbund-Diözesanverbandes Paderborn, in seinem Schlusswort.

Ausblicke

- Selbsthilfe ist für viele Menschen die beste Medizin bzw. die beste Lebensversicherung.
- Selbsthilfe ist ein unverzichtbarer Teil der Versorgungsstruktur.
- Selbsthilfe wirkt nachhaltig und über Jahre und Jahrzehnte hinweg.
- Selbsthilfe ist Leben.



Otto Fehr
(Diözesanvorsitzender)

Kontakt und weitere Infos

Kreuzbund-Diözesan-Geschäftsstelle
Telefon 0231 141389
kreuzbund-dv-pb@t-online.de

Die Malteser im Erzbistum Paderborn



Seit 60 Jahren im Erzbistum unterwegs „Bezeugung des Glaubens und Hilfe den Bedürftigen“. Dieser Wahlspruch steht bei den Maltesern seit 60 Jahren über ihrer Arbeit als Fachverband der Caritas. Im vergangenen Jahr wurde in Paderborn Jubiläum gefeiert und an die Gründung im Jahr 1954 gedacht. Neben mehreren Veranstaltungen und Präsentationen zum runden Geburtstag wurde aber auch daran gearbeitet, dieses Leitmotiv weiter zu aktualisieren. „Hilfe den Bedürftigen“, das wird im Jahr 2015 besonders bei der Stärkung der Notfallvorsorge neues Profil gewinnen. Ein Schwerpunkt, auf den die Diözesanleitung der Malteser besonderen Wert legt.

Ein wenig ist es so, als ob die Malteser nach ihrem Jubiläumsjahr direkt zurück zu den Wurzeln kommen. Denn der künftig zu stärkende Katastrophenschutz ist neben der Erste-Hilfe-Ausbildung einer der beiden Grundpfeiler der Malteser-Arbeit. Noch unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges und inmitten des Aufbaus der Bundesrepublik hatte die Bundesregierung den Souveränen Malteser Hospital- und Ritterorden angesprochen, ob er sie bei der Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe sowie in Katastrophenfällen unterstützen könnte. Die Zusage der Malteser führte zur Vorbereitung einer Gründung, die im Oktober 1953 für die ganze Bundesrepublik in Paderborn stattfinden sollte. Eine Erkrankung des damaligen Kardinals Jaeger verhinderte das, gegründet wurde im benachbarten Bistum Münster. In Paderborn wurden dann aber im März 1954, nur ein halbes Jahr später, die Malteser für das Bistum aus der Taufe gehoben.

Die kirchliche Gründung ist bei den Maltesern übrigens bis heute spürbar. Ihnen ist es wichtig, in den einzelnen Gruppen den engen Kontakt zur Kirchengemeinde zu halten und in ihren Diensten durchaus an den Bedürfnissen der Menschen in der Pfarrei orientiert zu sein. Somit sind sie vor Ort nicht nur erster Partner der Pfarreien mit Besuchsdiensten oder Kirchenfahrdiensten. Auch für die Caritasverbände bieten sie sich in der sozialpflegerischen Ausbildung sowie in zahlreichen einzelnen Kooperationen vom Hausnotruf über den Fahrdienst bis zu Demenz- und Trauerangeboten an.

Seit 1954 sind die Malteser im Erzbistum Paderborn also von Siegen bis Minden, von



In der Notfallvorsorge sind die Malteser gut aufgestellt. Sie können eine große Zahl von Verletzten versorgen und registrieren oder sie in großer Kapazität in Krankenhäuser bringen. Hier bei einer Notfallübung auf dem Kleinen Domplatz in Paderborn. Foto: Malteser/Jan Braun

Höxter bis Herne an 39 Standorten präsent. Dabei engagieren Sie sich mit ihren rund 3 000 aktiven Ehrenamtlichen in den verschiedenen Arbeitsfeldern.

1. Ausbildung

Das reicht von der gerade erst neu gestalteten Erste-Hilfe-Ausbildung für Betriebshelfer, den Führerschein oder beispielsweise für Erzieher/-innen bis hin zur sozialpflegerischen Ausbildung. Die Malteser qualifizieren in jedem Jahr viele Frauen im Bereich der Behandlungspflege oder als Betreuungsassistentinnen. Die Ausbildungsqualifikation ist dort anerkannt und umfassend, spezielle Kurse im Bereich Demenz oder Trauerarbeit gehören dazu.

2. Notfallvorsorge

Was früher unter dem Begriff Katastrophenschutz allein rangierte, vereint diesen Bereich heute mit dem Sanitätsdienst. Die Malteser haben seit Gründung von Bund und Land unterstützte Fahrzeuge und Materialien für den Krisenfall. Ob Hochwasserkatastrophe, Bombenfund oder Unwetter, für all diese Fälle sind sie eingespannt in Krisenszenarien auf Kreisebene. Sie können eine große Zahl von Verletzten versorgen und registrieren oder sie in großer Kapazität in Krankenhäuser bringen. Malteser können Notunterkünfte einrichten und betreiben sowie sich dabei von der Registrierung bis zur Verpflegung um Menschen kümmern. Dazu gehören auch die psychosoziale Betreuung und die Beschäftigung der Menschen. Im Sanitätsbereich unter-

stützen die Malteser viele Veranstalter dabei, ihre Feiern abzusichern. Das gilt besonders im kirchlichen Rahmen, in dem Malteser bei Wallfahrten oder Pfarrfesten, Prozessionen oder Großgottesdiensten mithelfen.

3. Auslandsdienst

Sehr schnell war klar, dass sich Hilfe für die Menschen nicht allein auf Deutschland beziehen kann. Im Rahmen der Entwicklungshilfe, im Rahmen von Auslandskriseneinsätzen sowie im humanitären Bereich der Auslandspartnerschaften sind die Malteser engagiert. So haben sie bereits in den 60er-Jahren Hilfsaktionen im Vietnamkrieg unterstützt oder sich maßgeblich mit Paderborner Hilfe um die DDR-Flüchtlinge 1989 in Budapest gekümmert. Heute fahren die Malteser noch regelmäßige Hilfstransporte nach Polen, Ungarn, Rumänien, in die Ukraine, nach Litauen, Lettland und ins Kosovo sowie jüngst auch in den Nordirak.

4. Jugend

Seit den 70er-Jahren ist den Maltesern eine Jugendarbeit zugewachsen. Junge Leute waren begeistert von der Art des Helfens und der Form christlicher Nächstenliebe, die die Malteser gezeigt haben. Seitdem gibt es in vielen Orten Malteser-Jugendgruppen. Diese sind teilweise auch sehr eng an die Pfarreien angebunden. Die Malteser Jugend, die auch im Bereich des Schulsanitätsdienstes aktiv ist, engagiert sich in der klassischen Jugendverbandsarbeit auch im Rahmen des BDKJ.

Sozialdienst katholischer Frauen, Sozialdienst Katholischer Männer im Erzbistum Paderborn

5. Soziales Ehrenamt

Die Nähe zur Kirche ist an vielen Stellen durch die Ausprägung des Ehrenamtes deutlich. Ob im Besuchsdienst oder in Seniorencafés, beim Männerfrühstück oder dem Mobilien Einkaufsservice: Die Malteser kümmern sich um die Menschen in ihrer Gemeinde. Ihr christliches Leitmotiv fordert sie dabei zu tätiger Nächstenliebe auf. Diese findet ihren Niederschlag auf der einen Seite in hauptamtlich geführten, aber ehrenamtlich aktiven Hospizdiensten für Kinder und Erwachsene in Dortmund oder in Demenzprojekten wie in Hamm, Rheda-Wiedenbrück oder Herne. Auf der anderen Seite gibt es mit dem Malteser-Ruf, einem Besuchsdienst quasi über das Telefon, ganz niedrigschwellige Einstiegsmöglichkeiten für die Hilfe.

6. Soziale Dienste

Ausgehend von der hohen Qualifikation in diesem Bereich, sind die Malteser in vielen Krisen in die Notfallrettung eingebunden und fahren dort im Rettungsdienst mit. Aber sie bieten ihre Leistungen auch im Hausnotruf, im Menüdienst sowie im Fahrdienst und Krankentransport an. Zudem prägt die Malteser auf der einen Seite eine oft bundesweit führende Qualität in der Ausbildung und den Diensten sowie wiederum eine sehr christliche Prägung im täglichen Dienst.

Die Arbeit der Malteser steht auf einem 60 Jahre alten Fundament. Sie ist aber zugleich modern genug, um jederzeit aktuelle Anforderungen zu bewältigen. Die Hinwendung zum ehrenamtlichen Engagement in zwei so unterschiedlichen Bereichen wie dem klassischen Katastrophenschutz oder den neuartigen Betreuungsformen im Demenzbereich zeigt dabei die Spannweite heutigen Ehrenamtes auf.



Andreas
Bierod
(Diözesan-Geschäftsführer)

Kontakt und weitere Infos

Malteser Hilfsdienst e. V.
Diözesangeschäftsstelle
Telefon 05251 1355-0
paderborn@malteser.org

Der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) und der Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) im Erzbistum Paderborn umfassen 2014 32 Ortsvereine, darunter 22 SkF-Vereine und neun SKM-Vereine. Hinzu kommt ein KSD, der als juristische Person dem SkF-Bundesverband angeschlossen ist.

Aktuelles aus Diözesanvorständen und Diözesangeschäftsstelle

Wirtschafts-, Finanz- und weitere Themen: Wie in jedem Jahr war die Mittelvergabe ein wesentlicher Inhalt der Beratungen im Diözesanvorstand. Nach Sichtung der Bilanzanalysen der SkF/SKM-Fachverbände haben die Diözesanvorstände vorausschauend die Vergabe der Kirchensteuermittel beschlossen und die Anträge zu den Mitteln „Spiel 77“ 2014 und dem Sonderfonds „Wohnungslosigkeit“ beraten und vergeben. Die im Vorjahr begonnenen Beratungen zur Empfehlung zur Arbeitshilfe 182 „Soziale Einrichtungen in katholischer Trägerschaft und wirtschaftliche Aufsicht“ wurden durch einen Fachtag der Bundeszentrale des SkF unterstützt. Nach der am 6. Mai 2015 geplanten Fachtagung für Fachverbände und Orts-Caritasverbände im Erzbistum Paderborn sollen die Beratungen konkret fortgeführt werden.

Einen großen Raum nahmen auch die Beratungen zu den Gremien und Konferenzen des Diözesanvorstandes (Konferenz der caritativen Fachverbände, Bundes- und Landesgremien usw.) ein. Hier war u. a. die Kooperation der caritativen Verbände innerhalb der katholischen Kirche und in den neuen Pastoralen Räumen ein Thema.

Klausur

In einer Klausur der Diözesanvorstände SkF und SKM wurden zusammen mit der Diözesangeschäftsstelle die Vorstandswahlen 2015 vorbereitet und Strategien zur Werbung von Kandidaten erörtert. Dabei wurden auch die Ziele der Arbeit des Diözesanvorstandes auf ihre Aktualität überprüft:

- Mitgestaltung der Fachverbände-Arbeit auf Diözesanebene
- Mitbestimmung bei der Kirchensteuermitelvergabe und Sonderfonds für die Ortsvereine
- Interessenvertretung der Ortsvereine

- Verbandspolitische Vertretung der Ortsvereine z. B. in Gremien
- Weiterentwicklung verbandlicher Strukturen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Durchführung von Gremien (DiAG, Delegiertenversammlung)

Die Bedeutung der diözesanen Vertretung wurde dabei besonders betont.

Entwicklungsgespräche

In Zusammenarbeit zwischen Diözesanvorstand und Diözesangeschäftsstelle wurden mehrere Ortsvereine in Entwicklungsprozessen begleitet. Sowohl allgemeine Entwicklungen als auch Krisensituationen wurden thematisiert. Unter anderem waren Anfragen zu möglicher Kooperation in der Geschäftsführung, Rollenklärungen, Finanzierungsberatung und eine Fusion Schwerpunkte. Die Fusion zwischen den SkF Werl, Soest und Warstein steht kurz vor ihrer Vollendung. Hier gab es u. a. Beratungen zu den Themen Personal, Verträge, Finanzen.

Backoffice

Abgeschlossen wurden in der Diözesangeschäftsstelle die Arbeiten zur Handreichung für ehrenamtliche und berufliche Führungskräfte im SkF und SKM. In einem Dokument wurde Wissenswertes für neue und auch schon erfahrene Vorstände zusammengestellt. Die Handreichung wird in digitaler Form veröffentlicht und kann so immer wieder aktualisiert werden. In Zusammenarbeit mit dem Diözesan-Caritasverband wurde ein Konzept für Supervision und Coaching für Vorstandsmitglieder entwickelt. Des Weiteren wurde eine interne Leistungsbeschreibung der Diözesangeschäftsstelle erarbeitet.

Delegiertenversammlung 2014

Unter der bewährten Leitung von Cäcilia Kaufmann wurde im April die diözesane Delegiertenversammlung durchgeführt. Der Finanz- und Jahresbericht stellte die Verteilung der diözesanen Mittel dar, die eine solide Basis haben. Des Weiteren wurde über aktuelle Inhalte berichtet. Das Schwerpunktthema der Versammlung war „Social Media“. Unter dem Thema „Social Media: Neue Wege der Kommunikation – Beispiele und Handwerkszeug für Fachverbände“ diskutierten



Bei der Bundesdelegiertenversammlung des SkF in Paderborn verfolgten (rechtes Foto) Reinhild Steffens-Schulte, Cäcilia Kaufmann und Annette Lödige-Wennemaring (von rechts) interessiert die Diskussionen. Fotos: Nadine Mersch

die Delegierten und der Chefredakteur der „Caritas in NRW“, Markus Lahrman. Seine Empfehlung fasste er zusammen mit: „Probieren Sie kreativ aus, was für Ihren Verein sinnvoll und möglich ist.“

Bundesdelegiertenversammlung des SkF in Paderborn

Im Juni war die Diözese Paderborn Gastgeber der Bundesdelegiertenversammlung des SkF. Insbesondere vorbereitet durch die Diözesangeschäftsstelle, konnten die Delegierten bei gutem Wetter mehrere thematische Stadtführungen genießen. Die Tagung fand im Hotel Aspethera in Paderborn statt. Engagierte Diskussionen wurden u. a. zu den Themen: BtG, Logo-Redesign, Prostitutionsgesetz, Kommunikations- und Gremienstruktur im SkF sowie zur Arbeitshilfe 182 geführt. Im Rahmen der Tagung wurde dem SkF Paderborn das Teilnahme-Logo „Frühe Hilfen“ überreicht. Die Teilnehmerinnen lobten den guten Ablauf und die Atmosphäre der Delegiertenversammlung.

Themen in den Gremien

DiAG SkF

In der DiAG SkF wurden die Themen der Bundesebene – unter anderem zur Gremien- und Kommunikationsstruktur – engagiert in Diskussionen begleitet. In weiteren Treffen wurde durch den Geschäftsführer und eine Mitarbeiterin des SkF Hagen das Familienpaten-Projekt vorgestellt. Der SkF Gütersloh berichtete von der Entwicklung seiner Imagekampagne, die über den Marktplatz „Gute Geschäfte“ in Kooperation mit einer Werbeagentur entwickelt wurde. Die Treffen dienten darüber hinaus der fachlichen Auseinandersetzung mit verschiedenen Themen und der Einschätzung zur Relevanz für den eigenen Ortsverein. Die Vorsitzenden nutzten ebenfalls die Möglichkeit, sich gegenseitig zu unterstützen und ihre Kenntnisse auf Vorstandsebene zu teilen.

DiAG SKM

Die neue Mustersatzung für die Vereine des SKM im Erzbistum Paderborn konnte erneut nicht verabschiedet werden. Nach intensiven Diskussionen und Beratungen wurden einige Paragraphen seitens der Vereine nochmals modifiziert und liegen dem Erzbischöflichen Generalvikariat zur Stellungnahme vor. Neben der Vor- und Nachbereitung der Vertreterversammlung waren weitere Themen: Diskussionen zum Armutspapier des SKM-Bundesverbandes und zu den Möglichkeiten der Unterstützung durch die Ortsvereine, Männerpastoral sowie Männerarbeit/-beratung.



Ein Balanceakt ist die Finanzierung von Frauenhäusern. Darauf wies der SkF Warburg als Träger anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Frauen- und Kinderschutzhauses im Kreis Höxter mit einer „Mutschöpfaktion“ Mitte September in Warburg hin. Für jede/jedes der 1 865 Frauen und Kinder, die in dieser Zeit Beratung und Hilfe fanden, wurde ein Gefäß auf dem Marktplatz aufgestellt. Foto: Steffens-Schulte

Geschäftsführerkonferenz SkF und SKM

In diesem gemeinsam tagenden Gremium wurden ebenfalls die Themen der jeweiligen Bundesebenen und ihre Relevanz für die Ortsebene erörtert. Nach der Vorstellung durch den Abteilungsleiter der Finanzabteilung des DiCV wurde das Angebot zur Beteiligung an den Energiebündelverträgen diskutiert. Die Möglichkeit zur Einsparung von Energiekosten wurde begrüßt, darüber hinaus auch der Wunsch nach umweltverträglich erzeugtem Strom verdeutlicht. Neben weiteren Themen wurde der Sachstand zur Umsetzung der Präventionsordnung zu sexuellem Missbrauch thematisiert. Weitere Themen waren u. a. das Thema Armut (SKM-Papier), Beratung zur ODG-Prüfung und zum Datenschutz, Arbeitshilfe 98: „Das katholische Profil caritativer Dienste und Einrichtungen in der pluralen Gesellschaft“. Wie auch in den vorgenannten Gremien nutzten die Geschäftsführer die Möglichkeit, zu aktuellen Fragestellungen aus ihrem Verein kollegiale Beratung zu finden.



Eine aufklärende Aktion der kath. Betreuungsvereine

Aus den Ortsvereinen

BtG-Woche: Mit großem Engagement haben sich die meisten Ortsvereine im Jahr 2014 an der Durchführung der BtG-Woche beteiligt. Unter dem Motto „Wir sind da/nn mal weg?!“ wurden in fast allen Vereinen Politiker eingeladen und mit ihnen über die Konsequenzen der Unterfinanzierung der Betreuungsarbeit diskutiert. Viele Pressemitteilungen berichteten hierüber und über andere Aktionen der Vereine. Die Resonanz war sehr groß. Die Aktion wurde durch die BtG-Referentin des DCV/SkF/SKM, Barbara Dannhäuser, vorbereitet. In der anschließend laufenden



Vinzenz-Konferenzen im Erzbistum Paderborn e. V.



Nachbereitungsphase sollen die gewonnenen Kontakte für die weitere Unterstützung des Anliegens auf Landesebene durch Informationen und Gespräche vertieft werden.

Jubiläum im Frauen- und Kinderschutzhaus: Der SkF Warburg feierte mit publikumswirksamen Aktionen das 20. Bestehen seines Schutzhauses für gewaltbedrohte Frauen und deren Kinder. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die unzureichende Finanzierung der Arbeit mit gewaltbedrohten Frauen seitens der Landesregierung hingewiesen.

Verabschiedungen aus der Vorstandsarbeit
Elisabeth Kipper vom SkF Brilon wurde aus der Vorstandsarbeit verabschiedet. Auch beim SkF Lippstadt gab es einen Wechsel. Hier schied Hannelore Ahlers aus ihrer langjährigen Tätigkeit aus.

Trauer

Betroffen mussten der SkF Herford und der Diözesanvorstand Abschied nehmen von Marie-Theres Mausolf. Sie starb am 28. Februar 2014. Sie engagierte sich mehr als 15 Jahre im Vorstand ihres Ortsvereins und war mehrere Jahre Mitglied im Diözesanvorstand.

Ebenfalls verstarb Hans-Wilhelm Kaczmarek (3. Oktober 2014). Er war neben seinem langjährigen Einsatz im Vorstand des SKM Bielefeld mehr als 15 Jahre Mitglied und zuletzt Ehrenmitglied im Diözesanvorstand.

Ausblick

- Fachtag AH 182
- Frauenführungsprojekt
- Begleitung der Ortsvereine in ihren Entwicklungen
- Mitarbeit Jahresthema DCV zu demografischen Entwicklungen: „Stadt-Land-Zukunft“



Reinhild
Steffens-Schulte

Kontakt und weitere Infos

Telefon 05251 209-331
r.steffens.schulte@caritas-paderborn.de

Oikocredit

2014 erwarben die Vinzenz-Konferenzen (VK) erstmals Anteile von Oikocredit, womit gleichzeitig auch eine Mitgliedschaft abgeschlossen wurde. Oikocredit ist eine international tätige Genossenschaft. Ziel von Oikocredit sind die Entwicklungsförderung durch Kreditvergabe an Mikrofinanzinstitutionen, Genossenschaften und kleine Unternehmen benachteiligter Menschen in Entwicklungsländern sowie die Mobilisierung von kirchlichem und privatem Kapital für solche Projekte. Das Engagement der VK bei der ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit stand auch im Mittelpunkt des Diözesantages.

Demo gegen die Benachteiligung von Bedürftigen mit Sehschwäche

Mit einer Demonstration in Paderborn haben die Vinzenz-Konferenzen im Erzbistum Paderborn und der örtliche Runde Tisch Armut Ende April auf die soziale Benachteiligung von bedürftigen Brillenträgern hingewiesen. Mit Ratschen und Druckluftfanfaren machten die rund 100 Demonstranten lautstark auf deren Notsituation aufmerksam. Wer in Armut lebe, könne sich keine angemessene

Brille leisten, da weder Krankenversicherung noch die Grundsicherung (SGB II) die Kosten übernehmen, sagte Ulrich Keuthen, Diözesan-Vorsitzender der Vinzenz-Konferenzen, vor dem Paderborner Rathaus. „Wie konnte es eigentlich dazu kommen, dass so etwas Wichtiges wie eine Brille aus den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung herausgenommen worden ist?“, fragte er. Weil viele Brillenträger teurere Brillen gekauft hätten, als ihnen von den Krankenkassen erstattet wurden, habe der Gesetzgeber geschlussfolgert, dass sie dann ja auch die ganze Brille bezahlen könnten. „Diese Logik mag für Menschen mit gutem Einkommen stimmen. Mit der sozialen Wirklichkeit von heute hat das aber wenig zu tun“, kritisierte Keuthen. „Jeder Sechste gilt in NRW als armutsgefährdet. Da ist für viele kein Spielraum, sich eine neue Brille anzuschaffen.“ Die Vinzenz-Konferenzen im Erzbistum Paderborn bemühen sich deshalb mit ihrem Projekt „Den Durchblick behalten“ seit 2012 einerseits um eine Gesetzesänderung und leisten andererseits in konkreten Einzelfällen Zuschüsse zum Erwerb einer Brille. So konnten sie – auch mit Hilfe der vinzentinischen Bundesstiftung – schon in über 300 Fällen Unterstützung leisten.



„Gutes Sehen darf nicht vom Einkommen abhängen“, forderten die Demonstranten um (Mitte von links): Burkhard Blienert MdB, Matthias Krieg und Ulrich Keuthen (Vinzenz-Konferenzen im Erzbistum Paderborn), Nicole Wiggers (Runder Tisch Armut Paderborn) und Martin Pantke (stellvertretender Bürgermeister). Foto: Jonas



Im Bergkloster Bestwig beschäftigten sich die Vinzenz-Konferenzen mit dem Apostolischen Schreiben „Evangelii gaudium“. Foto: Krieg

Was will Papst Franziskus in der Kirche erreichen?

Mit der Frage „Was will Papst Franziskus in der Kirche erreichen?“ beschäftigten sich die Vinzenz-Konferenzen bei der Gebetswache 2014 im Bergkloster in Bestwig. Grundlage für die Thematik der diesjährigen Gebetswache war das Apostolische Schreiben „Evangelii gaudium“ des Heiligen Vaters. Die Gebetswache findet seit über 50 Jahren statt. Neben religiösen Gesprächen steht die Anbetung, die sich über die Nachtstunden erstreckt, im Mittelpunkt.

Regionaltagung Ruhrgebiet

Im September trafen sich die Vinzenzbrüder zur Regionaltagung Ruhrgebiet im Gemeindezentrum der St.-Marien-Gemeinde in Herne-Eickel. Leonie Jedicke referierte zum Thema „Haben Menschen mit unterschiedlichen Lebensformen einen Platz in unserer Kirche?“. Sie beleuchtete z. B. den

Umgang der Kirche mit geschiedenen Wiederverheirateten und gleichgeschlechtlichen Paaren. Die sehr lebhaft und kontrovers geführte anschließende Diskussion zeigte, dass viele Teilnehmer die Problematik aus eigener Anschauung in ihren Kirchengemeinden kannten. Die Meinungen darüber, wie die Kirche auf geänderte gesellschaftliche Wirklichkeiten reagieren sollte, lagen auch in diesem kleinen Kreis ähnlich weit auseinander wie in der allgemeinen Diskussion in der Kirche.

Projekt „Armenküche Baglas Puszta“ der Vinzenz-Konferenz St. Marien Herne-Eickel

„Katastrophal und menschenunwürdig“ – das war der erste Eindruck, den die Vinzenzbrüder Diakon Peter Schulte-Pelkum und Franz-Josef Knecht im Jahr 2008 beim ersten Besuch der Romasiedlung Baglas Puszta in Ungarn zu verarbeiten hatten.

Die Menschen lebten in baufälligen Häusern abseits des Ortes mit beschädigten Dächern, ohne Strom und Wasser und ohne die Möglichkeit einer halbwegs ausreichenden und gesunden Ernährung. Sie lebten von den Abfällen der ungarischen Bevölkerung und suchten sogar Nahrung auf Müllkippen, von denen sie regelmäßig vertrieben wurden.

Die Vinzenzbrüder begannen mit Hilfstansporten, die seither regelmäßig mindestens zweimal jährlich durchgeführt wurden (inzwischen 15 Transporte). Vorrangig wurden Kleidung und Schuhe, Haushaltsgeräte sowie Kühlschränke und Waschmaschinen, Schulbedarf und Lebensmittel sowie Fahrräder überbracht. Die Situation in der Siedlung verbesserte sich langsam, zumal auch der örtliche Bischof ein Sozialgebäude finanzierte, den Mittelpunkt der Siedlung. Hier kann inzwischen Wäsche gewaschen und geduscht werden, hier werden die Kinder betreut und von den Sozialarbeitern bei den Hausaufgaben unterstützt und angeleitet. Ein großer Fortschritt ist, dass inzwischen alle Kinder zur Schule gehen.

Das größte Problem war aber die unzureichende Versorgung der Menschen, insbesondere der Kinder, mit ausreichender und gesunder Nahrung. Pfarrer Somos hatte den Traum einer „Armenküche“, der 2013 wahr geworden ist. Die Vinzenz-Konferenz St. Marien hat maßgeblich zur Erfüllung beigetragen. Die Vinzenzbrüder wollen nun den Ortspfarrer dabei unterstützen, die Töpfe in der Armenküche auch regelmäßig und dauerhaft zu füllen, indem sie monatlich einen festen, ausreichenden Betrag nach Ungarn überweisen. Am Caritastag 2014 wurde das Projekt der Vinzenz-Konferenz St. Marien Herne-Eickel mit dem 2. Platz des Pauline-von-Mallinckrodt-Preises gewürdigt.



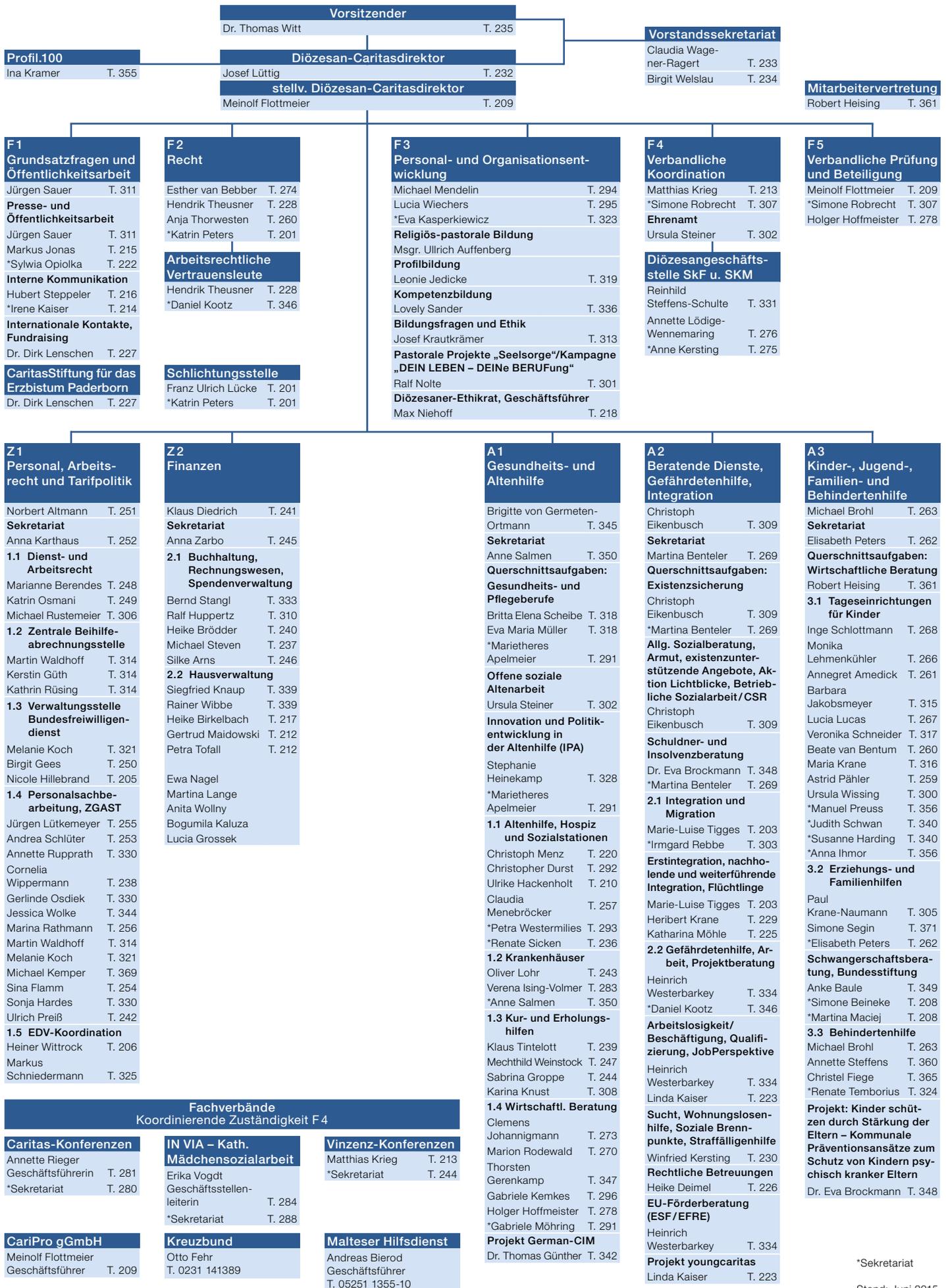
Das Preisgeld in Höhe von 1.500 Euro für den zweiten Platz beim Pauline-von-Mallinckrodt-Preis 2014 nahmen Diakon Peter Schulte-Pelkum und Franz-Josef Knecht von der Vinzenz-Konferenz St. Marien Eickel in Herne für ihre Hilfe für Roma in Ungarn entgegen. Foto: Jonas



Matthias Krieg

Kontakt und weitere Infos

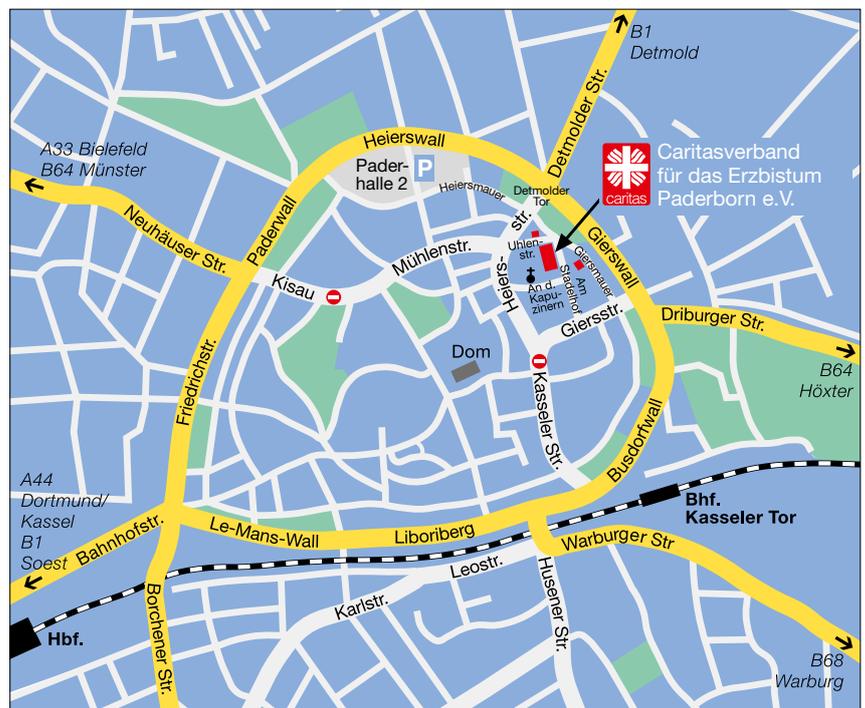
Telefon 05251 209-213
m.krieg@caritas-paderborn.de



*Sekretariat

Stand: Juni 2015

Ihr Weg zum Diözesan-Caritasverband in Paderborn



**Caritasverband für das
Erzbistum Paderborn e.V.**
Am Stadelhof 15
33098 Paderborn
Telefon 05251 209-0
Telefax 05251 209-202
info@caritas-paderborn.de
www.caritas-paderborn.de

